

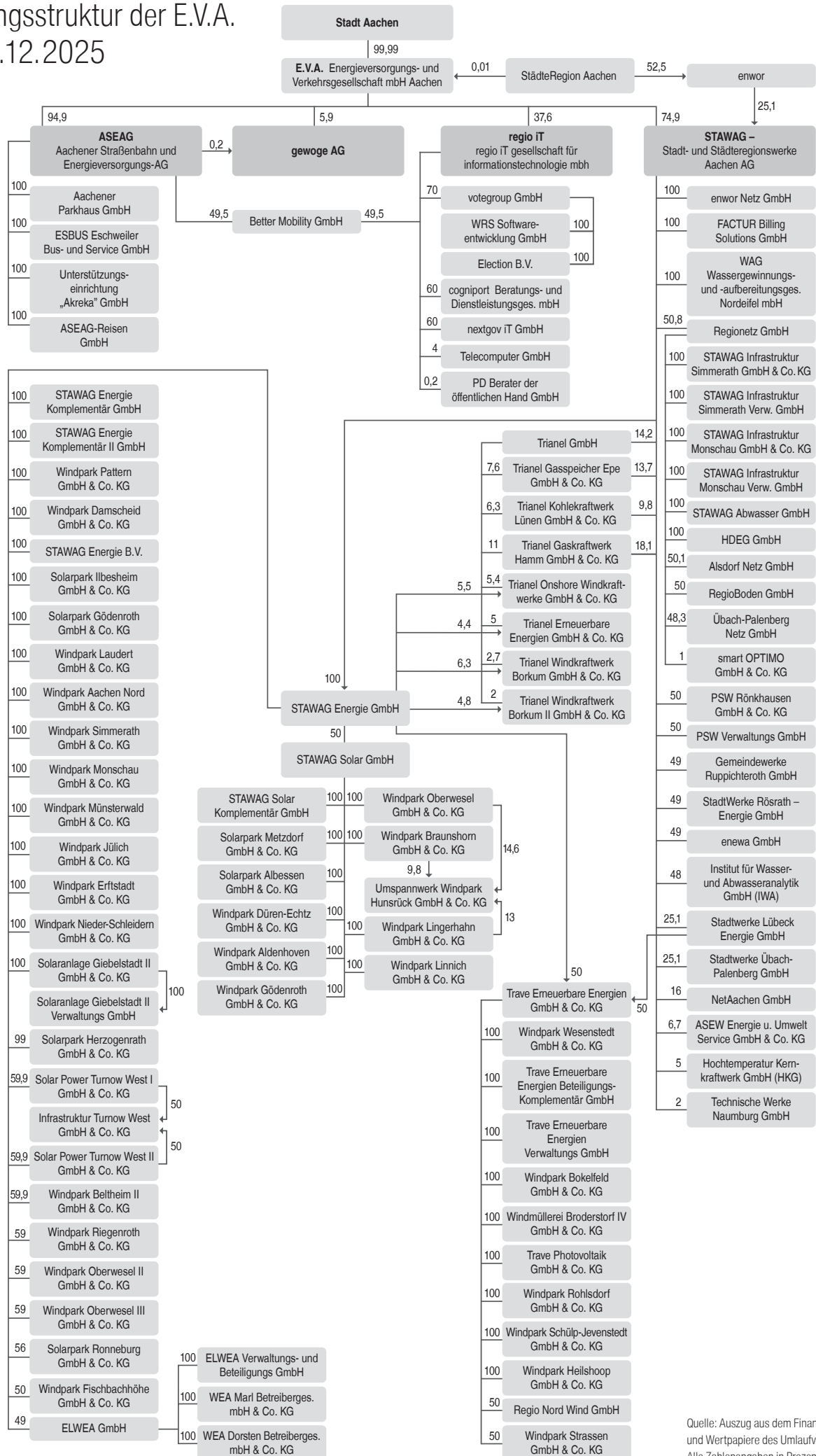
Stark verbunden,
eng vernetzt.



Geschäftsbericht 2025

eva...

Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2025



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens.
Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2025
Geschäftsbericht >>

53. Geschäftsjahr

eva...

Inhalt

Inhalt >>

Berichterstattung über die E.V.A.

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8	Lagebericht
53	Jahresabschluss
54	Bilanz
56	Gewinn- und Verlustrechnung
57	Anhang
72	Bestätigungsvermerk
76	Bericht des Aufsichtsrats

Berichterstattung über den Konzern

78	Konzernlagebericht
127	Konzernabschluss
128	Konzernbilanz
130	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
131	Konzernanhang
156	Bestätigungsvermerk
160	Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat

Sibylle Keupen, Vorsitzende (bis 12.12.25)	Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen
Dr. Michael Ziemons, Vorsitzender (ab 12.12.25)	Oberbürgermeister, Stadt Aachen
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender	StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen
Leo Buse 2. stellv. Vorsitzender	Fahrdienstleiter, ASEAG
Jörg Bogoczek (bis 12.12.25)	Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities
Sebastian Backhaus (ab 12.12.25)	Abteilungsleiter, RWTH Aachen
Julia Brinner (bis 12.12.25)	Ingenieurin, Trianel GmbH
Uschi Brammertz (ab 12.12.25)	Pensionärin
Quentin Duppach	Energiehändler, STAWAG
Guido Finke	freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz
Boris Linden (bis 12.12.25)	Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH
Bernhard Konrad (ab 12.12.25)	Pensionär
Kaj Neumann (bis 12.12.25)	Berater, BET GmbH
Dr. Christiane Michulitz (ab 12.12.25)	Beraterin, selbstständig
Daniela Parting	Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen
Dr. Michael Ritzau	Generalbevollmächtigter, BET GmbH
Stefan Roebrocks	freigestellter Betriebsratsvorsitzender, ASEAG
Peter Tillmanns (bis 12.12.25)	Rechtsanwalt, selbständig
Tim Wende (ab 12.12.25)	Softwareentwickler, RWTH Aachen
Jacob von Thenen	Pensionär
Sascha Vogel	freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, ASEAG

Geschäftsführung

Dr. Christian Becker (bis 31. Dezember 2025)	STAWAG-Vorstand Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur
Wilfried Ullrich (ab 1. Januar 2026)	STAWAG-Vorstand Baesweiler, Diplom-Kaufmann, Diplom-Verwaltungswissenschaftler
Michael Carmincke	ASEAG-Vorstand Aachen, Diplom-Kaufmann

Bericht

Berichterstattung
über die E.V.A. >>

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die **Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.)** ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG)** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100 %-ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird software-

seitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Aufgrund des aktuellen Marktumfelds und den rechtlichen Rahmenbedingungen fokussiert sich die ASEAG auf ihre langjährige Kernkompetenz. Dies ist der Verkehr mit Bussen in der Stadt und in der StädteRegion Aachen. Durch die intensivierte Diskussion zum Thema „Verkehrswende“ werden erweiterte und neue Anforderungen gestellt, die neben der reinen Busleistung auch Produktangebote und Konzepte für die „erste und letzte Meile“ als Zubringer zum ÖPNV-Angebot vorsehen. In diesem Kontext gilt es, Mobilitätsdienstleistungen wie On-Demand-Verkehre, Car- und Bike-Sharing oder e-Roller und Taxi intelligent mit dem klassischen Busangebot zu verknüpfen. Auch Dienstleistungen des ruhenden Verkehrs sind dabei über die APAG einzubinden (z.B. Park and Ride-Ticket), sodass der Kunde ein durchgängiges Mobilitätserlebnis erfährt, und zwar unabhängig von dem Verkehrsmittel, für das er sich bei seiner jeweiligen Fahrt entschieden hat. Technologisch bildet die stetig zu erweiternde movA-App der ASEAG schon heute die Basis hierfür, die nunmehr schrittweise mit der zentralen Vertriebsplattform der Verkehrsunternehmen im AVV zusammengeführt wird. Als wichtiger Schritt dahin ist festzuhalten, dass die Better Mobility die Ausschreibung der Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) zur Integration der Modalität auch in das „Naveo-Umfeld“ im Jahr 2025 gewinnen konnte. Als eine große Plattform zur Fortentwicklung des ÖPNV in Stadt und StädteRegion hat das von den Aufgabenträgern gegründete „Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen“ (NEMORA; zuvor „AG Innovation“) im Geschäftsjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen,

um Verkehrsprojekte (u. a. „Vision 2027“ der ASEAG) gemeindeübergreifend vorantreiben zu können. Darüber hinaus bringt sich die ASEAG in die Planungen rund um die „Regio-Tram“ ein, die die ASEAG im Falle einer Realisierung betreiben möchte. Die zugehörige Machbarkeitsstudie hat einen Nutzen-/Kosten-Faktor größer eins ergeben. Die politischen Gremien hatten den AVV damit beauftragt, die nächsten Planungsschritte anzugehen. Hierzu gehört sicherlich auch, dass die an die Regio-Tram angrenzenden Gebietskörperschaften nunmehr ihren Willen erklärt haben, den Bau der Schienentrasse durch eine gemeinsame Infrastrukturgesellschaft voranzutreiben.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Städte-Region Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Für eine Folgebetrauung ab Dezember 2027 sind im Jahr 2025 der Erstellung der neuen Nahverkehrspläne die ersten Weichen gestellt worden. Die Vorabbekanntmachung zur Folgebetrauung an die ASEAG wird für das erste Halbjahr 2026 erwartet, bevor dann nach aktuellen Planungen hoffentlich Ende 2026 oder Anfang 2027 die formale Betrauung für eine weitere langfristige Periode durch die Aufgabenträger erfolgt.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger und Bürgerinnen der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG auch in Vorbereitung auf die verpflichtende Berichterstattung zum Thema Nachhaltigkeit eine Gemeinwohlbilanzierung durchgeführt und ihr Energiemanagementsystem nach Norm DIN

EN ISO 50001 zertifizieren lassen. Ergänzend bereitet sich die ASEAG im Rahmen eines konzernweiten Projektes auf die neuen Berichtspflichten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit vor. Hinzu kommt ein sehr dynamisches politisches Umfeld innerhalb Deutschlands (z. B. Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, Diskussionen rund um den Klimawandel) und eine hohe Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage (z. B. Ukraine-Krise, Nah-Ost-Krise, Zölle), was immer wieder neue Herausforderung mit sich bringt. Selbst eine moderne, vollständig auf Euro VI-Abgasnorm umgerüstete und seit Ende des Geschäftsjahres 2025 mit HVO100 betriebene Busflotte, erfüllt die neuen Erwartungen kaum. Die bis Mitte 2026 erwarteten insgesamt 90 neuen Elektrobusse stellen einen wesentlichen Schritt im Hinblick auf die CO₂-Reduzierung da, aber weitere Investitionen in Technik und Infrastruktur mit einem erheblichen Kapitalbedarf werden notwendig sein, um den in den ÖPNV gesetzten Erwartungen auch nur annähernd gerecht werden zu können.

Im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen wurde bereits im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der **STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen, (STAWAG)** und der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) umgesetzt. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Wege der Ausgliederung gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG umfirmiert wurde, übertragen. Gleichzeitig hat die STAWAG ihr Grundkapital erhöht und die enwor hat als weiter fortbestehende Holdinggesellschaft Aktien in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der STAWAG erhalten. Mit 74,9 Prozent bleibt

die E.V.A. Mehrheitsaktionärin der STAWAG. Die STAWAG fungiert damit weiterhin als Organgesellschaft der E.V.A. und leistet eine Ausgleichszahlung – aufgeteilt in einen festen als auch einen variablen Anteil – an die enwor als außenstehende Gesellschafterin.

Im Zuge des Zusammenschlusses sind hinsichtlich der übertragenen Vermögenswerte die Stromnetze in Herzogenrath und Würselen, das Gasnetz in Herzogenrath, die Wassernetze in Stolberg, Herzogenrath, Eschweiler, Alsdorf, Baesweiler, Würselen und Roetgen, die Straßenbeleuchtung in Herzogenrath sowie die bestehenden Fernwärme- und Telekommunikationsnetze Eigentumsrechtlich von der enwor auf die STAWAG übergegangen. Die technische Betriebsführung für die auf die STAWAG übergegangenen Wassernetze und die Fernwärme- sowie Telekommunikationsnetze erbringt seit dem 1. Oktober 2024 die Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz). Des Weiteren hat die Regionetz ab dem 1. Januar 2025 durch eine Pacht der beiden Stromnetze und des Gasnetzes, den Strom-Netzbetrieb in Herzogenrath und Würselen sowie den Gas-Netzbetrieb in Herzogenrath übernommen.

Durch den Zusammenschluss mit der enwor fungiert die STAWAG nunmehr als Dienstleister rund um Energie und Wasser sowohl in der Stadt als auch in der StädteRegion Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist dabei die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region Aachen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb

und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Verteilnetzbetreiber effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten.

Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. Das operative Geschäft untergliedert sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wasser (exkl. Vertrieb)“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Die regio iT gesellschaft für informations-technologie mbh (regio iT) ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen. Die votegroup GmbH, Aachen, (vote group) an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility und im Bereich der digitalen Bildung mehrheitlich an der cogniport GmbH beteiligt. Im Bereich „kommunale Serviceportale“ ist die regio iT mehrheitlich an der nextgov iT GmbH beteiligt sowie im Bereich Verkehrswesen an der Telecomputer GmbH beteiligt.

Die E.V.A. hält 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Des Weiteren hält die E.V.A. unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der **gewoge AG, Aachen, (gewoge)**.

Das Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen für die ASEAG.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland waren im Jahr 2025 weiterhin von einer nur schwachen konjunkturellen Dynamik geprägt. Nach zwei Rezessionsjahren verzeichnete die deutsche Wirtschaft wieder ein leichtes Wachstum, blieb jedoch insgesamt in einem Umfeld gedämpfter Investitionen, schwacher Industrieproduktion und verhaltener außenwirtschaftlicher Impulse. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das gesamte Jahr 2025 im Euroraum um 1,4 Prozent angestiegen ist, liegt das kalender- und preisbereinigte BIP in Deutschland um 0,2 Prozent höher als im Vorjahr.

(Quelle: Eurostat – Euroindikatoren, Veröffentlichung vom 6. März 2025)

Die preisbereinigten Konsumausgaben im privaten Bereich nahmen um 1,4 Prozent zu, während der staatliche Konsum sogar um 1,5 Prozent anstieg. Demgegenüber gaben die Exporte erneut nach. Ursächlich hierfür waren die hohen US-Zölle, die Euroaufwertung und die stärkere Konkurrenz aus China. Die Investitionen blieben besonders bei Ausrüstungen als auch bei Bauten hinter dem Vorjahreswert zurück.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026)

Am Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2025 eine leichte Eintrübung. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt bei rund 2,95 Mio. Personen, die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent auf 6,3 Prozent. Gleichzeitig blieb die Erwerbstätigkeit mit rund 46 Mio. Personen nahezu stabil und lag nur geringfügig unter dem Vorjahr.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 2, 7. Januar 2026)

Die Witterung des Jahres 2025 war insgesamt kühler als im außergewöhnlich warmen Vorjahr. Gleichzeitig fiel der Jahresniederschlag mit rund 655 l/m² deutlich geringer aus als im Vorjahr mit gut 903 l/m², während die Sonnenscheindauer mit über 1.945 Stunden rund 245 Stunden bzw. etwa 14 Prozent über dem Vorjahreswert lag.

(Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD), Deutschlandwetter im Jahr 2025 vom 30. Dezember 2025)

Der Energieverbrauch in Deutschland wird sich nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen (AGEB) im Jahr 2025 mit 360,1 Mio. tSKE nahezu auf dem Vorjahresniveau stabilisieren. Damit liegt er um 26,6 Prozent unter dem Ausgangswert des Jahres 2008 für die bis 2030 zu erreichenden Energieeffizienzziele.

Die gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung erhöhte den Verbrauch im raumwärmeabhängigen Teil der Energieversorgung. Besonders in den heizintensiven Monaten Februar, März und Oktober war es spürbar kälter als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres, sodass vom Witterungsverlauf ein verbrauchssteigernder Effekt ausgegangen ist. Ohne den verbrauchs erhöhenden Einfluss der kühleren Witterung wäre der Energieverbrauch in Deutschland nach Berechnungen der AG Energiebilanzen dagegen um etwa 1,2 Prozent gesunken.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2025 erneut um knapp 2,9 Prozent auf rund 95,8 Mio. t SKE gestiegen. Trotzdem liegt das Verbrauchsniveau weiterhin deutlich unter dem 10-jährigen Mittel. Die Nachfragesteigerung ist zum einen auf den witterungsbedingten Anstieg im Raumwärmemarkt, als auch auf das leicht gesunkene Preisniveau zurückzuführen. Ungünstige Witterungsverhältnisse für die Windstromerzeugung führten in den ersten vier Monaten des Jahres 2025 zu einem Mehreinsatz von Gaskraftwerken. So stieg die Stromerzeugung aus Erdgas um 4 Prozent und die Erzeugung von Fernwärme um fast 8 Prozent an.

Für das Gesamtjahr 2025 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen um gut 6 Mio. Tonnen. Der Beitrag der erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2025 insgesamt um 3,6 Prozent, wobei die Steigerung ausschließlich auf die Steigerung der Solarstromproduktion um mehr als 18 Prozent zurückzuführen ist.

(Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 17. Dezember 2025).

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat in seinem Rundschreiben vom 05.12.2025 bekanntgegeben, dass der Deutsche Bundestag und der Bundesrat den Entwurf des 11. Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes beschlossen haben. Damit stellt der Bund im Zeitraum von 2026 bis 2030 weiterhin 1,5 Mrd. Euro pro Jahr für das Deutschlandticket bereit. Die Verkehrsminister der Länder haben sich am 18. September 2025 ebenfalls darauf verständigt, von 2026 bis 2030 jährlich jeweils 1,5 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen, sodass insgesamt 3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Der VDV begrüßt den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Damit besteht für die nächsten fünf Jahre Planungssicherheit über die Höhe der Finanzierungsbeteiligung von Bund und Ländern am Deutschlandticket

(Quelle: https://www.vdv.de/vdvinfodetail.aspx?id=25186&coriander=V3_fca9af02-06c8-37ff-ba20-f594a438b2f4)

Dennoch ist den nachstehenden Ausführungen des VDV-Präsidenten Beachtung zu schenken: „Die Einigung von Bundestag und Bundesrat beendet das Gezerre um das Deutschlandticket – das ist gut für Fahrgäste, Länder und Verkehrsunternehmen. Die Finanzierung ist damit aber nicht bis 2030 gesichert. Der Finanzierungsanteil von Bund und Ländern mit drei Milliarden Euro ist so hoch, dass Finanzierungssicherheit nicht allein aus der Dynamisierung des Ticketpreises kommen kann. Ohne eine Anpassung auch des Anteils von Bund und Ländern wird der Ticketpreis schnell und deutlich steigen.

Das wird 2026 frühzeitig zu diskutieren sein. Der Index für die künftige Preisgestaltung des Deutschlandtickets muss aus Sicht der Branche Personal- und Energiekosten sowie allgemeine Kostensteigerungen realistisch abbilden. Und wir müssen, gemeinsam mit Bund und Ländern, die Marktpotenziale, etwa beim D-Ticket Job, durch offensive Bewerbung heben. Hier müssen sich neben der Branche auch Bund und Ländern engagieren, denn allen drei Partnern kommen mehr Ticketverkäufe und mehr Kundinnen und Kunden gleichermaßen zugute“.

(Quelle: https://www.vdv.de/presse.aspx?id=a7748fd1-aacb-4655-b715-4ade92c9fac5&mode=detail&coriander=V3_4bd89718-f783-ae9-a79c-9693ced8777c).

Die ITK-Marktzahlen (Informations- und Kommunikationstechnologien) für 2025 zeigen ein Marktvolumen von 234,8 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 5,4 Prozent entspricht. Insgesamt wird die ITK-Branche in Deutschland weiterhin eine wichtige Rolle als Konjunkturmotor spielen. Der für die regio iT wichtige Teilmarkt Informationstechnik ist dabei um 6,3 Prozent gestiegen. Die Teilmärkte Software (+13,5 Prozent), IT-Services (+1,7 Prozent) sowie IT-Hardware (+6,3 Prozent) weisen ein Wachstum auf. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 6.700 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Gegenläufig beobachtet die regio iT aufmerksam die Auswirkungen auf die Kundennachfrage, die sich aus den anhaltenden Unsicherheiten durch KI-bedingte Nachfrageverschiebungen, aus Marktveränderungen infolge angepasster Vergaberichtlinien sowie aus den geopolitischen und wirtschaftlichen Verwerfungen im Zuge des Irankriegs ergeben.

Geschäftsverlauf

E.V.A.:

Die **E.V.A.** erzielte für das Geschäftsjahr 2025 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Planwert 4,1 Mio. Euro). Hintergrund des deutlich positiv geplanten Betriebsergebnisses war ein geplanter außerordentlicher Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus dem im Jahr 2025 abgebildeten Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab). Grundlage ist die Berücksichtigung einer im Beteiligungsvertrag zwischen STAWAG/E.V.A. und enwor verankerten Call-Option für die E.V.A..

Die **Gesamtleistung** im Jahr 2025 beträgt 25,3 Mio. Euro und übertrifft den Planansatz (26,6 Mio. Euro) um 1,3 Mio. Euro, was sowohl aus höheren Umsatzerlösen für Weiterberechnungen (+1,0 Mio. Euro) als auch höheren sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert (+0,4 Mio. Euro).

Die **Gesamtaufwendungen** sind mit 22,9 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro höher als geplant ausgefallen; davon entfallen 0,9 Mio. Euro auf an andere Konzerngesellschaften weiterberechnete Kosten.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Leistungsindikatoren der E.V.A. Mio. Euro	Wirtschaftsplan 2025	Jahresabschluss 2025	Ist 2025 vs. Plan 2025
Erlöse aus Dienstleistungen	16,3	16,2	-0,1
Erlöse aus Weiterberechnungen	4,9	5,9	1,0
Umsatzerlöse	21,2	22,1	0,9
Aktiviert Eigenleistungen			
Sonstige betriebliche Erträge	4,1	4,5	0,4
Gesamtleistung	25,3	26,6	1,3
Materialaufwand	-4,1	-5,4	-1,3
Personalaufwand	-12,1	-11,8	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,6	-4,3	-0,7
Abschreibungen	-1,4	-1,4	0,0
Gesamtaufwendungen	-21,2	-22,9	-1,7
Betriebsergebnis	4,1	3,7	-0,4
Verlustübernahme ASEAG	-44,8	-41,0	3,8
Gewinnabführung STAWAG	45,1	46,6	1,5
Gewinnbeteiligung regio IT	1,2	1,2	0,0
Gewinnbeteiligung gewoge	0,2	0,2	0,0
Beteiligungsergebnis	1,7	7,0	5,3

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*	Plan 2025 Dezember	Ist 2025 Dezember	Ist 2025 vs. Plan 2025
* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden			
MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	116,3	110,2	-6,1
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen		0,1	0,1
MAÄ Auszubildende	11,0	10,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	129,3	122,3	-7,0

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 22,1 Mio. Euro liegen um 0,9 Mio. Euro über dem Planwert von 21,2 Mio. Euro. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen an die ASEAG in Höhe von insgesamt 16,2 Mio. Euro (Plan: 16,3 Mio. Euro) sowie aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,9 Mio. Euro (Plan: 4,9 Mio. Euro). Die Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen beinhalten insbesondere EDV-Kosten, Beratungs- und Prüfungskosten, sonstige freiwillige Sozialaufwendungen (z.B. Job-Tickets) und Versicherungen. Die höheren Umsatzerlöse resultieren insbesondere aus höheren Weiterberechnungen für Beratungsaufwendungen, SAP-Lizenzen sowie zusätzlichen Jobticketkosten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten einen geplanten außerordentlichen Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus dem Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab. Weitere 0,4 Mio. Euro resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen. Dabei handelt es sich um Pensionsrückstellungen aufgrund eines neuen Gutachtens und Rückstellungen für Prämienzahlungen, die wegen unterjährigen Personalveränderungen zu hoch waren, sowie Rückstellungen für Jubiläumsgelder, für die ebenfalls ein neues Gutachten vorliegt.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit –22,9 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Die **Materialaufwendungen** fallen dabei mit 5,4 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro höher als geplant aus. Aufgrund einer vorübergehenden Ausweitung von Personalressourcen in der Finanzbuchhaltung über Arbeitnehmerüberlassungen zur Abarbeitung eines deutlich angewachsenen Belegvolumens bei der Rechnungseingangsverarbeitung liegen die im Materialaufwand ausgewiesenen Aufwendungen für Arbeitnehmerleistungen Dritter bei rund 0,3 Mio. Euro (Planwert 0 Mio. Euro).

Des Weiteren sind im Materialaufwand rund 0,5 Mio. Euro höhere Beratungskosten als geplant enthalten. Davon handelt es sich in Höhe von rund 0,3 Mio. Euro um externe IT-Beratungskosten wegen der bis Ende September vakanten IT-Centerleitung, die zum 1. Oktober 2025 neu besetzt wurde.

Diese IT-Beratungskosten werden vollständig an die STAWAG weiterberechnet und erhöhen somit die Erlöse aus Weiterberechnungen um rund 0,3 Mio. Euro. Weitere Planabweichungen in Höhe von rund –0,6 Mio. Euro begründen sich durch höhere SAP S/4 Lizenzkosten und das Reporting- und Planungstool SAC (SAP Analytics Cloud), wovon rund 0,3 Mio. Euro bei der E.V.A. verbleiben und rund 0,3 Mio. Euro an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden.

Die **Personalaufwendungen** liegen mit 11,8 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro unter dem Plan (12,1 Mio. Euro). Ursächlich hierfür sind später als geplante Nachbesetzungen vakanter Planstellen im kaufmännischen und personalwirtschaftlichen Bereich sowie im Center IT. Wie oben bereits erwähnt, sind gegenläufig beim Materialaufwand Mehraufwendungen für Arbeitnehmerüberlassungen und externe Beratungskosten entstanden.

Die **Abschreibungen** des Jahres 2025 belaufen sich auf 1,4 Mio. Euro und liegen damit auf Planniveau.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** überschreiten mit 4,3 Mio. Euro den Planwert um 0,7 Mio. Euro. Davon entfallen 0,2 Mio. Euro auf höhere weiterberechnete Kosten (0,1 Mio. Euro zusätzliche Jobticketkosten sowie 0,1 Mio. Euro zusätzliche Kosten aus Versicherungen und Beratung). Die verbleibenden um 0,5 Mio. Euro höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen begründen sich hauptsächlich in höheren Rechts- und Beratungskosten inklusive Recruitingkosten (0,4 Mio. Euro) und gestiegenen Mietnebenkosten (0,1 Mio. Euro).

Das **Gesamtergebnis 2025 der E.V.A.** in Höhe von 9,5 Mio. Euro wird wesentlich geprägt durch das positive Betriebsergebnis der E.V.A. sowie das Beteiligungsergebnis, insbesondere die höhere Gewinnabführung von der STAWAG (+1,5 Mio. Euro gegenüber Plan 2025) und die geringere Verlustübernahme von der ASEAG (+3,8 Mio. Euro gegenüber Plan 2025). Die Gewinnbeteiligungen von der regio iT und der gewoge sowie das Zinsergebnis liegen auf Planniveau.

Leistungsindikatoren E.V.A. Mio. Euro	Wirtschaftsplan 2025	Jahresabschluss 2025	Ist 2025 vs. Plan 2025
Betriebsergebnis	4,1	3,7	-0,4
Verlustübernahme ASEAG	-44,8	-41,0	3,8
Gewinnabführung STAWAG	45,1	46,6	1,5
Gewinnbeteiligung regio iT	1,2	1,2	0,0
Gewinnbeteiligung gewoge	0,2	0,2	0,0
Beteiligungsergebnis	1,7	7,0	5,3
Zinsergebnis	0,1	0,1	0,0
Ergebnis vor Steuern	5,9	10,8	4,9
Steuern	-1,0	-1,3	-0,3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4,9	9,5	4,6

ASEAG:

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –41 Mio. Euro ist um rund 3,8 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen.

Nach dem Rekordjahr 2024 konsolidieren sich die Fahrgastzahlen im Jahr 2025 auf einem insgesamt hohen Niveau, verzeichnen jedoch einen Rückgang von knapp 6 Prozent gegenüber 2024. Die ASEAG führt dies unter anderem auf die deutliche Anpassung des Preises für das Deutschlandticket sowie auf die im Berichtsjahr bestehenden Schwierigkeiten, die von den Aufgabenträgern beauftragte Leistungen zu erbringen, zurück. Darüber hinaus hat auch die Änderung der Berechnung der Fahrgastzahlen Einfluss auf das Ergebnis.

Mit zunehmender Anzahl von Fahrzeugen mit automatischen Zählsystemen werden Hochrechnungen exakter. Die Leistungserbringung der ASEAG stabilisierte sich jedoch gegen Jahresende, sodass die ASEAG wieder von einer zunehmenden Nachfrage ausgeht. Eine abschließende Bewertung ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Umsatzseitig kommt es hingegen zu einem deutlicheren Plus, da hier die Preissteigerung des Deutschlandtickets zum Tragen kommt. Aufgrund der Systematik der Mindererlösausgleiche zum Deutschlandticket entsteht hierdurch jedoch kein positiver Ergebniseffekt. Dies verdeutlicht, wie abhängig der lokale ÖPNV durch die erheblichen Eingriffe in die Tariflandschaft durch Bund und Land nunmehr von Entscheidungen auf dieser Ebene ist, obwohl formal die Zuständigkeit für die ÖPNV-Finanzierung bei den lokalen Aufgabenträgern liegt. Mit den ab dem Jahr 2026 geltenden Finanzierungsregelungen zum Deutschlandticket sollten sich zumindest Vertriebsfolge wieder lohnen, auch wenn die Preisgestaltung nicht mehr von der ASEAG oder den Aufgabenträgern beeinflusst werden kann. Vor diesem Hintergrund sieht die ASEAG

eine Entwicklung, die in den letzten Tagen des Geschäftsjahres 2025 seitens des Verkehrsministeriums und des VRR kommuniziert wurde, als sehr kritisch an. Zum 1. Februar 2026 wurde zunächst als Pilotprojekt in den Mitgliedsunternehmen der Elektroinnungen in NRW ein erneut preisreduziertes Ticket für Auszubildende mit zusätzlicher Subvention am Markt platziert. Der Ansatz, verstärkt über Unternehmen die Produkte zu platzieren, wird grundsätzlich von der ASEAG befürwortet. Allerdings wurden alle bisher üblichen Abstimmungsprozesse bei der Tarifbildung außer Acht gelassen. Zudem ist der Preis auf gleicher Höhe wie das Semesterticket allein aufgrund eines erheblich höheren Aufwandes in der Vertragsabwicklung kritisch zu hinterfragen. Positiv könnte sich die überproportionale Preissteigerung des Deutschlandtickets zum 1. Januar 2026 im kommenden Geschäftsjahr 2026 auswirken, wenn sich die abzeichnende Tendenz, dass die ASEAG maßgeblich von der Einnahmenaufteilung des Deutschlandtickets nach Postleitzahlen profitiert, nachhaltig bestätigt, zumal die ASEAG davon ausgeht, dass der Preisanstieg keine signifikanten negativen Nachfrageeffekte mit sich bringt. Diese Annahme resultiert unter anderem daraus, dass das Deutschlandticket auch zum neuen Preis weiterhin ein sehr attraktives Angebot für den Kunden darstellt.

Neben dem Deutschlandticket für Dauernutzer, ist es inzwischen einheitliches strategisches Ziel in ganz NRW, dass der eezy.nrw-Tarif in NRW das wesentliche Tarifangebot für Gelegenheitskunden werden soll. Um das im Jahr 2025 durchaus starke Wachstum weiter zu fördern, soll mit der gemeinsamen Tarifreform von AVV und VRS zum Juni 2026 eine deutliche Straffung der Produktpalette erfolgen und gleichzeitig der Einstieg in eine Austarifizierung von konventionellen Tarifen erfolgen. Das heißt, dass sich die konventionellen Tarife zukünftig preislich stärker nach oben entwickeln sollen,

als es der eezy.nrw-Tarif macht. Der VRR ist mit seiner Tarifreform im 1. Quartal 2025 bereits vorangegangen.

Die Schulträger im Raum Aachen sind auch im Geschäftsjahr 2025 zu großen Teilen einem Vorschlag des NRW-Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) gefolgt, der seit der Einführung des Deutschlandtickets Anwendung gefunden hat und so die Gelder der Schulträger im Finanzierungssystem des ÖPNV belassen hat.

Die weiterhin regelmäßige Berichterstattung zum Deutschlandticket im Jahr 2025 ist aus Marketingsicht sehr zu begrüßen, da sich nun auch Kundengruppen mit dem ÖPNV intensiver beschäftigen, die diesem bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden, auch wenn die Botschaften über die Zukunft des Deutschlandtickets in der Regel kaum positiv belegt waren – Preiserhöhung, Fortbestand u. ä. Vor dem Hintergrund der jetzt getroffenen Vereinbarungen zwischen Bund und Land geht die ASEAG davon aus, dass die mediale Aufmerksamkeit zum Deutschlandticket deutlich abnehmen wird. Da jedoch bereits im 4. Quartal 2024 erste Anzeichen einer Stagnation der Absatzzahlen erkennbar wurden, die sich im Jahr 2025 bestätigt haben, gilt es nun wieder andere Wege zu finden, um neue Kunden vom ÖPNV zu überzeugen. Dies kann nur durch eine stabile Leistungserbringung, möglichst in Verbindung mit Verbesserung der Angebotsqualität – weniger störungsanfällig durch bessere Infrastruktur oder aber mehr Leistung – erfolgen. Wesentliche Adressaten der Vertriebsbemühungen bleiben dabei die Unternehmen der Region, da hier am einfachsten Multiplikatoreffekte erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund freut sich die ASEAG darüber, dass die Anzahl von Unternehmen, mit denen die ASEAG zusammenarbeitet, nochmals erhöht werden konnte. Allerdings bleibt es wie im Geschäftsjahr 2024 auch, dass die tatsächliche Nutzung des Ticket-

angebots der Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer noch Entwicklungspotenzial hat. Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit, sich durch das Angebot des Deutschlandticket-Jobtickets als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, ohne dass es letztendlich zu einer signifikanten Nutzung durch die Belegschaft kommt.

Insgesamt setzte sich im Geschäftsjahr 2025 die Entwicklung fort, die auf der einen Seite von viel Optimismus im Hinblick auf einen wieder erstarkenden ÖPNV geprägt ist, auf der anderen Seite jedoch auch erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV beinhaltet. Dabei haben die Finanzierungssorgen vor dem Hintergrund stark belasteter Haushalte, der Aufkündigung von Förderprogrammen, insbesondere im Bereich der Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen (Elektrobusse, Wasserstoffbusse) sowie der weiterhin hohen Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen deutlich über der allgemeinen Preissteigerung bzw. nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die in der Regel Produktivitätsverluste bedeuten, deutlich zugenommen.

Neben einer weiterhin dringend notwendigen nachhaltigen Finanzierung des neuen Tarifangebots bedarf es auch einer Sicherung der Finanzierung des Technologiewandels und des Infrastrukturausbaus. Diese Themen sind allein durch die Kommunen nicht zu bewältigen. Unmittelbar erkennbar war auch im Jahr 2025 der Zusammenhang zwischen den Faktoren Infrastruktur, Personalproduktivität und Leistungsfähigkeit. War die ASEAG in der Vergangenheit noch davon ausgegangen, dass die durch die Sperrung der Brücke der A544 für die Betriebsstabilität gebundenen Personale nach Beendigung der Sperrung für neue Verkehrsleistung zur Verfügung steht, so zeigte sich letztendlich, dass ein Großteil der freiwerdenden Kapazitäten zur Kompensation von Mehrleistungen aufgrund anderer Baustellen an der Infrastruktur und in

produktivitätsmindernden Maßnahmen zur Veränderung der Arbeitsbedingungen gebunden blieben – die Aufnahme neuer Leistungen konnte somit nicht erfolgen. Auch wenn gemeinsam mit den jeweiligen Verwaltungen im Jahr 2025 weitere Erfolge im Bereich der Infrastrukturverbesserung (z. B. verstärkte LSA-Beeinflussung; dauerhafte Markierung von Busspuren) erzielt werden konnten, reichen diese nicht aus, um die infrastrukturellen Versäumnisse der Vergangenheit zu kompensieren.

Im Bereich der Fahrzeugflotte schreitet die Dekarbonisierung bei der ASEAG nach vorherigen Lieferverzögerungen nunmehr voran. Waren es im Jahr 2024 noch 27 Elektrobusse, die bei der ASEAG im Linienverkehr zum Einsatz gekommen sind, so steigt die Anzahl über den Jahreswechsel 2025/2026 um 65 elektrische Busse an, bevor dann im Sommer 2026 weitere 25 Elektrobusse erwartet werden. Dass alle übrigen Busse der ASEAG mindestens den Standard der Abgasnorm Euro 6 erfüllen, ist dabei schon fast selbstverständlich. Um jedoch auch diese Busse möglichst umweltfreundlich fahren zu lassen, hat die ASEAG zum Dezember 2025 den bisherigen Dieselmotorkraftstoff durch HVO100 abgelöst – ein synthetischer, paraffinischer Dieselmotorkraftstoff aus hydrierten Pflanzenölen und tierischen Fetten, der fossilen Diesel ersetzt und bis zu 90 Prozent weniger CO₂-Emissionen

verursacht. Dabei ist sich die ASEAG bewusst, dass die Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht lokal erfolgt, sondern allein in der Gesamtbeurteilung. Insofern sieht die ASEAG diese Kraftstoffform als Übergangslösung auf dem Weg zu vollständig emissionsfreien Antriebsformen. Letztendlich bleibt dies aber auch immer eine Frage der Finanzierbarkeit, da emissionsfreie Busse derzeit noch erheblich teurer in der Anschaffung sind. Da sich vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen jedoch bisher keine umfänglichen und nachhaltigen Finanzierungsquellen aufzeigen lassen, bleiben die Investitionen in weitere emissionsfreie Busse wirtschaftlich aus eigener Kraft kaum zu bewältigende Herausforderungen. Dies zeigt in Kombination mit gesetzlichen Regulierungen, die die Anschaffung von neuen Bussen mit Verbrennungsmotor ab Mitte 2029 unwahrscheinlich bis unmöglich erscheinen lassen – Hersteller von Stadtbussen müssen ab 2030 zu 90 Prozent und ab 2035 zu 100 Prozent emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt bringen, die Finanzierungsherausforderungen, vor denen die Branche im Allgemeinen und die ASEAG im Speziellen stehen.

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –41 Mio. Euro ist um rund 3,8 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Wesentliche Ursachen hierfür sind:

ASEAG	Plan	Ist	Ist 2025 vs.
Mio. Euro	2025	2025	Plan 2025
Gesamtleistung	95,2	95,8	0,6
Materialaufwand	-80,8	-78,9	1,9
Personalaufwand	-38,3	-37,1	1,2
Löhne und Gehälter, Sozialabgaben	-35,9	-35,0	0,9
Altersvorsorge	-2,4	-2,1	0,3
Abschreibungen	-6,3	-5,5	0,8
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-15,1	-16,9	-1,8
Gesamtaufwendungen	-140,6	-138,3	2,3
Betriebsergebnis	-45,4	-42,6	2,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (ohne Pensionen)	1,1	0,9	-0,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen (ohne Pensionen)	-0,1	-0,2	-0,1
Zinserträge/-aufwand aus Pensionsrückstellungen	-0,2	0,6	0,8
Erträge aus Ausleihungen	0,0	0,2	0,2
Finanzergebnis	0,7	1,6	0,9
Steuern	-0,1	-0,1	0,0
Jahresfehlbetrag	-44,8	-41,0	3,8

- Die Gesamtleistung liegt mit 95,8 Mio. Euro rund 0,6 Mio. Euro über dem geplanten Niveau.
- Darüber hinaus reduzierten sich die Kosten für Busanmietungen im Vergleich zum Planansatz um 1,7 Mio. Euro.
- Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS lagen ca. 1,1 Mio. Euro unter Plan, da seitens ESBUS nicht der ASEAG-seitige Bedarf an Neueinstellungen abgedeckt werden konnte.
- Die Löhne und Gehälter sowie Sozialabgaben liegen insgesamt ca. 0,9 Mio. Euro unterhalb des Planniveaus, da sich Ausfallzeiten der Mitarbeiter anders als geplant verteilt haben. So sind Lohnfortzahlungen innerhalb von sechs Wochen Krankheit anders zu bewerten als Aufstockungen des Krankengeldes in den Wochen sieben bis 39 oder gar darüber hinausgehende Abwesenheiten.
- Die Aufwendungen für Altersversorgung sind gegenüber dem Planansatz um 0,3 Mio. Euro geringer, da die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen mit 0,5 Mio. Euro deutlich geringer ausfiel.
- Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 0,8 Mio. Euro geringer als geplant aus.
- Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen überschreiten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung das Planniveau um ca. 1,8 Mio. Euro.
- Die Verbesserung des Finanzergebnisses um 0,9 Mio. Euro resultiert hauptsächlich aus einem aktualisierten Pensionsgutachten.

STAWAG:

Das Jahresergebnis (EBT) der STAWAG liegt im Geschäftsjahr 2025 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und aufgrund außerordentlicher positiver Ergebniseffekte mit rund 72,2 Mio. Euro oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Die Ergebnisentwicklung im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG ist im Geschäftsjahr 2025 insbesondere durch den defizitären Kraftwerksbetrieb TKL (Anteilsquote: 9,72 Prozent) geprägt. Infolge fallender bzw. niedriger Clean-Dark Spreads war unter Berücksichtigung der Fixkosten keine profitable Vermarktung der Kraftwerksscheibe Lünen am Strommarkt möglich. Leicht gegenläufig wirken positive periodenfremde Erträge aus dem Geschäftsjahr 2023, die sich im Wesentlichen aus sogenannten Redispatch-Einsätzen des Kraftwerks ergeben haben. In Summe war jedoch eine vollständige Inanspruchnahme der für das Geschäftsjahr 2025 gebildeten Drohverlustrückstellung erforderlich. Zudem muss infolge der turnusmäßig zum Bilanzstichtag vorzunehmenden (Neu-) Bewertung der bestehenden Drohverlustrückstellung TKL auf Basis neuer Langfristprognosen der Trianel die Drohverlustrückstellung für die angenommene Restlaufzeit des Kraftwerks für die Jahre 2026 bis 2033 zum 31. Dezember 2025 erhöht werden. Im Saldo (Inanspruchnahme und Zuführung) reduziert sich die zum 31. Dezember 2024 bilanzierte Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2025 um ca. 0,1 Mio. Euro auf rund 77,8 Mio. Euro.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG an der TGH (Anteilsquote: 18,12 Prozent) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die

TGH gewährten Gesellschafterdarlehen, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2025 Zinserträge von rund 0,4 Mio. Euro. Aktuell beträgt die Forderung für das gewährte Gesellschafterdarlehen 2,4 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass eine vollständige Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter kurz- bis mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG zudem an der TGE beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2025 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe einen Verlust in Höhe von –1,6 Mio. Euro. Der Ergebnisbeitrag des Segments Gasspeicher Epe beinhaltet grundsätzlich den Deckungsbeitrag aus der Vermarktung der anteiligen Speicherscheibe sowie das phasenverschobene Beteiligungsergebnis der TGE. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugesungsvertrags im April 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2025 auf rund 3,7 Mio. Euro belaufen. Zusätzlich wird im Jahresabschluss eine Abwertung auf den Beteiligungsbuchwert in Höhe von 1 Mio. Euro notwendig. Grundlage hierfür ist das Vorliegen eines aktuellen Marktpreises im Zuge eines geplanten Verkaufsprozesses.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird ein Ergebnis von rund 3,1 Mio. Euro erzielt. Das über Plan liegende Ergebnis resultiert insbesondere durch eine positive Energiemarktpreisentwicklung und den damit verbundenen höheren Spreads, sodass bei den beiden großen BHKW „Campus Melaten“ und „Schwarzer Weg“ ein höheres Ergebnis aus der stromoptimierten Vermarktung realisiert werden konnte.

Bedingt durch die höheren Laufzeiten der beiden KWK-Anlagen wurde im Gegenzug weniger Wärme von der RWE aus dem Kraftwerk Weisweiler bezogen, wodurch entsprechende Kosten eingespart werden konnten. Zusätzlich wirken sich ungeplante Erlöse aus der Abrechnung vermiedener Netznutzungsentgelte beim BHKW Campus Melaten sowie aus der Bilanzierungsumlage aus dem Gaswirtschaftsjahr 2023/2024 positiv aus. Des Weiteren verschieben sich die für das Geschäftsjahr 2025 geplanten Baumaßnahmen, unter anderem für das Heizwerk Forst. Dadurch fällt der Abschreibungsaufwand geringer aus als planerisch unterstellt.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ wird ein über Plan liegendes Ergebnis von rund 24,4 Mio. Euro erzielt.

In der Stromsparte sind die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund erhöhter Kundenverluste auf 353 Gigawattstunden gesunken. In Verbindung mit einem ungeplant hohen Anstieg der finalen Netzentgelte und Umlagen bei gegenüber dem Vorjahr konstanten Endkundenpreisen ergibt sich gegenüber der Planung ein negativer Ergebniseinfluss, der auch durch positive periodenfremde Effekte aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen und Bilanzkorrekturen sowie einem über Plan liegenden Ergebnis im Industrie- und Geschäftskundenbereich nicht kompensiert werden konnte.

In der Gassparte ist der Absatz im Privat- und Gewerbekundensegment insbesondere aufgrund von warmer Witterung auf 655 Gigawattstunden gesunken. Die Preise konnten zum 1. Januar 2025 für alle Kunden gesenkt werden, eine weitere Senkung wurde aufgrund der Kostenentwicklungen vom 1. Oktober 2025 auf den 1. Januar 2026 verschoben. Hinzu kommen, wie im Strombereich, positive periodenfremde Effekte, sodass das Segmentergebnis den Planwert insgesamt übertrifft. Auch im Geschäftskunden-

segment sowie in der Wohnungswirtschaft konnte der Ergebnisbeitrag gegenüber der Planung trotz milder Witterung gesteigert werden.

In der vertrieblichen Wassersparte ist die geplante Absatzmenge mit rund 30,1 Mio. m³ höher als geplant ausgefallen und trägt zusammen mit gesunkenen Netzkosten zur Ergebnisverbesserung gegenüber Plan bei.

Im Bereich der Energiedienstleistungen sorgt insbesondere die verzögerte Realisierung von Erlösen beim Verkauf von Photovoltaikanlagen für ein überplanmäßiges Segmentergebnis, während das Contracting-Geschäft in etwa auf Planniveau lag. Der Bereich Elektromobilität lag trotz steigender Ladestromabsätze aufgrund der aus dem hohen Investitionsvolumen resultierenden Abschreibungen leicht unter Plan.

Im Geschäftsfeld „Wasser“ wird für das Geschäftsjahr 2025 ein unter Plan liegendes Ergebnis von rund 2,3 Mio. Euro erzielt. In dem Geschäftsfeld werden neben der Bewirtschaftung der seitens der enwör eingebrachten Wassernetze auch die erweiterte Dienstleistung für die WAG sowie die ehemals von der enwör erbrachten Dienstleistungen für die SWÜP abgebildet. Nicht berücksichtigt sind vertriebliche Sachverhalte, die gebündelt im Bereich Vertrieb ausgewiesen werden. Die Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Wassernetze werden über eine interne Leistungsverrechnung weitgehend an den Vertrieb verrechnet. Die negative Ergebnisabweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus den im Vergleich zur Planannahme höheren Personalaufwendungen sowie einem gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwand, insbesondere im Bereich der IT-Kosten.

Im Geschäftsfeld „Sonstiges“ werden bisher die Gebäudewirtschaft, der Dienstleistungsbereich mit der Regionetz sowie die Straßenbeleuchtung, als auch der Bereich Abwasser abgebildet.

Durch die Geschäftsbetriebsübernahme der enwor werden hierunter auch das Netzeigentum Strom in den Kommunen Herzogenrath und Würselen, das Netzeigentum Gas in der Stadt Herzogenrath sowie die Bereiche Telekommunikation als auch allgemeine bzw. übergreifende netzspezifische Sachverhalte berücksichtigt.

Der Bereich Telekommunikation definiert sich dabei durch die Vermietung von Breitbandkabel an Telekommunikationsunternehmen wie die Net-Aachen. Die Bereiche Strom- und Gasnetzeigentum enthalten das regulierte Netzvermögen der STAWAG. Erlösseitig wird hierbei im Geschäftsjahr 2025 das Pachtentgelt von der Regionetz berücksichtigt. Unter den allgemeinen bzw. übergreifenden netzspezifischen Sachverhalten sind unter anderem weiterberechnete Projektkosten aus dem netzspezifischen Projekt mit der Regionetz in Zusammenhang mit der Kooperation mit der enwor verankert. Im Bereich der Straßenbeleuchtung wird neben der bisherigen Betreuung der Beleuchtungsanlagen in der Stadt Aachen zusätzlich das neue Geschäft mit der Stadt Herzogenrath aufgenommen.

In Summe ergibt sich aus dem Geschäftsfeld „Sonstiges“ ein Deckungsbeitrag in Höhe von 15,7 Mio. Euro. Wesentlicher positiver Ergebnistreiber ist das Netzeigentum Strom durch einen außerplanmäßigen Verkauf von Stromzählern der STAWAG an die Regionetz sowie positiven Effekten im Pachtentgelt gegenüber dem Business Case NERA.

Im Stromnetz bildet das Jahr 2025 das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode. Im Jahr 2024 konnte das Erlösobergrenzenverfahren der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau sowie der Effizienzwert als wesentliche Größen der künftigen Erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden können. Im Strombereich hat die Regionetz für die Jahre 2019 bis 2026 zum 30. Juni des

jeweiligen Vorjahres, entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die vierte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2025 nach diesen Anpassungen mit 227,2 Mio. Euro etwa 31,8 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere durch deutlich höhere vorgelagerte Netzkosten begründen.

Das Jahr 2025 bildete im Gasbereich das dritte Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode steht aktuell die Erteilung eines verbindlichen Bescheids auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin aus. Nachdem das Verfahren in den letzten Jahren weitestgehend unverändert geruht hat, ist im Laufe

des Jahres 2025 zumindest das Anhörungsverfahren zur vorstehend genannten Erlösobergrenzenfestlegung durchgeführt worden. Die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode konnte im Laufe des Jahres 2025 mit Erlass des Erlösobergrenzenbescheids endgültig abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösobergrenzenfestlegung als gesichert angesehen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Und in der Folge auch für die Jahre 2019 – 2026 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösobergrenzanpassung 2025 (im Dezember 2024) noch mit 91,38 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die BNetzA mitgeteilte Effizienzwert liegt bei 94,01 Prozent.

Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2025 mit 101,7 Mio. Euro etwa 20,8 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2024 genehmigten Erlösobergrenze. Die deutliche Erhöhung setzt sich aus mehreren Effekten zusammen und lässt sich auf eine Erhöhung des Verbraucherpreisindexes, einen starken Anstieg des Kapitalkostenaufschlags und der Einführung des Transformationselements, einen Anstieg der Personalzusatzkosten und der vorgelagerten Netzkosten sowie der Netzübernahme der enwor zurückführen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 86,6 Mio. Euro in das

Anlagevermögen der Regionetz investiert – wobei auf das Stromnetz 36,3 Mio. Euro, auf das Gasnetz 14,9 Mio. Euro, das Wassernetz 20,4 Mio. Euro, die Straßenbeleuchtung 1 Mio. Euro, das Netzleitsystem 2,6 Mio. Euro, das Telekommunikationsnetz 3,6 Mio. Euro und den weiteren allgemeinen Verwaltungsbereich 7,8 Mio. Euro entfielen.

Im Jahr 2025 lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Stromnetz weiterhin auf den Anforderungen der Energiewende. Ein zentrales Thema war der Anschluss von EEG-Anlagen sowie die Integration von marktgeführten Batteriespeichern. Die Digitalisierung und der Ausbau der Netze bleiben auch in den kommenden Jahren ein zentrales Ziel, um den steigenden Anforderungen aus E-Mobilität und erneuerbaren Energien gerecht zu werden.

Schwerpunkte bildeten 2025 im Wasserbereich, analog zur Sparte Gas, alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerungen, sowie Längsmaßnahmen aufgrund aufgetretener Schäden, sowie erforderliche Umlagen aus externen Maßnahmen.

Neben den Investitionen in das eigene Anlagevermögen wurden durch die Regionetz auch Baumaßnahmen für die gepachteten Strom- und Gasnetze sowie die nicht-regulierten Bereiche im Auftrag der STAWAG und der EWW verantwortlich koordiniert und durchgeführt. Das Gesamtvolumen dieser investiven Baumaßnahmen lag im Geschäftsjahr 2025 bei etwa 84,5 Mio. Euro.

Das Ergebnis der Regionetz vor Steuern (EBT) beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 56 Mio. Euro. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW (18,4 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (3,4 Mio. Euro) werden über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag 34,2 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Dank des neu hinzugekommenen Portfolios konnte die STAWAG Energie trotz des geringen Windaufkommens im abgelaufenen Jahr die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Beteiligungsquote erneut steigern. Einschließlich der mit Biogas betriebenen Blockheizkraftwerke der STAWAG (18,7 Gigawattstunden) wurden im abgelaufenen Jahr 627 Gigawattstunden grüner Strom erzeugt, was gegenüber dem bereits starken Vorjahr mit rund 603 Gigawattstunden eine weitere Steigerung von 4 Prozent bedeutet. Den größten Anteil trägt mit 86 Prozent die Stromerzeugung aus Windenergie. In diesem Bereich ist eine Steigerung um 20,8 Gigawattstunden (+4 Prozent) verglichen mit dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Stromproduktion in den BHKW der STAWAG sank um 0,9 Gigawattstunden (–4,4 Prozent), während die Stromproduktion aus Solarenergie um 3,1 Gigawattstunden (+4,9 Prozent) anstieg.

Im Bereich Projektentwicklung wurden die Arbeiten am Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt), mit 33 Megawatt Leistung dem zweitgrößten Windpark der Gesellschaft, planmäßig abgeschlossen. Zwischen Ende März und Anfang April 2025 wurden die acht Anlagen mit einer Leistung in Höhe von 3,6 Megawatt bzw. 5,7 Megawatt in Betrieb genommen und versorgen seitdem rechnerisch 22.000 Haushalte mit grünem Strom. Auch in der Kooperation mit der Trave EE, einem Joint Venture zwischen der STAWAG Energie und der SW Lübeck, wurde die Umsetzung erneuerbarer Projekte vorangetrieben. So erfolgte im November 2025 die Inbetriebnahme von zwei weiteren Windenergieanlagen mit einer Leistung von insgesamt 11,4 Megawatt im Rahmen des Windparks Schülpl-Jevenstedt in Schleswig-Holstein. Mit den Anlagen sollen jährlich rund 27,4 Gigawattstunden Strom aus Windenergie erzeugt werden. Des Weiteren gehen die Arbeiten am Windpark Rohlsdorf GmbH & Co. KG, Lübeck,

(WP Rohlsdorf) planmäßig der Fertigstellung entgegen. Hier wird zurzeit ein Windpark mit vier Windenergieanlagen errichtet, die mit einer Jahresproduktion von 49,9 Gigawattstunden rund 14.300 Haushalte versorgen sollen. Zum Ende des Geschäftsjahres waren alle Anlagen errichtet. Nach Herstellung der Netzanbindung wird davon ausgegangen, dass die Anlagen im ersten Halbjahr 2026 in Betrieb gehen können. Auch im Bereich der Solarenergie ist die STAWAG Energie weiterhin aktiv. So konnte die Gesellschaft Anfang 2026 den größten Solarpark in der StädteRegion Aachen in Betrieb nehmen. Rund 21.800 Photovoltaik-Module mit einer Gesamtleistung von rund 15,5 Megawatt sorgen im benachbarten Herzogenrath-Merkstein für eine jährliche Stromproduktion von mehr als 16 Gigawattstunden und damit einer CO₂-Vermeidung von rund 10.700 Tonnen pro Jahr.

Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 27 Windparks, 12 Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 10,1 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit übertroffen, was hauptsächlich auf die Umsatzerlöse aus der Projektentwicklung zurückzuführen ist. Der Gewinn wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 7,4 Mio. Euro.

Die FACTUR hat im Geschäftsjahr 2025 sowohl von konzerninternen als auch konzernexternen Umsatzerlösen profitiert. Dies resultiert unter anderem aus einem erhöhten Beratungsumfang im Zusammenhang mit dem SAP-Migrationsprojekt von SAP IS-U auf SAP S/4 HANA für Utilities sowie aus einem weiter ansteigenden Zählpunktwachstum im externen Dienstleistungsgeschäft. Bei einem Gesamtumsatz von

46,8 Mio. Euro erzielt die FACTUR ein EBT von rund 5,9 Mio. Euro, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Die WAG, an der die STAWAG zu 100 Prozent beteiligt ist, hat im Jahr 2025 Umsatzerlöse von 29,9 Mio. Euro und ein Ergebnis vor Gewinnabführung von rund 3,6 Mio. Euro erzielt. Aufgrund der finanziellen Eingliederung der WAG in den steuerlichen Querverbund des E.V.A.-Konzerns setzt sich der Ergebnisbeitrag der WAG im Geschäftsjahr 2025 sowohl aus der phasenverschobenen Vereinnahmung des Ergebnisses aus dem Jahr 2024 (2,4 Mio. Euro) als auch aus der phasengleichen Vereinnahmung des Jahresergebnisses 2025 zusammen und beläuft sich insofern auf insgesamt 6 Mio. Euro.

Bei der enwor Netz GmbH, Herzogenrath, (enwor Netz; Anteilsquote: 100 Prozent) wird für das Geschäftsjahr 2025 noch das so genannte nachlaufende Geschäft aus dem zum 1. Januar 2025 erfolgten Netzbetreiberwechsel von der enwor Netz auf die Regionetz abgebildet. Der sich hieraus ergebende Ergebniseffekt ist derzeit noch nicht verlässlich prognostizierbar. Im Geschäftsjahr 2024 war die enwor Netz noch Netzbetreiber für das Strom- und Gasnetz Eigentum der STAWAG in Herzogenrath und Würselen. Ab dem 1. Januar 2025 hat nunmehr die Regionetz die Rolle des Netzbetreibers von der enwor Netz übernommen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck Energie beteiligt. Die SW Lübeck Energie wiederum hält 74,9 Prozent der Anteile an der TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz). Weitere Gesellschafterin ist mit 25,1 Prozent die Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG). Die TraveNetz betreibt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebung und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiberin wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen, die Wegenutzungs-

rechte in Form von Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die SW Lübeck Energie ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 24,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2024 in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der SWR-E einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zudem hat die SWR-E zum 1. Januar 2017 das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnis vor fiktiver Steuer von voraussichtlich rund –0,7 Mio. Euro erwartet. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2024 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Seit dem 1. Januar 2025 ist die enewa zusätzlich Eigentümerin des Gasnetzes in Wachtberg. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis. Das für

die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs vor fiktiver Steuer beläuft sich dabei auf rund 0,9 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2024 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der GWR beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2024 vorgenommen.

Im Zuge der Kooperation mit der enwor erhält die STAWAG mit der SWÜP eine zusätzliche Stadtwerkebeteiligung (Anteilsquote 25,1 Prozent). Die SWÜP ist hierbei ausschließlich als Wasserversorger (Vertrieb und Netzeigentum) der Stadt Übach-Palenberg tätig, wobei die vollständige kaufmännische und technische Betriebsführung durch die STAWAG-Gruppe erbracht wird. Gesellschafter ist neben der STAWAG mit 74,9 Prozent die Stadt Übach-Palenberg. Im Jahr 2025 erzielt die SWÜP voraussichtlich einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG ein phasenverschobenes Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro vereinnahmt.

Aus dem im Geschäftsjahr 2024 erzielten Jahresüberschuss der Trianel in Höhe von rund 58,8 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 14,18 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 6,7 Mio. Euro vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 36,8 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2025 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüber-

schuss von 5,1 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2025 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2024 in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro.

Die TWN, an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2025 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 3,2 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Thesaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden, ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 – 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2025 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab an die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga München) verkauft und hat seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent gehalten. Im August 2024 hat die DKV Mobility SE (DKV) ein verbindliches Angebot zum Erwerb von 100 Prozent der Geschäftsanteile an der smartlab abgegeben. Die Beurkundung der Verträge zur Veräußerung der smartlab hat im November 2024 stattgefunden, der Vollzug selbst erfolgte jedoch erst im Januar 2025. Dabei wird sowohl der Ertrag aus dem Anlagenabgang unter Berücksichtigung der Transaktionskosten in Höhe von 8 Mio. Euro als auch die Zahlung an die E.V.A. zur Ablösung der Call-Option in Höhe von 4,1 Mio. Euro im Jahr 2025 realisiert. Aufgrund der bereits erfolgten Beurkundung der Verträge Ende 2024 wurde auf Basis der im Beteiligungs-

vertrag zwischen STAWAG und enwor fixierten Call-Option bereits im Jahresabschluss 2024 eine entsprechende Rückstellung gebildet, sodass sich im Geschäftsjahr 2025 ein außerordentlicher Ertrag von insgesamt 8 Mio. Euro ergibt.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2025 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2025 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 72,2 Mio. Euro. Die STAWAG beabsichtigt eine Gewinnrücklage in Höhe von 12 Mio. Euro vorzunehmen. Unter Berücksichtigung einer synthetischen Steuerbelastung, indem die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag, die auf die STAWAG entfallen würden, wenn keine ertragssteuerliche Organschaft vorliegen würde, ergibt sich eine Ausgleichszahlung an die enwor in Höhe von 11,5 Mio. Euro und eine Gewinnabführung an die E.V.A. von rund 46,6 Mio. Euro.

regio iT:

Mit 37,6 Prozent Beteiligung der E.V.A. an der regio iT gehört die regio iT zu den wesentlichen, nicht konsolidierten Beteiligungsunternehmen der E.V.A. Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2024 in Höhe von 4,1 Mio. Euro eine Gewinnthesaurierung in Höhe von 20 Prozent bzw. 0,8 Mio. Euro vorgenommen. Damit wurde an die E.V.A. phasenverschoben im Jahr 2025 ein anteiliges Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,2 Mio. Euro ausgeschüttet.

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2025 ihren Gesamtumsatz erneut steigern. Mit einem Wert von 176,1 Mio. Euro konnte entgegen der wirtschaftlichen Lage der Gesamtumsatz gesteigert werden.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 125,9 Mio. Euro Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 9,4 Mio. Euro bzw. 8 Prozent. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Auch die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT Früchte, Kunden zu Gesellschaftern zu machen.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 12,1 Mio. Euro weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 11,5 Mio. Euro wurde in diesem Umsatzsegment leicht übertroffen.

Die geplanten Umsatzerlöse aus Handels- und Leasinggeschäft (21,4 Mio. Euro) konnten mit 22,6 Mio. Euro übertroffen werden.

Die sonstigen Erträge liegen mit 1,7 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (1 Mio. Euro). Ursächlich sind Auflösungen von Rückstellungen, die im Zuge des Jahresabschlusses 2024 gebildet wurden.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand höhere Kosten auf. Mit 77,7 Mio. Euro liegt dieser 3,4 Mio. Euro über dem Wert des Vorjahres. Die Fremdlieferungen entwickeln sich analog den Umsätzen aus Handels- und Leasinggeschäft, da dieses Kostensegment in unmittelbarer Korrelation zu diesem Umsatzsegment steht. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wartungskosten. Aufgrund der gestiegenen Produkterlöse werden im Zuge der Leistungserbringung vermehrt Wartung und Subscription eingekauft. Zudem sind teilweise hohe Kostensteigerungen seitens der Lieferanten Grund für den Anstieg der Wartungskosten.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 91,4 Mio. Euro auf 100,1 Mio. Euro gesteigert werden. Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) beläuft sich auf 56,8 Prozent.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 65,5 Mio. Euro (Vorjahr: 61,5 Mio. Euro) inklusive weiterberechneter Personalaufwendungen für Beamte der Stadt Aachen und der Stadt Gütersloh. Zum 31. Dezember 2025 waren bei der regio iT 741 Mitarbeitende (Vorjahr: 729), davon 43 Auszubildende (Vorjahr: 48) beschäftigt. Ausschlaggebend sind die teilweise hohen Tarifsteigerungen von bis zu sechs Prozentpunkten. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in Prozent vom Umsatz) liegt bei 37,2 Prozent.

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 11,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (10,7 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 14,7 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau (13,8 Mio. Euro).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 8,9 Mio. Euro und der Jahresüberschuss in Höhe von 6 Mio. Euro liegen deutlich über Vorjahresniveau. Ausschlaggebend ist insbesondere die positive Entwicklung der Umsatzerlöse.

regio iT

Mio. Euro

	Ist 2024	Ist 2025
Umsatzerlöse aus laufender Produktnutzung	116,5	125,9
Umsatzerlöse aus Beratung	11,5	12,1
Umsatzerlöse aus Handels-/Leasinggeschäft	26,2	22,6
Erlöse Weiterberechnung Wartung und externe Fremdleistungen	10,8	15,6
Umsatzerlöse gesamt	165,0	176,1
Rohertrag	91,4	100,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	8,9
Jahresüberschuss	4,1	6,0
Gesamtleistungsrendite	3,5 %	5,0 %
Quote Beratungsumsatz	7,0 %	6,9 %
Thesaurierung %	20,0 %	20,0 %
Thesaurierung Mio. Euro	0,8	1,2
Jahresüberschuss nach Thesaurierung	3,3	4,8
Anteil E.V.A. %	37,6 %	37,6 %

Phasenverschobene Gewinnausschüttung an die E.V.A.

Mio. Euro

	Ist 2025	Ausblick 2026
Gewinnbeteiligung E.V.A.	1,2	1,8

gewoge:

Die im Jahr 2025 ausgeschüttete Dividende 2024 der gewoge in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

E.V.A.-Mitarbeitende:

Die E.V.A. beschäftigt 134 Mitarbeitende (Anzahl Beschäftigte) zum Stichtag 31. Dezember 2025, davon 102 Vollzeit- und 32 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt der Personalbestand 122,3 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 129,3 MAÄ zum Jahresende. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*	Ist 2024 Dezember	Plan 2025 Dezember	Ist 2025 Dezember	Ist 2025 vs. Plan 2025
* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden				
MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	140,8	116,3	110,2	-6,1
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen	0,4		0,1	0,1
MAÄ Auszubildende	9,0	11,0	10,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	152,2	129,3	122,3	-7,0

Anzahl Beschäftigte ohne GF/Aushilfen/Azubis	154,0	121,0	
Anzahl Beschäftigte GF/Vorstand	2,0	2,0	
Anzahl Beschäftigte Aushilfen	3,0	1,0	
Anzahl Beschäftigte Auszubildende	9,0	10,0	
Anzahl Beschäftigte gesamt	168,0	134,0	
davon Anzahl Beschäftigte Teilzeit	42,0	32,0	
davon Anzahl Beschäftigte Vollzeit	126,0	102,0	

Die deutlich höhere Anzahl Beschäftigter zum 31. Dezember 2024 begründete sich in den sogenannten Querwechslern von der E.V.A. zur STAWAG (insgesamt 26,7 MAÄ aus den Bereichen Unternehmenskommunikation und Gebäudewirtschaft), die zum 31. Dezember 2024 noch nicht umgestellt waren und erst ab Januar 2025 bei der STAWAG ausgewiesen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 gilt:

In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde ein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst, im Einzelnen wie folgt:

Die Gesellschafterversammlung beschließt, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 20 Prozent Frauenanteil für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beizubehalten und bei der Geschäftsführung den Status Quo für den genannten Zeitraum nicht zu unterschreiten. Mittelfristig wird darüber hinaus angestrebt, den Frauenanteil im Aufsichtsrat wie auch in der Geschäftsführung deutlich zu erhöhen, um ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu erreichen.

Anmerkung:

Bei der E.V.A hat es auf der ersten Führungsebene aufgrund organisatorischer Änderungen eine leichte Veränderung zum Vorjahr gegeben. Die Frauenquote ist von 22,22 Prozent (per 31. Dezember 2024) um 2,78 Prozent-Punkte auf 25 Prozent gestiegen. Sie liegt damit aber weiterhin unter der angestrebten Zielgröße von 50 Prozent (Differenz: -25 Prozent-Punkte; Vorjahres-Differenz: -27,78 Prozent-Punkte) für den Zeitraum bis 30. Juni 2027.

Bei der E.V.A bleibt die Frauenquote auf der zweiten Führungsebene trotz organisatorischer Änderungen mit 33,33 Prozent unverändert. Die beschlossene und anzustrebende Frauenquote von 30 Prozent für den Zeitraum bis 30. Juni 2027 konnte somit weiterhin leicht übertroffen werden.

Für den Zeitraum 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 hat sich im Aufsichtsrat die Frauenquote von 20 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent) gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Ergebnis in Höhe von 9,5 Mio. Euro ab (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wert von 22,1 Mio. Euro nahezu unverändert geblieben.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen gab es im Berichtsjahr, im Vergleich zu den Vorjahren, einen Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus einer Ausgleichszahlung für die Ablösung einer Kauf-Option für Anteile an einer Kapitalgesellschaft.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 7,2 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die Veränderung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass, im Gegensatz zum Vorjahr, kein Investitionszuschuss an die ASEAG für die Anschaffung von E-Bussen gezahlt worden ist (Vorjahr: 8 Mio. Euro).

Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um 11,9 Mio. Euro auf 3,7 Mio. Euro.

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt.

Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 7,1 Mio. Euro. Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 46,6 Mio. Euro um 1 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2025 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 41 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 5,3 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt –6,2 Mio. Euro aus einem schlechteren Betriebsergebnis und 0,9 Mio. Euro aus einem verbesserten Finanz- und Beteiligungsergebnis. Zwar konnten die Umsatzerlöse um 9,4 Mio. Euro gesteigert werden, das schlechtere Betriebsergebnis ergibt sich aber im Wesentlichen aus um 5,7 Mio. Euro niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen, erhöhten Materialaufwendungen von 5,1 Mio. Euro und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 3,1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Zudem stieg der Personalaufwand um 1 Mio. Euro. Im Finanz- und Beteiligungsergebnis ergeben sich gestiegene Zinserträge von 0,1 Mio. Euro und reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich im Berichtsjahr um 0,1 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 0,5 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) und auf 0,8 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Finanzlage

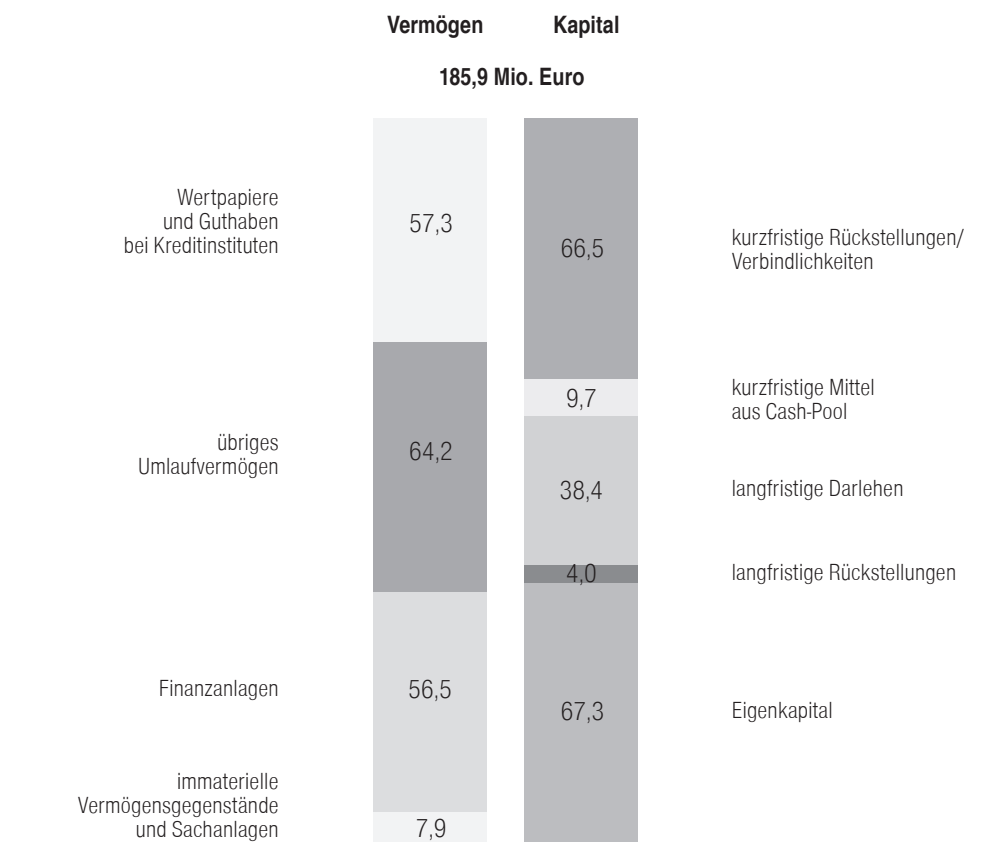


Im Jahr 2025 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 16,4 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen in Höhe von 7 Mio. Euro aus der Zunahme der Finanzmittel sowie aus der Zunahme der Forderungen in Höhe von 6,3 Mio. Euro.

Die Mittelherkunft resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von 5,4 Mio. Euro und aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 9,5 Mio. Euro.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 185,9 Mio. Euro und liegt damit um 13 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 34,7 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 30,8 Prozent aus Wertpapieren des Umlaufvermögens sowie Guthaben bei Kreditinstituten und mit 34,5 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital in Höhe von 67,3 Mio. Euro weitere 42,4 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 22,8 Prozent der Bilanzsumme betragen. Hierin enthalten ist ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro, Ausleihungen aus Stiftungsmitteln in Höhe von 23,5 Mio. Euro sowie Darlehen an den

Gesellschafter, die Stadt Aachen, in Höhe von 12,4 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool liegen bei 5,2 Prozent der Bilanzsumme. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 35,8 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus einem Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 12,4 Mio. Euro sowie aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 41 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 36,2 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Die zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen sind im Anteilbesitz der E.V.A. aufgeführt. Die verbundenen Unternehmen, die nach § 296 Abs. 2 HGB für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht in den Konzernabschluss einbezogen und sind im Konzernanhang der E.V.A. im Einzelnen angegeben.

III. Prognosebericht

Nach der nur verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2025 wird für das Jahr 2026 mit einer moderaten konjunkturellen Belebung gerechnet. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gestiegen ist, erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2026 einen Anstieg um etwa 1 Prozent. Zugleich weisen jüngere Szenarien darauf hin, dass die jüngste Eskalation im Nahen und Mittleren Osten das Wachstum spürbar dämpfen kann. Das ifo Institut sieht für Deutschland im Jahr 2026 – abhängig vom weiteren Konfliktverlauf – nur noch ein Wachstum von 0,6 Prozent in einem Deeskalationsszenario beziehungsweise 0,4 Prozent in einem Eskalationsszenario. Damit bleibt das gesamtwirtschaftliche Umfeld mit erheblichen geopolitischen Unsicherheiten behaftet, die sich neben strukturellen Herausforderungen des Industriestandorts Deutschland weiter auf die Energiepreise, Lieferketten, Investitionsentscheidungen und Marktvolatilitäten auswirken können.

Für den Arbeitsmarkt wird im Jahr 2026 nur eine verhaltene Entwicklung erwartet. Die Bundesregierung geht von einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent aus, womit ein gegenüber dem Jahr 2025 weitgehend unverändertes Niveau erwartet wird. Der Beschäftigungsstand bleibt damit insgesamt hoch, auch wenn die Nachwirkungen der konjunkturellen Schwäche und der strukturellen Transformation weiterhin sichtbar bleiben.

Die Inflationsentwicklung stellt sich für 2026 bislang moderat dar, allerdings mit steigender und risikobehafteter Tendenz. Während die Inflationsrate in Deutschland im Januar 2026 bei 2,1 Prozent und im Februar 2026 bei 1,9 Prozent lag, ist diese nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im März auf 2,7 Prozent angestiegen. Für das Gesamtjahr 2026 erwartet die Bundesregierung eine durch-

schnittliche Inflationsrate von 2,1 Prozent. Gleichzeitig hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Inflationsprojektion für den Euroraum für das Jahr 2026 im März auf 2,6 Prozent angehoben. Wesentlicher Grund sind höhere Energiepreise infolge des Krieges im Nahen und Mittleren Osten. Für Deutschland besteht bei grundsätzlich moderater Teuerung weiterhin das Risiko erneuter energiepreisbedingter Inflationsimpulse, welche sich sowohl auf die allgemeine Preisentwicklung als auch auf Beschaffungskosten und Endkundenpreise in der Energiewirtschaft auswirken.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen haben sich gegenüber den Vorjahren deutlich entspannt. Die EZB hatte ihre Leitzinsen im Verlauf des Jahres 2025 mehrfach gesenkt und im Jahr 2026 bislang unverändert belassen. Das niedrigere Zinsniveau wirkt grundsätzlich unterstützend auf Investitionen und Konsum und verbessert die Finanzierungsbedingungen im Vergleich zu den Jahren 2023 und 2024. Gleichwohl bleibt die weitere geldpolitische Entwicklung mit Unsicherheiten behaftet, da die anhaltenden Spannungen im Nahen und Mittleren Osten über steigende Öl- und Gaspreise erneut inflationssteigernd wirken und damit den Spielraum für weitere geldpolitische Lockerungen begrenzen dürften.

Für die Energiewirtschaft und insbesondere für die Beschaffungsmärkte ist festzuhalten, dass die physische Gasversorgung in Deutschland nach Einschätzung der Bundesnetzagentur derzeit gesichert ist. Gleichwohl führen die aktuellen Entwicklungen zu erheblichen Preiseffekten und Volatilitäten auf den Weltmärkten und in Deutschland. Für die energiewirtschaftlichen Beschaffungsstrategien bedeutet dies, dass Termin- und Spotmärkte für das 2026 und Folgejahre erheblichen Schwankungen unterliegen und eine weiterhin diversifizierte, strukturierte und risikobegrenzende Beschaffung erforderlich ist. Hinzu kommt, dass die Speicherfüll-

stände in Deutschland zum Ende des Winters deutlich niedriger sind als in den Vorjahren und davon auszugehen ist, dass niedrigere Ausgangsfüllstände zu Beginn der Einspeicherphase die Sensitivität gegenüber Preisbewegungen im Sommerhalbjahr 2026 erhöhen werden.

Vor diesem Hintergrund ist für das Geschäftsjahr 2026 insbesondere für die STAWAG von einem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld auszugehen, was eine vorausschauende Portfoliosteuerung und ein enges Risikomanagement erfordern.

Für die ASEAG waren im Geschäftsjahr 2025 das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage sowie die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dabei konnte zumindest bei der Finanzierung der Zuschüsse zum Deutschlandticket Klarheit für die Jahre 2026 bis 2030 erreicht werden. Offen bleibt dabei jedoch die Entwicklung des eigentlichen Nutzerpreises. Zukünftig soll der Preis indexiert werden. Wie jedoch dieser Index aussieht, ob er den Herausforderungen der Finanzierung des Deutschlandtickets angemessen Rechnung tragen wird und wie letztendlich die Kunden auf diese Preise reagieren, bleibt abzuwarten.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation insbesondere bei der ASEAG im Fahrdienstbereich weiterhin angespannt. Die ASEAG hält ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer auf hohem Niveau aufrecht, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (bestellte Mehrleistungen, aber auch Produktivitätseinbußen aufgrund von Krankheit oder Arbeitszeitreduzierungen) abzudecken. Es ist davon auszugehen, dass auch vor dem Hintergrund zu erwartende Verrentungen von Fahrpersonal, die Personalbeschaffung weiterhin eine wesentliche Herausforderung darstellen wird.

Der Wirtschaftsplan der **E.V.A.** für das Jahr 2026 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus (0 Mio. Euro). Für das Geschäftsjahr 2026 plant die E.V.A. eine Gesamtleistung in Höhe von 22,6 Mio. Euro mit Erlösen aus Dienstleistungen und Weiterberechnungen. In Höhe von 22,6 Mio. Euro werden sich auch die geplanten Gesamtaufwendungen der E.V.A. bewegen.

Leistungsindikatoren der E.V.A.

Mio. Euro

Jahresabschluss
2025**Wirtschaftsplan
2026**Plan 2026
vs. Ist 2025

Erlöse aus Dienstleistungen	16,2	17,2	1,0
Erlöse aus Weiterberechnungen	5,9	5,4	-0,5
Umsatzerlöse	22,1	22,6	0,5
Aktiviert Eigenleistungen			
Sonstige betriebliche Erträge	4,5		-4,5
Gesamtleistung	26,6	22,6	-4,0
Materialaufwand	-5,4	-4,5	0,9
Personalaufwand	-11,8	-12,7	-0,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4,3	-3,8	0,5
Abschreibungen	-1,4	-1,6	-0,2
Gesamtaufwendungen	-22,9	-22,6	0,3
Betriebsergebnis	3,7	0,0	-3,7
Verlustübernahme ASEAG	-41,0	-46,4	-5,4
Gewinnabführung STAWAG	46,6	40,1	-6,5
Gewinnbeteiligung regio IT	1,2	1,7	0,5
Gewinnbeteiligung gewoge	0,2	0,2	0,0
Beteiligungsergebnis	7,0	-4,4	-11,4

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*

* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden

Ist 2025
Dezember**Plan 2026
Dezember**Plan 20256
vs. Ist 2025

MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	110,2	117,8	7,6
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen	0,1		-0,1
MAÄ Auszubildende	10,0	9,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	122,3	128,8	6,5

Die Gesamtleistung der E.V.A. in Höhe von 22,6 Mio. Euro setzt sich wie folgt zusammen:

- Umsatzerlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 17,2 Mio. Euro
- Umsatzerlöse aus weiterberechneten Kosten in Höhe von 5,4 Mio. Euro, davon
 - 4 Mio. Euro aus weiterberechneten IT-Kosten und
 - 1,4 Mio. Euro aus sonstigen weiterberechneten Kosten wie z. B. Beratungs- und Prüfungskosten, sonstige freiwillige Sozialaufwendungen (z. B. Job-Tickets) oder Versicherungskosten.
 - Sonstige betriebliche Erträge sind für das Planjahr 2026 nicht geplant.

Die für das Jahr 2026 geplanten Umsatzerlöse aus Dienstleistungen (17,2 Mio. Euro) werden um rund 1,0 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2025 liegen. Der Anstieg resultiert, neben den Effekten aus höheren Stundensätzen aufgrund geplanter Entgeltsteigerungen (2,5 Prozent) und allgemeinen Sachkostensteigerungen (2,5 Prozent), maßgeblich aus Mehrleistungen in den Centern Personal, Finanzen/Rechnungswesen und IT. Im personalwirtschaftlichen Center erhöht sich der Leistungsumfang insbesondere in den Abteilungen Recruiting und Personalcontrolling, im Center Finanzen/Rechnungswesen in den Abteilungen Finanzbuchhaltung und Jahresabschluss/Steuern und im Center IT sind Mehrleistungen für IT-Projekte im E.V.A. Konzern geplant; für die Neueinstellungen in der Abteilung IT-Applikationen und Projektmanagement im Planjahr 2026 vorgesehen sind.

Die für 2026 geplanten Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen liegen mit insgesamt 5,4 Mio. Euro unterhalb des Vorjahreswertes 2025 (5,9 Mio. Euro). Ursächlich für diese Reduzierung der Weiterberechnungen ist insbesondere der Wegfall externer IT-Beratungskosten aufgrund der

bis zum 30. September 2025 noch vakanten IT-Centerleitung, die im Jahr 2025 an die STAWAG weiterberechnet wurde (0,3 Mio. Euro). Des Weiteren reduzieren sich im Jahr 2026 personalwirtschaftliche Weiterberechnungen in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. Euro.

Materialaufwand

Wesentliche Positionen im Materialaufwand sind Fremdleistungen, die von der E.V.A. bezogen und zu einem großen Anteil an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden. Des Weiteren werden Arbeitnehmerleistungen Dritte im Materialaufwand ausgewiesen.

Der für 2026 geplante Materialaufwand wird mit 4,5 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert von 5,4 Mio. Euro liegen. Ursächlich für den Rückgang sind insbesondere geringere IT-Beratungskosten (0,5 Mio. Euro), da ab Oktober 2025 die vakante IT-Centerleitung wieder besetzt ist. Darüber hinaus entfallen in der Wirtschaftsplanung 2026 Fremdleistungen durch Arbeitnehmerüberlassungen, die im Jahr 2025 aufgrund vakanter Planstellen noch erforderlich waren (0,3 Mio. Euro). Bei den SAP-Lizenz- und Wartungskosten wird ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von rund 0,1 Mio. Euro erwartet.

Personalaufwand

Der für das Jahr 2026 geplante Personalaufwand liegt mit 12,7 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro oberhalb des Niveaus aus dem Jahr 2025. Die für 2026 geplanten Personalkosten beinhalten eine Entgeltsteigerung ab Januar 2026 in Höhe von 2,5 Prozent sowie einen Anstieg der Mitarbeiteräquivalente durch die Besetzung vakanter Planstellen, wodurch im Materialaufwand ausgewiesene Kosten für Arbeitnehmerüberlassungen im Planjahr 2026 nicht mehr vorgesehen sind. Die bisher vakante IT-Centerleitung ist

seit Oktober 2025 neu besetzt. Des Weiteren sind im Center IT zwei weitere Planstellen für zusätzliche IT-Projekte im E.V.A. Konzern geplant.

Durch personelle Austritte aufgrund auslaufender befristeter Arbeitsverträge, Renteneintritte bei gleichzeitigen Neueinstellungen mit geringeren Gehaltsniveaus sowie durch den Wegfall von kaufmännischen Auszubildenden, deren Personalkosten an die FACTUR weiterberechnet wurden, werden die gestiegenen Personalkosten teilweise kompensiert.

Die geplante Zuführung zu den Pensionsrückstellungen für das Jahr 2026 liegt mit 0,4 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unterhalb des Vorjahresniveaus.

Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen in der Planung 2026 bei 1,6 Mio. Euro und erhöhen sich damit um 0,2 Mio. Euro gegenüber dem Geschäftsjahr 2025. Ursächlich für die erhöhten Abschreibungen ist die Aktivierung von geplanten Neuinvestitionen wie insbesondere ein geplantes Update des personalwirtschaftlichen SAP HCM Systems oder die vorgezogene Investition der digitalen Personalakte. Zudem erfolgt die Aktivierung der IT-Hardwareausstattungen teilweise erst zum Jahresende 2025; auch daraus folgt ein höherer Abschreibungsbetrag im Jahr 2026 gegenüber dem Jahr 2025.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen sind in Höhe von 3,8 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt, die gegenüber dem Vorjahreswert (4,3 Mio. Euro) um 0,5 Mio. Euro niedriger ausfallen. Ursächlich sind insbesondere um rund 0,4 Mio. Euro geringere Beratungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

Gesamtergebnis E.V.A.

Das geplante Ergebnis vor Steuern wird mit –4,3 Mio. Euro rund 15,1 Mio. Euro niedriger ausfallen als das Ergebnis des Geschäftsjahres 2025. Die Ergebnisverschlechterung ist zum einen auf den im Ergebnis des Jahres 2025 enthaltenen außerordentlichen Ertrag aus dem Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab in Höhe von 4,1 Mio. Euro und zum anderen auf das geplante Beteiligungsergebnis der E.V.A. zurückzuführen, das mit –4,4 Mio. Euro um 11,4 Mio. Euro geringer geplant ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2025. Im Beteiligungsergebnis wirken sich gegenüber dem Jahr 2025 der mit –46,4 Mio. Euro um 5,4 Mio. Euro höhere Jahresfehlbetrag der ASEAG sowie die mit 40,1 Mio. Euro um 6,5 Mio. Euro geringere Gewinnausschüttung der STAWAG entsprechend negativ aus. Dagegen erhöht sich die geplante Ausschüttung der regio IT von 1,2 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2025 auf rund 1,7 Mio. Euro im Planjahr 2026. Das geplante Zinsergebnis liegt mit 0,1 Mio. Euro auf dem Zinsergebnisniveau aus dem Geschäftsjahr 2025. Insgesamt rechnet die E.V.A. im Planjahr 2026 mit einem Jahresergebnis nach Steuern von –5,2 Mio. Euro.

STAWAG

Für die STAWAG ist insgesamt nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich der noch schwer absehbaren weiteren energie- und wirtschaftspolitischen Entwicklung davon auszugehen, dass sie im Geschäftsjahr 2026 ein Ergebnisniveau (EBT) von etwa 63,6 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2025	Plan 2026	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	647.650	553.058	-94.592	-14,6
EBITDA (TEuro)	27.212	28.640	+1.428	+5,2
EBIT (TEuro)	10.732	9.853	-879	-8,2
EBT (TEuro)	72.242	63.589	-8.653	-12,0

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2026 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes weiter fortgesetzt. Ein Schwerpunkt wird zudem auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen.

Nachhaltiges und ressourcenschonendes Handeln ist seit langem Bestandteil der Unternehmensverfassung und somit Zielsetzung für alle Mitarbeitenden im Konzern. Organisatorisch verankert ist das Thema im kaufmännischen Bereich der STAWAG innerhalb der Abteilung Unternehmensentwicklung und Nachhaltigkeit, die konzernübergreifende Projekte begleitet und die Erstellung der Nachhaltigkeitsberichterstattung verantwortet.

Die STAWAG hat sich die folgenden Ziele im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit gesetzt:

Wir treiben den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien regional und bundesweit weiter voran. Bereits heute erzeugen wir mehr Strom in eigenen Anlagen als alle Aachener Haushalte verbrauchen. Bis 2030 wollen wir die Erzeugung aus erneuerbaren Energien auf eine Terrawattstunden jährlich

(entspricht der derzeitigen Stromabgabe im gesamten Netzgebiet der Stadt Aachen) und bis 2040 auf zwei Terrawattstunden jährlich (entspricht der Stromabgabe in Stadt und Städte-Region Aachen) erhöhen.

Wir schaffen Alternativen zu konventionellen beispielsweise erdgasbasierten Heizungsanlagen durch konsequenten Ausbau des Fernwärmenetzes und innovative Produkte auf Basis von Wärmepumpen. Wir streben einen jährlichen Ausbau von rund 4 Kilometern Wärmetrasse und den entsprechenden Hausanschlüssen an. Wir bereiten die Umstellung unseres Erzeugungsportfolios vor: weg von der Auskopplung aus dem Braunkohlekraftwerk Weisweiler hin zu der Nutzung von Abwärme aus der Müllverbrennung, Kraftwärmekopplung, Geothermie und erneuerbarem Wasserstoff.

Wir fördern Elektromobilität durch den Ausbau von Ladeinfrastruktur und Angebote für das Laden zu Hause. Wir setzen uns das Ziel, dauerhaft mindestens 25 Prozent des Bedarfs an öffentlicher Ladeinfrastruktur in der Städte-Region zu decken.

Wir versorgen die Region zuverlässig mit Trinkwasser. Wir legen den Fokus auf sorgsamem Umgang und betreiben Vorsorge für langfristige Versorgungssicherheit auch im Falle außergewöhnlicher klimatischer Ereignisse. Bereits in den Einzugsgebieten engagieren wir uns für eine reduzierte Belastung des Rohwassers und

streben an, die sehr niedrigen Nitratwerte im Rohwasser dauerhaft zu halten (≤ 10 mg/Liter).

Wir achten kontinuierlich auf den Ressourcenbedarf in unserem eigenen Geschäftsbetrieb und die Auswirkungen unserer Tätigkeiten. Wir wollen unseren PKW-Fuhrpark bis 2030 auf Hybrid- oder Elektrofahrzeuge umstellen und bis 2035 alle Fahrzeuge im Fuhrpark auf vollelektrischen Antrieb umstellen.

ASEAG

Auch im Geschäftsjahr 2025 waren das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage sowie die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dabei konnte zumindest bei der Finanzierung der Zuschüsse zum Deutschlandticket Klarheit für die Jahre 2026 bis 2030 erreicht werden. Offen bleibt dabei jedoch die Entwicklung des eigentlichen Nutzerpreises. Nachdem die letzte Bundesregierung noch einen ersten Anstieg des Preises von 49 Euro pro Monat auf 58 Euro pro Monat beschlossen hatte, kam es im Jahr 2025 trotz anderslautender Bekundungen im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung zu einer erneuten Preiserhöhung auf 63 Euro pro Monat ab dem Jahr 2026. Zukünftig soll der Preis indexiert werden. Wie jedoch dieser Index aussieht, ob er den Herausforderungen der Finanzierung des Deutschlandtickets angemessen Rechnung tragen wird und wie letztendlich die Kunden auf diese Preise reagieren, bleibt abzuwarten. Nach Einschätzung der ASEAG wird dem ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende zwar weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben, doch die Tendenz, dass technische, personelle und finanzielle Ressourcen nicht in dem Umfang vorhanden sind, wie sie für einen zügigen Ausbau von Angebot und Infrastruktur benötigt würden, wird immer offensichtlicher. Insbesondere die Situation, dass ein weiterhin schwa-

ches Wirtschaftswachstum in Deutschland auf tendenziell angespannte Haushaltslagen der Aufgabenträger trifft, lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass sich an dieser Tendenz kurzfristig etwas ändert. Sollte sich also durch die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft für die ASEAG Entspannung am Arbeitsmarkt einstellen, so bleibt schlussendlich die Frage der Finanzierbarkeit von Technologiewandel und Verkehrswende. Aus Sicht der ASEAG ist damit ein nachhaltiger Einstieg in die Verkehrswende insgesamt weiterhin fraglich, auch wenn die Absenkung des Tarifes mit dem Deutschlandticket tendenziell eine fördernde Komponente für die Verkehrswende ist, so wird das fehlende Angebot – gerade in den suburbanen Räumen – bremsend auf die Verkehrswende wirken. Dies gilt nach Einschätzung der ASEAG auch vor dem Hintergrund, dass die Aufgabenträger in Stadt und StädteRegion Aachen in ihren im Geschäftsjahr 2025 verabschiedeten Nahverkehrsplänen weiterhin von einem Ausbau des Fahrplanangebots ausgehen. Aus Sicht der ASEAG bleibt es wichtig, dass der begonnene Weg zum Ausbau der Infrastruktur für den ÖPNV fortgesetzt wird. Sollte bei der Finanzierung des ÖPNV eine Priorisierung zwischen Infrastrukturausbau und Angebotserweiterungen notwendig werden, so ist aus Sicht der ASEAG der Infrastrukturausbau klar zu bevorzugen, da von diesem auch bereits vorhandene Fahrplanangebote nachhaltig profitieren. Der in Aachen anstehende Fernwärmeausbau ist dabei sicherlich Risiko und Chance in einem. Baustellen werden den ÖPNV ausbremsen und dessen Attraktivität mindern, bilden aber gleichzeitig die Chance mit geringem zusätzlichem finanziellem Aufwand eine attraktive ÖPNV-Infrastruktur für die Zukunft zu schaffen.

Mit einem Leistungsvolumen von etwa 20 Mio. Nutz-km pro Jahr bleibt die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im AVV. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum

bis 2027 als gesichert angenommen werden und aus den Gesprächen mit der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen kommt die ASEAG zu dem Ergebnis, dass der politische Wille besteht, diese Vergabe fortzusetzen. Im Jahr 2026 rechnet die ASEAG daher mit einer entsprechenden Vorabbekanntmachung.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation insbesondere für den Fahrdienst weiterhin angespannt. Die Trends zu Arbeitszeitreduzierung oder zur Eigenkündigung haben sich gegenüber den Vorjahren nochmals verstärkt. Mitarbeiter stellen für sich fest, dass die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Vorstellungen passen. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass dieser Trend vorerst bestehen bleiben wird. Aus diesem Grund hält die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer auf hohem Niveau aufrecht, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (bestellte Mehrleistungen aber auch Produktivitätseinbußen aufgrund von Krankheit oder Arbeitszeitreduzierungen) abzudecken. Dennoch ist es auch im Geschäftsjahr 2025 nicht gelungen, die Kapazitätsreduzierungen durch Abgänge oder Arbeitszeitreduzierungen durch Neueinstellungen vollumfänglich zu kompensieren. Da jedoch mit Beendigung der Brückensperrung der A544 Personale frei wurden, die zuvor zur Stabilisierung des Betriebsablaufes eingesetzt wurden, konnte zum Jahresende 2025 eine Betriebsstabilität erreicht werden, die den Qualitätsvorgaben des öffentlichen Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Aachen entsprechen. Dennoch ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund zu erwartende Verrentungen von Fahrpersonal, die Erhaltung dieses Zustandes auch für das Geschäftsjahr 2026 weiterhin eine wesentliche Herausforderung darstellen wird.

Nachdem das Geschäftsjahr 2025 insbesondere aufgrund einer erfreulichen Ertragsentwicklung und unerwarteter Vertriebsprovisionen zum Deutschlandtickets besser als das Plan-niveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 46,4 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung für das Geschäftsjahr 2026 wird dabei um etwa 2 Mio. Euro überschritten. Einer der wesentlichsten Gründe für diesen erneuten Anstieg liegt darin, dass es nicht gelingt, die im Rahmen der Brückensperrung der A544 zusätzlich zur Stabilisierung des Fahrplans eingesetzten Mitarbeiter nun nach Beendigung der Brückenarbeiten in die Umsetzung der bereits seitens der Stadt Aachen beschlossenen Verkehrswendemaßnahmen zu überführen. Vielmehr binden andere Baustellen und Produktivitätsprobleme die Kapazitäten im bestehenden Fahrplanangebot. Infolgedessen entfallen geplante Erträge, ohne dass im gleichem Umfang Aufwände reduziert werden können. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Verkehrswende wird auf das Geschäftsjahr 2028 verschoben, da trotz Stabilisierung im Betrieb weiterhin von einer angespannten Personalsituation auszugehen ist.

regio iT:

Für die regio iT zeigt sich in Zeiten anhaltender Konjunkturschwäche, hoher Kosten und geopolitischer Spannungen die Digitalwirtschaft widerstandsfähig. Der ITK-Markt wächst 2026 voraussichtlich um 4,4 Prozent auf 245,1 Milliarden Euro. Das aktuelle Wachstum ließe sich sogar verdoppeln, wenn es gelänge Überregulierung und Bürokratie abzubauen. Ziel sollte sein, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, praxistaugliche rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und eine leistungsfähige digitale Verwaltung bereitzustellen, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen spürbar entlastet.

Eine erfolgreiche Digitalisierung setzt voraus, dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden – sowohl im Bereich der

Netzinfrastruktur und Rechenzentren als auch hinsichtlich digitaler Plattformen, Künstlicher Intelligenz und einer modernen Datenwirtschaft.

Durch Investitionen in ein neues Rechenzentrum sowie das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden gut vorbereitet.

Die Zahl der Erwerbstätigen im ITK-Sektor soll im Jahr 2026 um rund 11.000 auf 1,36 Millionen steigen. Die Digitalbranche baut damit ihre Rolle als größter industrieller Arbeitgeber weiter aus.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, sind nachstehend dargestellt:

regio iT Mio. Euro	Ist 2024	Ist 2025	Plan 2026
Umsatzerlöse aus laufender Produktnutzung	116,5	125,9	133,1
Umsatzerlöse aus Beratung	11,5	12,1	12,4
Umsatzerlöse aus Handels-/Leasinggeschäft	26,2	22,6	20,1
Erlöse Weiterberechnung Wartung und externe Fremdleistungen	10,8	15,6	11,7
Umsatzerlöse gesamt	165,0	176,1	177,4
Rohhertrag	91,4	100,1	105,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	8,9	7,7
Jahresüberschuss	4,1	6,0	5,3
Gesamtleistungsrendite	3,5 %	5,0 %	4,3 %
Quote Beratungsumsatz	7,0 %	6,9 %	7,0 %
Thesaurierung %	20,0 %	20,0 %	20,0 %
Thesaurierung Mio. Euro	0,8	1,2	1,1
Jahresüberschuss nach Thesaurierung	3,3	4,8	4,2
Anteil E.V.A. %	37,6 %	37,6 %	37,6 %

Phasenverschobene Gewinnausschüttung an die E.V.A.
 Mio. Euro

 Ist
2025

 Ausblick
2026
Gewinnbeteiligung E.V.A.
1,2

1,8

Es ist zu erwähnen, dass die regio iT die weiterhin steigenden Kosten für die Leistungserbringung im Produktgeschäft auffängt und auch im Jahr 2026 größtenteils nicht an die Kunden weitergeben wird. Die Folge ist ein rückläufiges Ergebnis trotz Ausweitung des Produktgeschäftes.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende auf Plan-niveau im Sommer 2026 erfolgt.

Die geplante **Personalstärke der E.V.A.** zum Ende des Geschäftsjahres 2026 wird bei rund 129 MAÄ erwartet bzw. ohne Geschäftsführung und ohne Auszubildende bei rund 118 MAÄ. Die leicht ansteigende Personalstärke begründet sich insbesondere in der Besetzung von bisher vakanten Planstellen, die im Jahr 2025 teilweise durch Arbeitnehmerüberlassungen oder durch externe Beratungsleistungen wie im Center IT aufgefangen wurden.

E.V.A. Mitarbeiteräquivalente und Anzahl Beschäftigte	Ist Dezember 2025	Plan Dezember 2026
MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	110,2	117,8
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0
MAÄ Aushilfen	0,1	
MAÄ Auszubildende	10,0	9,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	122,3	128,8

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren.

Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG sowie deren Tochterunternehmen.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie, FACTUR und WAG gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2025 ein gegenüber dem Vorjahr leicht pessimistischeres Gesamtbild. Das Marktumfeld an den Beschaffungsmärkten hat sich nach der Energiekrise im Jahr 2022 zwar im Wesentlichen wieder normalisiert, sodass die Beschaffung wieder uneingeschränkt auf Basis der etablierten Methoden und

Prozesse erfolgen kann. Gleichwohl führen die anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten weiterhin zu einem grundsätzlich erhöhten Risikoumfeld. Auch die Planungsparameter für die Kraftwerksscheibe TKL bleiben schwierig. Unsicherheiten bei Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland und Europa und deren Einfluss auf die Stromgroßhandelspreise überwiegen. Erfolge aus der Spotvermarktung und Erfolge aus sog. Dunkelflauten fielen im Jahr 2025 geringer aus als im Vorjahr. Die bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum Jahr 2033 angenommenen defizitären Kraftwerksbetrieb wird nach einer teilweisen Inanspruchnahme für 2025 für die künftigen Jahre auf Vorjahresniveau von 77,8 Mio. Euro gehalten. Etwaige marktentwicklungsbedingte Rückstellungszuführungen sind auch in den nächsten Jahren nicht gänzlich auszuschließen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Leitzins bis Mitte 2025 mehrfach um 0,25 Prozent. Seitdem verharrt der Einlagenzins bei 2 Prozent. Die Zinsstrukturkurve hat wieder einen normalen ansteigenden Verlauf. Zinsbedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, die sich aus vielen Jahren Zinssenkung bilanziell ergaben, spielen für die Gesellschaften der STAWAG-Gruppe keine Rolle mehr. Die Energietransformation steht in Deutschland, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, im Mittelpunkt politischer Diskussionen. Mehr nationale Unabhängigkeit, die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen erfordern einen weitreichenden Umbau von Energieinfrastrukturen. Auch die Investitionspläne der STAWAG-Gruppengesellschaften liegen auf einem hohen Niveau und erfordern adäquate Finanzierungsquellen. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und der Regionetz. Marktbedingt rechnet die STAWAG

künftig mit rückläufigen Absatzmengen bei leicht verbesserten Endkundenpreisen. Chancenreich sieht die STAWAG die Projektentwicklungen in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen der STAWAG und der EWW bestehenden Netzkooperation in der Regionetz wird es künftig darauf ankommen, dass getätigte Investitionen stabile Ergebnisbeiträge generieren. Die STAWAG sieht dann gute Chancen, auch in den nächsten Jahren ein solides Ergebnisniveau erwirtschaften zu können. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2025 wird weiterhin das Risiko einer Pandemie mitgeführt. Das Risiko wurde während der Corona-Pandemie aufgenommen. Wenngleich die Corona-Pandemie überwunden und die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren als gering eingestuft wird, zeigten die Jahre der Corona-Pandemie exemplarisch, wie stark und auch noch nachwirkend die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Pandemie sein können, auch wenn sie im Falle der Corona-Pandemie im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen wurden. Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurden im Geschäftsjahr 2023 die Zuschüsse, die die Folgen der Pandemie auffangen sollten, durch Zuschüsse ersetzt, die die wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Ticketangebots kompensieren. Die bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets konnten mit der gegen Ende des Jahres 2025 realisierten Anpassung des Regionalisierungsgesetzes zwar deutlich gemindert, aber nicht endgültig beseitigt werden. Die Deckelung der Ausgleichsbeträge und die

Befristung der Regelung stellen für die ASEAG ein Restrisiko dar, abgesehen davon, dass auch eine wirklich langfristige Finanzierungslösung des Deutschlandtickets vorerst weiter offen bleibt. Sollte die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Land nicht nachhaltig gesichert werden können, wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig. Statt politisch gewünschter Leistungsausweitungen (Stichwort: Verkehrswende) könnten dann Leistungsminderungen wegen fehlender Finanzierbarkeit die Folge sein.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Auch wenn das Zinsniveau im Geschäftsjahr 2025 weiter rückläufig war, liegt das Zinsniveau weiterhin deutlich über den für die Bilanzierung angesetzten langfristigen Durchschnittszinsen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Neben den Zinseffekten bei Pensionsrückstellungen ist zu beachten, dass fällige Rentenzahlungen die Liquidität der ASEAG in Zukunft stärker belasten werden, da ihr hierfür nicht im gleichen Umfang Liquidität über den Ergebnisabführungsvertrag mit der E.V.A. zufließt. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Zusätzlich haben die Aufgabenträger bereits mit den Vorbereitungen für eine mögliche Anschlussbetrauung begonnen. Im Rah-

men dessen werden die damaligen Aussagen zur Inhouse-Fähigkeit der ASEAG nochmals geprüft. Auch wenn es im Geschäftsjahr 2023 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes an der APAG gekommen ist und das Jahresergebnis 2025 sowie die Wirtschaftsplanung 2026–2030 darauf hindeuten, dass sich das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes vorerst verringert hat, so gilt es, dieses Risiko weiterhin intensiv zu beobachten. Geplante Sanierungen von Parkhäusern und die Umsatzabhängigkeit von der grundsätzlichen Entwicklung der Aachener Innenstadt bringen weiterhin Risiken mit sich, die für die weitere Entwicklung der APAG relevant sind. Um diesen Risiken Rechnung zu tragen wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2026 ff. Steigerungen der Parktarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals der APAG berücksichtigt.

Bei den Subunternehmern besteht tendenziell das Risiko, dass durch überdurchschnittliche Vergütungsabschlüsse ein Produktionsvorteil der Partnerunternehmen schwindet. Der Tarifabschluss für das Jahr 2025 war zwar wieder deutlich moderater. Allerdings sind die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst erneut relativ hoch, sodass die Chance besteht, dass sich die Schere zwischen den Vergütungstarifen vorerst nicht weiter schließt. Im Hinblick auf die tarifpolitischen Entwicklungen bei der Tochtergesellschaft ESBUS ist weiterhin nichts Neues aus den Gesprächen mit der Nahverkehrsgesellschaft zu berichten. Auch die fortbestehenden Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung lassen das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen weiterhin als hoch erscheinen. In der Wirtschaftsplanung wurde dieser Sachverhalt durch einen überdurchschnittlichen Kostenanstieg beim Einkauf der Subunternehmerleistungen berücksichtigt.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich für die ASEAG aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Auch wenn durch die Förderprogramme des Landes NRW und Zuflüsse durch die Gesellschafter/Aufgabenträger die nächsten 90 Elektrobusse als finanziert angesehen werden können, hat die ASEAG im Jahr 2025 ergänzend mit der Drittfinanzierung der Busflotte durch Geschäftsbanken begonnen. Auch wenn die neue Bundesregierung den Entfall der Förderprogramme für emissionsfreie Busse aus dem Jahr 2024 grundsätzlich rückgängig gemacht hat, stellt die Finanzierung weiterer Busse langfristig ein erhebliches Risiko dar. Der erste Förderaufruf des Bundes im Jahr 2025 zielte aufgrund seiner Zuschlagskriterien primär auf Verkehrsunternehmen, die bisher geringere Anteile an Elektrobussen haben als die ASEAG, weshalb die ASEAG mit ihrem Antrag auf weitere Fahrzeuge in der Förderung nicht zum Zuge kam. Technologisch und wirtschaftlich kommt hinzu, dass bei Elektrobussen die technische Nutzungsdauer von Batterie und Fahrzeug-

chassis erheblich voneinander abweichen. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, inwieweit die Geschäftsbanken bereit sind, die weiteren Entwicklungen zu begleiten.

Die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln bleibt auch künftig ein wesentliches Risiko der ASEAG. Zuschüsse unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine nachhaltige gesetzliche Verankerung für Ausgleichszahlungen fehlt und die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen im Bund und Land erheblich zugenommen hat. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer und schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Ergebnisentwicklung der STAWAG und insbesondere von den Verlusten der ASEAG bestimmt. Gemäß der aktuellen Wirtschafts- und Mittelfristplanung 2026 bis 2030 geht die E.V.A. vorübergehend davon aus, dass in den Jahren 2026-2028 die Gewinnabführungen der STAWAG und regio IT nicht mehr ausreichen werden, um die ansteigenden Verlustübernahmen bei der ASEAG zu decken, womit ein Rückgang des bilanziellen Eigenkapitals verbunden sein wird. Zur Stabilisierung der Liquiditätslage wurden bereits im Jahr 2025 die bestehenden Gesellschafter- und Stiftungsdarlehen der Stadt Aachen mit neuen Laufzeiten zwischen zwei und zehn Jahren verlängert. Der Schutz vor einer möglichen Liquiditätsunterdeckung ist damit zumindest bis zur endgültigen Fälligkeit der Darlehen sichergestellt. Im Bereich der kurzfristigen Finanzierung kann die E.V.A., auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist, weiterhin Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die E.V.A. insbesondere Dank der in den letzten Jahren außerordentlich hohen Ergebnisbeiträgen der STAWAG in eine ausbalancierte Ergebnis- und Finanzsituation zurückgeführt werden konnte. Um unter den gegebenen politischen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen den langfristigen Fortbestand der E.V.A. bei Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben und unter Einbezug des steuerlichen Querverbands weiterhin sicherstellen zu können, sind jedoch nachhaltige Ergebnisanstrengungen im energiewirtschaftlichen Umfeld und ein begrenzter ÖPNV-Verlust, erforderlich. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2025 voll gerecht wurde.

Aachen, den 10. Juni 2026

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Michael Carmincke



Wilfried Ullrich

Jahres

Jahresabschluss >>

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva	Anhang	31.12.2025 Euro	31.12.2024 TEuro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software		6.612.493,00	7.428
2. Geleistete Anzahlungen		692.444,43	574
		<u>7.304.937,43</u>	<u>8.002</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		358.254,00	74
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		214.855,46	75
		<u>573.109,46</u>	<u>149</u>
III. Finanzanlagen	_ 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.793.168,12	2.793
3. Sonstige Ausleihungen		3.053,16	3
		<u>56.518.567,39</u>	<u>56.518</u>
		64.396.614,28	64.669
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	_ 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		929,58	84
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		45.377.208,00	53.953
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		41.121,66	474
4. Forderungen gegen Gesellschafter		178.550,24	179
5. Sonstige Vermögensgegenstände		18.585.555,60	3.282
		<u>64.183.365,08</u>	<u>57.972</u>
II. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere	_ 3	25.234.605,50	12.855
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	_ 4	32.086.713,66	37.426
		<u>121.504.684,24</u>	<u>108.253</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		46.837,19	10
		<u>185.948.135,71</u>	<u>172.932</u>

Passiva

Anhang

31.12.2025

Euro

31.12.2024

TEuro

A. Eigenkapital

_ 5

I. Gezeichnetes Kapital

14.049.880,00

14.050

II. Kapitalrücklage

43.753.000,00

43.753

III. Verlustvortrag

24.360,20

-2.399

IV. Jahresüberschuss

9.513.524,46

4.423

67.340.764,66

59.827

B. Rückstellungen

1. Pensionsrückstellungen

_ 6

3.910.660,00

4.170

2. Steuerrückstellungen

_ 7

709.702,63

444

3. Sonstige Rückstellungen

_ 8

1.683.511,70

1.586

6.303.874,33

6.200

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

150.004,13

424

2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

_ 9

72.752.465,76

66.375

3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

674.948,96

1.152

4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

_ 10

14.949.031,92

15.057

5. Sonstige Verbindlichkeiten

23.777.045,95

23.897

112.303.496,72

106.905

185.948.135,71

172.932

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	Anhang	2025 Euro	2024 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11	22.130.441,23	22.082
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	25
3. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	4.518.396,44	65
4. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		554,95	7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		5.426.177,15	5.920
		<u>5.426.732,10</u>	<u>5.927</u>
5. Personalaufwand	_ 14		
a) Gehälter		9.577.366,16	9.619
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		2.251.338,68	2.153
		<u>11.828.704,84</u>	<u>11.772</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.426.679,72	1.239
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	4.291.063,34	11.443
Betriebsergebnis		3.675.657,67	-8.209
8. Erträge aus Beteiligungen	_ 16	1.398.721,17	2.017
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 17	46.602.136,54	47.633
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 18	1.334.576,22	1.078
11. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	144
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 19	41.033.094,69	35.708
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 20	1.179.912,45	1.214
Ergebnis vor Steuern		10.798.084,46	5.453
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 21	1.283.078,00	1.028
Ergebnis nach Steuern		9.515.006,46	4.425
15. Sonstige Steuern		1.482,00	2
Jahresüberschuss		9.513.524,46	4.423

Anhang

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956 eingetragen ist, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Unternehmensregister offengelegt wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände

zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Auszahlungen, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen, werden als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 2,06 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Absatz 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Jahren (2,22 Prozent) beträgt 175 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezugsdynamik von 2,5 Prozent p.a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 2 Prozent p.a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 2,22 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p.a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren notwendigen Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand am 1.1.2025 Euro	Zugänge Euro	Umgliederung Umbuchung Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2025 Euro
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	14.110.749,83	43.890,05	310.710,70	0,00	14.465.350,58
2. Geleistete Anzahlungen	573.978,77	499.699,42	-381.233,76	0,00	692.444,43
	14.684.728,60	543.589,47	-70.523,06	0,00	15.157.795,01
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	845.916,57	460.933,00	70.523,06	44.887,55	1.332.485,08
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.000,81	139.854,65	0,00	0,00	214.855,46
	920.917,38	600.787,65	70.523,06	44.887,55	1.547.340,54
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12	0,00	0,00	0,00	2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	3.053,16	0,00	0,00	0,00	3.053,16
	56.518.567,39	0,00	0,00	0,00	56.518.567,39
	72.124.213,37	1.144.377,12	0,00	44.887,55	73.223.702,94
Abschreibungen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	6.682.671,83	1.170.185,75	0,00	0,00	7.852.857,58
2. Geleistete Anzahlungen	0,00				0,00
	6.682.671,83	1.170.185,75	0,00	0,00	7.852.857,58
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	772.363,57	240.426,06	0,00	38.558,55	974.231,08
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00				0,00
	772.363,57	240.426,06	0,00	38.558,55	974.231,08
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00				0,00
2. Beteiligungen	0,00				0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00				0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	7.455.035,40	1.410.611,81	0,00	38.558,55	8.827.088,66
Buchwerte					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	7.428.078,00				6.612.493,00
2. Geleistete Anzahlungen	573.978,77				692.444,43
	8.002.056,77				7.304.937,43
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.553,00				358.254,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.000,81				214.855,46
	148.553,81				573.109,46
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11				53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12				2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	3.053,16				3.053,16
	56.518.567,39				56.518.567,39
	64.669.177,97				64.396.614,28

_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6.212 TEuro auf 64.183 TEuro.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen 1 TEuro (Vorjahr: 84,1 TEuro).

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich im Wesentlichen wie folgt:

	2025 TEuro	2024 TEuro
STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG (STAWAG)	44.270	52.487
ESBUS GmbH (ESBUS)	647	17
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG)	379	871
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	18	212
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	14	20
Regionetz GmbH (Regionetz)	-2	2
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG)	1	8
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär)	1	1
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	47	331

Die größten Posten entfallen mit 46.602 TEuro auf die Gewinnabführung und mit -2.905 TEuro aus einer Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung an die STAWAG.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) zusammen und betreffen vornehmlich Verwaltungsdienstleistungen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betragen unverändert 179 TEuro und enthalten ausschließlich die Einbehaltung von Kapitalertragsteuern (Vorjahr: 179 TEuro).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 18.532 TEuro (Vorjahr: 3.274 TEuro).

Im Berichtsjahr gibt es wie im Vorjahr keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

_3 Die Position **Sonstige Wertpapiere** beinhaltet ein Wertpapier bestehend aus 129.700 Anteilen aus dem Hause Hauck Aufhäuser Lampe (HAL) sowie ein Wertpapier aus dem Hause Union Investment Institutional GmbH bestehend aus 120.612 Anteilen. Beide Anlagen können kurzfristig veräußert werden.

_4 Die **Position Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus einem Tagesgeldkonto, aus einer Kapital-Plus-Anlage sowie dem Cash-Pool-Masterkonto.

_5 An dem **Stammkapital** ist die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Absatz 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert wie im Vorjahr 43.753 TEuro.

_6 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

_7 Die **Steuerrückstellungen** bestehen in Höhe von insgesamt 309 Teuro aus Gewerbesteuerpflichtungen sowie aus Steuerrisiken für die BP der Jahre 2018-2023.

_8 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus den Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierungskosten und für ausstehende Rechnungen.

_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** nahmen um 6.378 TEuro auf 72.752 TEuro zu. Sie betreffen im Wesentlichen die ASEAG in Höhe von 48.070 TEuro (Vorjahr: 44.827 TEuro) und resultieren mit 1.629 TEuro (Vorjahr: 5.593 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.821 TEuro (Vorjahr: 2.976 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung und mit 41.033 TEuro (Vorjahr: 35.708 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme.

Insgesamt ergibt sich nachfolgende Übersicht:

	2025 TEuro	2024 TEuro
ASEAG	48.070	44.827
STAWAG	16.641	10.143
APAG	5.294	8.286
Unterstützungseinrichtung AKREKA GmbH (AKREKA)	2.509	2.143
ASEAG-Reisen GmbH (ASEAG-Reisen)	238	219
ESBUS	0	697
FACTOR	0	53
Regionetz	0	6

_10 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren mit 12.400 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen mit einer ursprünglichen Restlaufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Dieses Darlehen wurde ab dem 1. Januar 2026 in zwei Darlehen aufgesplittet mit einer Laufzeit von einmal zwei (10.000 TEuro) und einmal 10 Jahren (2.400 TEuro). Des Weiteren resultieren die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 2.546 TEuro aus einem Darlehen der Städte-Region Aachen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2025	Restlaufzeiten			31.12.2024
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro	gesamt TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	150	150	0	0	424
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	72.752	72.752	0	0	66.375
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	675	675	0	0	1.152
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.949	3	14.949	14.949	15.057
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23.777	230	23.547	7.850	23.897
davon aus Steuern	145	145	0	0	120.691
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	0
	112.303	73.810	38.493	22.796	106.905

Verbindlichkeitspiegel

	31.12.2024		Restlaufzeiten	
	gesamt	bis	größer	davon größer
	TEuro	1 Jahr	1 Jahr	5 Jahre
		TEuro	TEuro	TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	424	424	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	66.375	66.375	0	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.152	1.152	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	15.057	12.511	2.546	2.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23.897	23.897	0	0
davon aus Steuern	121	121	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0
	106.905	104.359	2.546	2.546

Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 151.724 TEuro (Vorjahr: 116.895 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 4.056 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2026 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 46,4 Mio. Euro. Der aktuelle Forecast für das Geschäftsjahr 2026 sieht dagegen deutlich besser aus. Seitens der ASEAG wird derzeit mit einem Verlust in Höhe von 38,1 Mio. Euro gerechnet. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Die **Umsatzerlöse** aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2025 TEuro	2024 TEuro
für verbundene Unternehmen	21.440	20.610
für sonstige Kunden	690	1.472
	22.130	22.082

_12 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 4.518 TEuro (Vorjahr: 65 TEuro) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus einer Ausgleichszahlung für die Ablösung einer Kaufoption in Höhe von TEuro 4.136 (Vorjahr: 0 TEuro) sowie aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 316 TEuro (Vorjahr: 28 TEuro).

_13 Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen in Höhe von 4.565 TEuro (Vorjahr: 5.039 TEuro). Vom gesamten **Materialaufwand** wurden insgesamt 515 TEuro (Vorjahr: 14 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

_14 Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 125 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vorjahr: 142), davon 90 Vollzeit- (Vorjahr: 99) und 35 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 43). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 569 TEuro (Vorjahr: 513 TEuro).

_15 Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 1.107 TEuro (Vorjahr: 787 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 958 TEuro (Vorjahr: 947 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 699 TEuro (Vorjahr: 491 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 460 TEuro (Vorjahr: 407 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 158 TEuro (Vorjahr: 165 TEuro). Insgesamt wurden 1.119 TEuro (Vorjahr: 923 TEuro) ohne den Investitionszuschuss der ASEAG von verbundenen Unternehmen berechnet.

_16 Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren mit 1.233 TEuro (Vorjahr: 1.851 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

_17 Bei den **Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen** handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 46.602 TEuro (Vorjahr: 47.633 TEuro).

_18 Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** resultieren aus Zinserträgen für Termingelder in Höhe von 1.148 TEuro (Vorjahr: 210 TEuro) sowie Zinserträge aus Bewertung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 186 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro).

_19 Bei den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 41.033 TEuro (Vorjahr: 35.708 TEuro).

_20 Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen mit 177 TEuro (Vorjahr: 227 TEuro) die verbundenen Unternehmen, mit 325 TEuro (Vorjahr: 326 TEuro) Gesellschafterdarlehen und mit 611 TEuro (Vorjahr: 614 TEuro) Stiftungsdarlehen der Stadt Aachen.

_21 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** 475 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 427 TEuro) und auf 808 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 459 TEuro).

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 123.031 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 2.874 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 120.157 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert.

Bilanz

Bilanz-Posten >>

Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut	laut	Differenz	Steuersatz	aktiv	passiv
	Handelsbilanz TEuro	Steuerbilanz TEuro	TEuro		TEuro	TEuro
Aktiva						
Sachanlagen	953.795	953.001	-794	32,82 %	1.022	-1.283
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	169.788	168.240	-1.548	32,82 %	798	-1.306
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	131.120	172.261	41.141	16,99 %	7.034	-44
Forderungen	180.432	183.031	2.599	32,82 %	853	0
Vorräte	3.334	3.834	500	32,82 %	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	20.017	27.248	7.231	16,99 %	1.236	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.862	1.928	66	32,82 %	22	0
Summe Aktiva	<u>1.460.348</u>	<u>1.509.543</u>	<u>49.195</u>		<u>11.129</u>	<u>-2.640</u>
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	688	-688	32,82 %	0	-226
Rückstellungen	715.001	374.155	340.846	32,82 %	111.873	-8
Verbindlichkeiten	423.580	423.580	0	32,82 %	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	34.434	34.346	88	32,82 %	29	0
Summe Passiva	<u>1.173.015</u>	<u>832.769</u>	<u>340.246</u>		<u>111.902</u>	<u>-234</u>
Aktivüberhang aus Differenz			389.441		120.157	

Die E.V.A. Gruppe unterliegt grundsätzlich den Regelungen der globalen Mindestbesteuerung, da die Umsatzgrenze von 750 Mio. Euro auf Konzernebene überschritten wird. Dies betrifft für die E.V.A. sowohl eine Primärer ergänzungssteuerpflicht (E.V.A.) sowie eine nationale Ergänzungsteuerpflicht in Deutschland (E.V.A.).

Auf Grundlage einer vorgenommenen Betroffenheitsanalyse wurde festgestellt, dass keine Auswirkungen, d. h. keine Ergänzungsteuerbeträge zu erwarten sind, da entsprechende Erleichterungsvorschriften (untergeordnete internationale Tätigkeit und CbCR-Safe-Harbour) genutzt werden können.

Anteils

Anteilsbesitz >>

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2025

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2025 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen			
STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen	260.116	74,9	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	136.390	100 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	271.951	50,8 ²⁾	0 ^{3) 14)}
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 ¹⁵⁾	0 ³⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	12.200	100 ¹⁾	1.611 ⁹⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.638 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	229 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.416 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	114 ⁵⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100 ¹⁵⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	170	100 ⁴⁾	-619
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	6.266	100 ⁴⁾	1.529
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	587
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	526
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	524	100 ⁴⁾	24
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	5.060	59,9 ⁴⁾	407
Windpark Damscheid GmbH & Co. KG (WP Damscheid), Aachen	- ²⁰⁾	100 ⁴⁾	- ²⁰⁾
Solarpark Herzogenrath GmbH & Co. KG (SP Herzogenrath) Aachen	1.727	100 ⁴⁾	-25
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.207	100 ⁴⁾	218
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.376	100 ⁴⁾	112
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.132	59 ⁴⁾	432
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	13.578	100 ⁴⁾	1.144
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5.840	100 ⁴⁾	357
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.663	100 ⁴⁾	719
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	4.915	100 ⁴⁾	273
Windpark Nieder-Schleiden GmbH & Co. KG, Aachen	5.070	100 ⁴⁾	6
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.373	100 ⁴⁾	48
Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG (WP Erftstadt), Aachen	8.258	100 ⁴⁾	-2.295
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.247	59 ⁴⁾	191
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.204	59 ⁴⁾	217
Windpark Pattern GmbH & Co. KG (WP Pattern), Aachen	1.472 ⁵⁾	100 ⁴⁾	-81 ⁵⁾
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	56 ⁴⁾	1.000
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	23.566	100 ²⁾	0 ³⁾
enwor Netz GmbH (enwor Netz), Herzogenrath	40 ⁵⁾	100,0 ²⁾	19 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100 ⁶⁾	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	36 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	36 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	2.941 ⁷⁾	100 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	142	100 ⁴⁾	28
STAWAG Energie Komplementär II GmbH (STAWAG Energie Komplementär II), Aachen	25	100 ⁴⁾	-4
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	54	100 ¹⁷⁾	3
Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH (Hochdruckring Heinsberg), Aachen	4.020 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	-7 ⁵⁾

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2024 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	21.584	37,6	6.025
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	294	49,5 ¹⁾	-74
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	133.342 ⁵⁾	14,2 ²⁾	58.807 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	48.746	18,1 ²⁾	27.909
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	60.896	13,7 ²⁾	11.434
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ⁵⁾¹³⁾	9,8 ²⁾	8.153 ⁵⁾
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE), Aachen	142.754 ⁵⁾	4,4 ²⁾	7.076 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	220.265 ⁵⁾	6,3 ⁴⁾	-51.194 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II), Aachen	-63.648 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-50.495 ⁵⁾¹⁸⁾
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (Trianel Onshore), Aachen	48.965 ⁵⁾	5,5 ⁴⁾	3.051 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	131.064 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹¹⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	32.152	50 ⁴⁾	3.712
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	11.203 ⁵⁾	50 ²⁾	1.181 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	5.355 ⁵⁾	49 ²⁾	54 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	12.135 ⁵⁾	49 ²⁾	-212 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichteröth GmbH (GW Ruppichteröth), Ruppichteröth	6.396 ⁵⁾	49 ²⁾	427 ⁵⁾
RegioBoden GmbH (RegioBoden), Aachen	14 ⁵⁾	50 ¹⁵⁾	-4 ⁵⁾
Übach-Palenberg Netz GmbH, Übach-Palenberg	19.184 ⁵⁾¹⁵⁾	48,3	-7 ⁵⁾
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	4.292	50 ⁴⁾	318
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	3.111 ⁵⁾	49 ⁴⁾	694 ⁵⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	855	100 ¹⁶⁾	21
WEA Dorsten Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Dorsten	1.382	100 ¹⁶⁾	88
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	30.640	50 ⁴⁾	3.743
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.862	100 ¹²⁾	304
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803	100 ¹²⁾	412
Windpark Wesenstedt GmbH & Co. KG (WP Wesenstedt), Lübeck	1.201	100 ¹²⁾	-4
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	50	100 ¹²⁾	2
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	57	100 ¹²⁾	4
Trave Photovoltaik GmbH & Co. KG (Trave Photovoltaik), Lübeck	1	100	0
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	23 ⁵⁾	50 ¹²⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	13.062 ⁵⁾	16 ²⁾	4.604 ⁵⁾
Windpark Strassen GmbH & Co. KG (Strassen), Hamburg	0 ⁵⁾¹⁹⁾	50 ¹²⁾	-828 ⁵⁾
Windpark Heilshoop GmbH & Co. KG (Heilshoop), Lübeck	3.016	100 ¹²⁾	-7
Windpark Rohlsdorf GmbH & Co. KG (Rohlsdorf), Lübeck	5.549	100 ¹²⁾	-48
Windpark Schülpe-Jevenstedt GmbH & Co. KG (Schülpe-Jevenstedt), Lübeck	3.829	100 ¹²⁾	-45
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH (SWÜP), Übach-Palenberg	405	25,1 ²⁾	194
PSW Verwaltungsgesellschaft mbH (PSW Verwaltung), Hagen	32 ⁵⁾	50 ²⁾	1 ⁵⁾
ASEW Energie und Umwelt Service GmbH & Co KG (ASEW), Köln	1.182 ⁵⁾	6,7 ²⁾	56
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	100 ⁵⁾	48,0 ²⁾	-5 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG

2) Anteile werden gehalten über STAWAG

3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn

4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH

5) Wertansätze zum 31.12.2024

6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG

und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten

7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage

8) Anteile werden gehalten über regio iT

9) Thesaurierung des Gewinns

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 482 TEuro ausgewiesen

11) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 27.099 TEuro

12) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

13) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 265.277 TEuro ausgewiesen.

14) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 52.576 TEuro

15) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten

16) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten

17) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten

18) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 63.648 TEuro ausgewiesen

19) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 711 TEuro ausgewiesen

20) Jahresabschlusszahlen liegen noch nicht vor

Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

Mitglieder des Aufsichtsrats

		Gesamtbezüge in Euro
Sibylle Keupen, Vorsitzende	bis 12.12.25	5.050
Dr. Michael Ziemons, Vorsitzender	ab 12.12.25	364
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender		4.200
Leo Buse, 2. stellv. Vorsitzender		4.250
Jörg Bogoczek	bis 12.12.25	2.675
Sebastian Backhaus	ab 12.12.25	232
Julia Brinner	bis 12.12.25	2.675
Uschi Brammertz	ab 12.12.25	232
Quentin Dupbach		3.000
Guido Finke		2.800
Boris Linden	bis 12.12.25	2.575
Bernhard Konrad	ab 12.12.25	232
Kaj Neumann	bis 12.12.25	2.675
Dr. Christiane Michulitz	ab 12.12.25	132
Daniela Parting		3.000
Dr. Michael Ritzau		3.000
Stefan Roebrocks		3.000
Peter Tillmanns	bis 12.12.25	2.675
Tim Wende	ab 12.12.25	232
Jacob von Thenen		3.000
Sascha Vogel		2.800
		48.799

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare i. S. d. § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 9.513.524,46 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Ein Betrag in Höhe von 3.000.000 Euro soll an die Stadt Aachen, abzüglich der Einbehaltung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags, ausgeschüttet werden.

Aachen, den 10. Juni 2026

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG

Michael Carmincke

Wilfried Ullrich

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und

– vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig

bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen und Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungs-

nachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss

und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

– beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

– beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 10. Juni 2026

PKF Fasselt
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte



Hüniger
Wirtschaftsprüfer



Pentschev
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 27. Juni 2025 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 26. Juni 2026

Der Aufsichtsrat



Dr. Michael Ziemons
Vorsitzender

Bericht

Berichterstattung
über den Konzern >>

Konzernlagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die **Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.)** ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der **Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG)** haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird software-

seitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam mit der regio iT gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Aufgrund des aktuellen Marktumfelds und den rechtlichen Rahmenbedingungen fokussiert sich die ASEAG auf ihre langjährige Kernkompetenz. Dies ist der Verkehr mit Bussen in der Stadt und in der StädteRegion Aachen. Durch die intensivierte Diskussion zum Thema „Verkehrswende“ werden erweiterte und neue Anforderungen gestellt, die neben der reinen Busleistung auch Produktangebote und Konzepte für die „erste und letzte Meile“ als Zubringer zum ÖPNV-Angebot vorsehen. In diesem Kontext gilt es, Mobilitätsdienstleistungen wie On-Demand-Verkehre, Car- und Bike-Sharing oder e-Roller und Taxi intelligent mit dem klassischen Busangebot zu verknüpfen. Auch Dienstleistungen des ruhenden Verkehrs sind dabei über die APAG einzubinden (z.B. Park and Ride-Ticket), sodass der Kunde ein durchgängiges Mobilitätserlebnis erfährt, und zwar unabhängig von dem Verkehrsmittel, für das er sich bei seiner jeweiligen Fahrt entschieden hat. Technologisch bildet die stetig zu erweiternde movA-App der ASEAG schon heute die Basis hierfür, die nunmehr schrittweise mit der zentralen Vertriebsplattform der Verkehrsunternehmen im AVV zusammengeführt wird. Als wichtiger Schritt dahin ist festzuhalten, dass die Better Mobility GmbH die Ausschreibung des AVV zur Integration der Multimodalität auch in das „Naveo-Umfeld“ im Jahr 2025 gewinnen konnte. Als eine große Plattform zur Fortentwicklung des ÖPNV in Stadt und StädteRegion hat das von den Aufgabenträgern gegründete „Netzwerk Mobilitätswende Region Aachen“ (NEMORA; zuvor „AG Innovation“) im Geschäftsjahr 2022 ihre Arbeit aufgenommen, um Verkehrsprojekte

(u. a. „Vision 2027“ der ASEAG) gemeindeübergreifend vorantreiben zu können. Darüber hinaus bringt sich die ASEAG in die Planungen rund um die „Regio-Tram“ ein, die die ASEAG im Falle einer Realisierung betreiben möchte. Die zugehörige Machbarkeitsstudie hat einen Nutzen-/Kosten-Faktor größer eins ergeben. Die politischen Gremien hatten den Aachener Verkehrsverbund damit beauftragt, die nächsten Planungsschritte anzugehen. Hierzu gehört sicherlich auch, dass die an die Regio-Tram angrenzenden Gebietskörperschaften nunmehr ihren Willen erklärt haben, den Bau der Schienentrasse durch eine gemeinsame Infrastrukturgesellschaft voranzutreiben.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Städte-Region Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden. Für eine Folgebetrauung ab Dezember 2027 sind im Jahr 2025 der Erstellung der neuen Nahverkehrspläne die ersten Weichen gestellt worden. Die Vorabbekanntmachung zur Folgebetrauung an die ASEAG wird für das erste Halbjahr 2026 erwartet, bevor dann nach aktuellen Planungen hoffentlich Ende 2026 oder Anfang 2027 die formale Betrauung für eine weitere langfristige Periode durch die Aufgabenträger erfolgt.

Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger und Bürgerinnen der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Vor diesem Hintergrund hat die ASEAG auch in Vorbereitung auf die verpflichtende Berichterstattung zum Thema Nachhaltigkeit eine Gemeinwohlbilanzierung durchgeführt und ihr Energiemanagementsystem nach Norm DIN

EN ISO 50001 zertifizieren lassen. Ergänzend bereitet sich die ASEAG im Rahmen eines konzernweiten Projektes auf die neuen Berichtspflichten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit vor. Hinzu kommt ein sehr dynamisches politisches Umfeld innerhalb Deutschlands (z. B. Entwicklungen rund um das Deutschlandticket, Diskussionen rund um den Klimawandel) und eine hohe Unsicherheit aufgrund der geopolitischen Lage (z. B. Ukraine-Krise, Nah-Ost-Krise, Zölle), was immer wieder neue Herausforderung mit sich bringt. Selbst eine moderne, vollständig auf Euro VI-Abgasnorm umgerüstete und seit Ende des Geschäftsjahres 2025 mit HVO100 betriebene Busflotte, erfüllt die neuen Erwartungen kaum. Die bis Mitte 2026 erwarteten insgesamt 90 neuen Elektrobusse stellen einen wesentlichen Schritt im Hinblick auf die CO₂-Reduzierung da, aber weitere Investitionen in Technik und Infrastruktur mit einem erheblichen Kapitalbedarf werden notwendig sein, um den in den ÖPNV gesetzten Erwartungen auch nur annähernd gerecht werden zu können.

Im Zuge einer Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen wurde bereits im Geschäftsjahr 2024 eine umfassende Kooperation zwischen der **STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen, (STAWAG)** und der enwor – energie und wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) umgesetzt. Die enwor hat dabei ihren gesamten operativen Geschäftsbetrieb inklusive ihrer Vermögenswerte mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 im Wege der Ausgliederung gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG auf die Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, die zugleich in STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG umfirmiert wurde, übertragen. Gleichzeitig hat die STAWAG ihr Grundkapital erhöht und die enwor hat als weiter fortbestehende Holdinggesellschaft Aktien in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der STAWAG erhalten. Mit 74,9 Prozent bleibt die

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) Mehrheitsaktionärin der STAWAG. Die STAWAG fungiert damit weiterhin als Organgesellschaft der E.V.A. und leistet eine Ausgleichszahlung – aufgeteilt in einen festen als auch einen variablen Anteil – an die enwor als außenstehende Gesellschafterin.

Im Zuge des Zusammenschlusses sind hinsichtlich der übertragenen Vermögenswerte die Stromnetze in Herzogenrath und Würselen, das Gasnetz in Herzogenrath, die Wassernetze in Stolberg, Herzogenrath, Eschweiler, Alsdorf, Baesweiler, Würselen und Roetgen, die Straßenbeleuchtung in Herzogenrath sowie die bestehenden Fernwärme- und Telekommunikationsnetze Eigentumsrechtlich von der enwor auf die STAWAG übergegangen. Die technische Betriebsführung für die auf die STAWAG übergegangenen Wassernetze und die Fernwärme- sowie Telekommunikationsnetze erbringt seit dem 1. Oktober 2024 die Regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz). Des Weiteren hat die Regionetz ab dem 1. Januar 2025 durch eine Pacht der beiden Stromnetze und des Gasnetzes, den Strom-Netzbetrieb in Herzogenrath und Würselen sowie den Gas-Netzbetrieb in Herzogenrath übernommen.

Durch den Zusammenschluss mit der enwor fungiert die STAWAG nunmehr als Dienstleister rund um Energie und Wasser sowohl in der Stadt als auch in der StädteRegion Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist dabei die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der Region Aachen mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und

der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Verteilnetzbetreiber effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten.

Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. Das operative Geschäft untergliedert sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wasser(exkl. Vertrieb)“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Die **regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT)** ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Die regio iT investiert zudem in Beteiligungen, die als eigenständige Gesellschaft mit weiteren Partnern gemeinsame Kompetenzen bündeln und auf diese Weise zukunftsorientierte Geschäftsfelder und IT-Technologien erschließen. Die votegroup GmbH, an der die regio iT mehrheitlich beteiligt ist, versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Im Bereich der digitalen Vernetzung von Mobilitätsangeboten ist die regio iT an der Better Mobility GmbH und im Bereich der digitalen Bildung mehrheitlich an der cogniport GmbH beteiligt. Im Bereich „kommunale Serviceportale“ ist die regio iT mehrheitlich an der nextgov iT GmbH sowie im Bereich Verkehrswesen an der Telecomputer GmbH beteiligt.

Die E.V.A. hält 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Des Weiteren hält die E.V.A. unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der **gewoge AG, Aachen, (gewoge).**

Das Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen für die ASEAG.

Gebäudedienstleistungen für andere Konzerngesellschaften inklusive für die E.V.A. werden seit 2025 durch die STAWAG erbracht, nachdem im Rahmen der Betriebsübergänge von der enwor auf die jeweiligen Konzerngesellschaften infolge organisatorischer Anpassungen Mitarbeitende der E.V.A. aus den Bereichen der Unternehmenskommunikation und der Gebäudewirtschaft auf die STAWAG überführt wurden.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland waren im Jahr 2025 weiterhin von einer nur schwachen konjunkturellen Dynamik geprägt. Nach zwei Rezessionsjahren verzeichnete die deutsche Wirtschaft wieder ein leichtes Wachstum, blieb jedoch insgesamt in einem Umfeld gedämpfter Investitionen, schwacher Industrieproduktion und verhaltener außenwirtschaftlicher Impulse. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) für das gesamte Jahr 2025 im Euroraum um 1,4 Prozent angestiegen ist, liegt das kalender- und preisbereinigte BIP in Deutschland um 0,2 Prozent höher als im Vorjahr.

(Quelle: Eurostat – Euroindikatoren, Veröffentlichung vom 6. März 2025)

Die preisbereinigten Konsumausgaben im privaten Bereich nahmen um 1,4 Prozent zu, während der staatliche Konsum sogar um 1,5 Prozent anstieg. Demgegenüber gaben die Exporte erneut nach. Ursächlich hierfür waren die hohen US-Zölle, die Euroaufwertung und die stärkere Konkurrenz aus China. Die Investitionen blieben besonders bei Ausrüstungen als auch bei Bauten hinter dem Vorjahreswert zurück.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026)

Am Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2025 eine leichte Eintrübung. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt bei rund 2,95 Mio. Personen, die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent auf 6,3 Prozent. Gleichzeitig blieb die Erwerbstätigkeit mit rund 46 Mio. Personen nahezu stabil und lag nur geringfügig unter dem Vorjahr.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 2, 7. Januar 2026)

Die Witterung des Jahres 2025 war insgesamt kühler als im außergewöhnlich warmen Vorjahr. Gleichzeitig fiel der Jahresniederschlag mit rund 655 l/m² deutlich geringer aus als im Vorjahr mit gut 903 l/m², während die Sonnenscheindauer mit über 1.945 Stunden rund 245 Stunden bzw. etwa 14 Prozent über dem Vorjahreswert lag.

(Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD), Deutschlandwetter im Jahr 2025 vom 30. Dezember 2025)

Der Energieverbrauch in Deutschland wird sich nach ersten Schätzungen der AG Energiebilanzen (AGEB) im Jahr 2025 mit 360,1 Mio. tSKE nahezu auf dem Vorjahresniveau stabilisieren. Damit liegt er um 26,6 Prozent unter dem Ausgangswert des Jahres 2008 für die bis 2030 zu erreichenden Energieeffizienzziele.

Die gegenüber dem Vorjahr kühleren Witterung erhöhte den Verbrauch im raumwärmeabhängigen Teil der Energieversorgung. Besonders in den heizintensiven Monaten Februar, März und Oktober war es spürbar kälter als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres, sodass vom Witterungsverlauf ein verbrauchssteigernder Effekt ausgegangen ist. Ohne den verbrauchs erhöhenden Einfluss der kühleren Witterung wäre der Energieverbrauch in Deutschland nach Berechnungen der AG Energiebilanzen dagegen um etwa 1,2 Prozent gesunken.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2025 erneut um knapp 2,9 Prozent auf rund 95,8 Mio. t SKE gestiegen. Trotzdem liegt das Verbrauchsniveau weiterhin deutlich unter dem 10-jährigen Mittel. Die Nachfragesteigerung ist zum einen auf den witterungsbedingten Anstieg im Raumwärmemarkt, als auch auf das leicht gesunkene Preisniveau zurückzuführen. Ungünstige Witterungsverhältnisse für die Windstromerzeugung führten in den ersten vier Monaten des Jahres 2025 zu einem Mehreinsatz von Gaskraftwerken. So stieg die Stromerzeugung aus Erdgas um 4 Prozent und die Erzeugung von Fernwärme um fast 8 Prozent an.

Für das Gesamtjahr 2025 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen um gut 6 Mio. Tonnen. Der Beitrag der erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2025 insgesamt um 3,6 Prozent, wobei die Steigerung ausschließlich auf die Steigerung der Solarstromproduktion um mehr als 18 Prozent zurückzuführen ist.

(Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 17. Dezember 2025)

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat in seinem Rundschreiben vom 05. Dezember 2025 bekanntgegeben, dass der Deutsche Bundestag und der Bundesrat den Entwurf des 11. Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes beschlossen haben. Damit stellt der Bund im Zeitraum von 2026 bis 2030 weiterhin 1,5 Mrd. Euro pro Jahr für das Deutschlandticket bereit. Die Verkehrsminister der Länder haben sich am 18. September 2025 ebenfalls darauf verständigt, von 2026 bis 2030 jährlich jeweils 1,5 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen, sodass insgesamt 3 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Der VDV begrüßt den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Damit besteht für die nächsten fünf Jahre Planungssicherheit über die Höhe der Finanzierungsbeteiligung von Bund und Ländern am Deutschlandticket.

(Quelle: https://www.vdv.de/vdvinfodetail.aspx?id=25186&coriander=V3_fca9af02-06c8-37ff-ba20-f594a438b2f4)

Dennoch ist den nachstehenden Ausführungen des VDV-Präsidenten Beachtung zu schenken: „Die Einigung von Bundestag und Bundesrat beendet das Gezerre um das Deutschlandticket – das ist gut für Fahrgäste, Länder und Verkehrsunternehmen. Die Finanzierung ist damit aber nicht bis 2030 gesichert. Der Finanzierungsanteil von Bund und Ländern mit drei Milliarden Euro ist so hoch, dass Finanzierungssicherheit nicht allein aus der Dynamisierung des Ticketpreises kommen kann. Ohne eine Anpassung auch des Anteils von Bund und Ländern wird der Ticketpreis schnell und deutlich steigen.

Das wird 2026 frühzeitig zu diskutieren sein. Der Index für die künftige Preisgestaltung des Deutschlandtickets muss aus Sicht der Branche Personal- und Energiekosten sowie allgemeine Kostensteigerungen realistisch abbilden. Und wir müssen, gemeinsam mit Bund und Ländern, die Marktpotenziale, etwa beim D-Ticket Job, durch offensive Bewerbung heben. Hier müssen sich neben der Branche auch Bund und Ländern engagieren, denn allen drei Partnern kommen mehr Ticketverkäufe und mehr Kundinnen und Kunden gleichermaßen zugute.“

(Quelle: https://www.vdv.de/presse.aspx?id=a7748fd1-aacb-4655-b715-4ade92cffac5&mode=detail&coriander=V3_4bd89718-f783-ae9-a79c-9693ced8777c)

Die ITK-Marktzahlen (Informations- und Kommunikationstechnologien) für 2025 zeigen ein Marktvolumen von 234,8 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 5,4 Prozent entspricht. Insgesamt wird die ITK-Branche in Deutschland weiterhin eine wichtige Rolle als Konjunkturmotor spielen. Der für die regio iT wichtige Teilmarkt Informationstechnik ist dabei um 6,3 Prozent gestiegen. Die Teilmärkte Software (+13,5 Prozent), IT-Services (+1,7 Prozent) sowie IT-Hardware (+6,3 Prozent) weisen ein Wachstum auf. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 6.700 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM. Gegenläufig beobachtet die regio iT aufmerksam die Auswirkungen auf die Kundennachfrage, die sich aus den anhaltenden Unsicherheiten durch KI-bedingte Nachfrageverschiebungen, aus Marktveränderungen infolge angepasster Vergaberichtlinien sowie aus den geopolitischen und wirtschaftlichen Verwerfungen im Zuge des Irakkriegs ergeben.

Geschäftsverlauf

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der dezentral gesteuerten Konzerntochtergesellschaften auf Basis von deren Einzelabschlüssen beschrieben:

ASEAG:

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –41 Mio. Euro ist um rund 3,8 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Wesentliche Ursachen hierfür sind:

ASEAG Mio. Euro	Plan 2025	Ist 2025	Ist 2025 vs. Plan 2025
Gesamtleistung	95,2	95,8	0,6
Materialaufwand	–80,8	–78,9	1,9
Personalaufwand	–38,3	–37,1	1,2
Löhne und Gehälter, Sozialabgaben	–35,9	–35,0	0,9
Altersvorsorge	–2,4	–2,1	0,3
Abschreibungen	–6,3	–5,5	0,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–15,1	–16,9	–1,8
Gesamtaufwendungen	–140,6	–138,3	2,3
Betriebsergebnis	–45,4	–42,6	2,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (ohne Pensionen)	1,1	0,9	–0,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen (ohne Pensionen)	–0,1	–0,2	–0,1
Zinserträge/-aufwand aus Pensionsrückstellungen	–0,2	0,6	0,8
Erträge aus Ausleihungen	0,0	0,2	0,2
Finanzergebnis	0,7	1,6	0,9
Steuern	–0,1	–0,1	0,0
Jahresfehlbetrag	–44,8	–41,0	3,8

- Die Gesamtleistung liegt mit 95,8 Mio. Euro rund 0,6 Mio. Euro über dem geplanten Niveau.
- Darüber hinaus reduzierten sich die Kosten für Busanmietungen im Vergleich zum Planansatz um 1,7 Mio. Euro.
- Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS lagen ca. 1,1 Mio. Euro unter Plan, da seitens ESBUS nicht der ASEAG-seitige Bedarf an Neueinstellungen abgedeckt werden konnte.
- Die Löhne und Gehälter sowie Sozialabgaben liegen insgesamt ca. 0,9 Mio. Euro unterhalb des Planniveaus, da sich Ausfallzeiten der Mitarbeiter anders als geplant verteilt haben. So sind Lohnfortzahlungen innerhalb von sechs Wochen Krankheit anders zu bewerten als Aufstockungen des Krankengeldes in den Wochen sieben bis 39 oder gar darüberhinausgehende Abwesenheiten.
- Die Aufwendungen für Altersversorgung sind gegenüber dem Planansatz um 0,3 Mio. Euro geringer, da die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen mit 0,5 Mio. Euro deutlich geringer ausfiel.
- Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 0,8 Mio. Euro geringer als geplant aus.
- Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen überschreiten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung das Planniveau um ca. 1,8 Mio. Euro.
- Die Verbesserung des Finanzergebnisses um 0,9 Mio. Euro resultiert hauptsächlich aus einem aktualisierten Pensionsgutachten.

Nach dem Rekordjahr 2024 konsolidieren sich die Fahrgastzahlen im Jahr 2025 auf einem insgesamt hohen Niveau, verzeichnen jedoch einen Rückgang von knapp 6 Prozent gegenüber 2024. Die ASEAG führt dies unter anderem auf die deutliche Anpassung des Preises für das Deutschlandticket sowie auf die im Berichtsjahr bestehenden Schwierigkeiten, die von den Aufgabenträgern beauftragte Leistungen zu erbringen, zurück. Darüber hinaus hat auch die Änderung der Berechnung der Fahrgastzahlen Einfluss auf das Ergebnis.

Mit zunehmender Anzahl von Fahrzeugen mit automatischen Zählsystemen werden Hochrechnungen exakter. Die Leistungserbringung der ASEAG stabilisierte sich jedoch gegen Jahresende, sodass die ASEAG wieder von einer zunehmenden Nachfrage ausgeht. Eine abschließende Bewertung ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Umsatzseitig kommt es hingegen zu einem deutlicheren Plus, da hier die Preissteigerung des Deutschlandtickets zum Tragen kommt. Aufgrund der Systematik der Mindererlösausgleiche zum Deutschlandticket entsteht hierdurch jedoch kein positiver Ergebniseffekt. Dies verdeutlicht, wie abhängig der lokale ÖPNV durch die erheblichen Eingriffe in die Tariflandschaft durch Bund und Land nunmehr von Entscheidungen auf dieser Ebene ist, obwohl formal die Zuständigkeit für die ÖPNV-Finanzierung bei den lokalen Aufgabenträgern liegt. Mit den ab dem Jahr 2026 geltenden Finanzierungsregelungen zum Deutschlandticket sollten sich zumindest Vertriebsfolge wieder lohnen, auch wenn die Preisgestaltung nicht mehr von der ASEAG oder den Aufgabenträgern beeinflusst werden kann. Vor diesem Hintergrund sieht die ASEAG eine Entwicklung, die in den letzten Tagen des Geschäftsjahres 2025 seitens des Verkehrsministeriums und des VRR kommuniziert wurde, als sehr kritisch an. Zum 1. Februar 2026 wurde zunächst als Pilotprojekt in den Mitgliedsunter-

nehmen der Elektroinnungen in NRW ein erneut preisreduziertes Ticket für Auszubildende mit zusätzlicher Subvention am Markt platziert. Der Ansatz, verstärkt über Unternehmen die Produkte zu platzieren, wird grundsätzlich von der ASEAG befürwortet. Allerdings wurden alle bisher üblichen Abstimmungsprozesse bei der Tarifbildung außer Acht gelassen. Zudem ist der Preis auf gleicher Höhe wie das Semesterticket allein aufgrund eines erheblich höheren Aufwandes in der Vertragsabwicklung kritisch zu hinterfragen. Positiv könnte sich die überproportionale Preissteigerung des Deutschlandtickets zum 1. Januar 2026 im kommenden Geschäftsjahr 2026 auswirken, wenn sich die abzeichnende Tendenz, dass die ASEAG maßgeblich von der Einnahmenaufteilung des Deutschlandtickets nach Postleitzahlen profitiert, nachhaltig bestätigt, zumal die ASEAG davon ausgeht, dass der Preisanstieg keine signifikanten negativen Nachfrageeffekte mit sich bringt. Diese Annahme resultiert unter anderem daraus, dass das Deutschlandticket auch zum neuen Preis weiterhin ein sehr attraktives Angebot für den Kunden darstellt.

Neben dem Deutschlandticket für Dauernutzer, ist es inzwischen einheitliches strategisches Ziel in ganz NRW, dass der eezy.nrw-Tarif in NRW das wesentliche Tarifangebot für Gelegenheitskunden werden soll. Um das im Jahr 2025 durchaus starke Wachstum weiter zu fördern, soll mit der gemeinsamen Tarifreform von AVV und VRS zum Juni 2026 eine deutliche Straffung der Produktpalette erfolgen und gleichzeitig der Einstieg in eine Ausrufung von konventionellen Tarifen erfolgen. Das heißt, dass sich die konventionellen Tarife zukünftig preislich stärker nach oben entwickeln sollen, als es der eezy.nrw-Tarif macht. Der VRR ist mit seiner Tarifreform im 1. Quartal 2025 bereits vorangegangen.

Die Schulträger im Raum Aachen sind auch im Geschäftsjahr 2025 zu großen Teilen einem Vorschlag des NRW-Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) gefolgt, der seit der Einführung des Deutschlandtickets Anwendung gefunden hat und so die Gelder der Schulträger im Finanzierungssystem des ÖPNV belassen hat.

Die weiterhin regelmäßige Berichterstattung zum Deutschlandticket im Jahr 2025 ist aus Marketingsicht sehr zu begrüßen, da sich nun auch Kundengruppen mit dem ÖPNV intensiver beschäftigen, die diesem bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden, auch wenn die Botschaften über die Zukunft des Deutschlandtickets in der Regel kaum positiv belegt waren – Preiserhöhung, Fortbestand u. ä. Vor dem Hintergrund der jetzt getroffenen Vereinbarungen zwischen Bund und Land geht die ASEAG davon aus, dass die mediale Aufmerksamkeit zum Deutschlandticket deutlich abnehmen wird. Da jedoch bereits im 4. Quartal 2024 erste Anzeichen einer Stagnation der Absatzzahlen erkennbar wurden, die sich im Jahr 2025 bestätigt haben, gilt es nun wieder andere Wege zu finden, um neue Kunden vom ÖPNV zu überzeugen. Dies kann nur durch eine stabile Leistungserbringung, möglichst in Verbindung mit Verbesserung der Angebotsqualität – weniger störungsanfällig durch bessere Infrastruktur oder aber mehr Leistung – erfolgen. Wesentliche Adressaten der Vertriebsbemühungen bleiben dabei die Unternehmen der Region, da hier am einfachsten Multiplikatoreffekte erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund freut sich die ASEAG darüber, dass die Anzahl von Unternehmen, mit denen die ASEAG zusammenarbeitet, nochmals erhöht werden konnte. Allerdings bleibt es wie im Geschäftsjahr 2024 auch, dass die tatsächliche Nutzung des Ticketangebots der Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer noch Entwicklungspotenzial hat. Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit, sich durch

das Angebot des Deutschlandticket-Jobtickets als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren, ohne dass es letztendlich zu einer signifikanten Nutzung durch die Belegschaft kommt.

Insgesamt setzte sich im Geschäftsjahr 2025 die Entwicklung fort, die auf der einen Seite von viel Optimismus im Hinblick auf einen wieder erstarkenden ÖPNV geprägt ist, auf der anderen Seite jedoch auch erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV beinhaltet. Dabei haben die Finanzierungssorgen vor dem Hintergrund stark belasteter Haushalte, der Aufkündigung von Förderprogrammen, insbesondere im Bereich der Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen (Elektrobusse, Wasserstoffbusse) sowie der weiterhin hohen Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen deutlich über der allgemeinen Preissteigerung bzw. nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die in der Regel Produktivitätsverluste bedeuten, deutlich zugenommen.

Neben einer weiterhin dringend notwendigen nachhaltigen Finanzierung des neuen Tarifangebots bedarf es auch einer Sicherung der Finanzierung des Technologiewandels und des Infrastrukturausbaus. Diese Themen sind allein durch die Kommunen nicht zu bewältigen. Unmittelbar erkennbar war auch im Jahr 2025 der Zusammenhang zwischen den Faktoren Infrastruktur, Personalproduktivität und Leistungsfähigkeit. War die ASEAG in der Vergangenheit noch davon ausgegangen, dass die durch die Sperrung der Brücke der A544 für die Betriebsstabilität gebundenen Personale nach Beendigung der Sperrung für neue Verkehrsleistung zur Verfügung steht, so zeigte sich letztendlich, dass ein Großteil der freiwerdenden Kapazitäten zur Kompensation von Mehrleistungen aufgrund anderer Baustellen an der Infrastruktur und in produktivitätsmindernden Maßnahmen zur Veränderung der Arbeitsbedingungen gebunden blieben – die Aufnahme neuer Leistungen konn-

te somit nicht erfolgen. Auch wenn gemeinsam mit den jeweiligen Verwaltungen im Jahr 2025 weitere Erfolge im Bereich der Infrastrukturverbesserung (z. B. verstärkte LSA-Beeinflussung; dauerhafte Markierung von Busspuren) erzielt werden konnten, reichen diese nicht aus, um die infrastrukturellen Versäumnisse der Vergangenheit zu kompensieren.

Im Bereich der Fahrzeugflotte schreitet die Dekarbonisierung bei der ASEAG nach vorherigen Lieferverzögerungen nunmehr voran. Waren es im Jahr 2024 noch 27 Elektrobusse, die bei der ASEAG im Linienverkehr zum Einsatz gekommen sind, so steigt die Anzahl über den Jahreswechsel 2025/2026 um 65 elektrische Busse an, bevor dann im Sommer 2026 weitere 25 Elektrobusse erwartet werden. Dass alle übrigen Busse der ASEAG mindestens den Standard der Abgasnorm Euro 6 erfüllen, ist dabei schon fast selbstverständlich. Um jedoch auch diese Busse möglichst umweltfreundlich fahren zu lassen, hat die ASEAG zum Dezember 2025 den bisherigen Dieselmotorkraftstoff durch HVO100 abgelöst – ein synthetischer, paraffinischer Dieselmotorkraftstoff aus hydrierten Pflanzenölen und tierischen Fetten, der fossilen Diesel ersetzt und bis zu 90 Prozent weniger CO₂-Emissionen verursacht. Dabei ist sich die ASEAG bewusst, dass die Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht lokal erfolgt, sondern allein in der Gesamtbetrachtung. Insofern sieht die ASEAG diese Kraftstoffform als Übergangslösung auf dem Weg zu vollständig emissionsfreien Antriebsformen. Letztendlich bleibt dies aber auch immer eine Frage der Finanzierbarkeit, da emissionsfreie Busse derzeit noch erheblich teurer in der Anschaffung sind. Da sich vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen jedoch bisher keine umfänglichen und nachhaltigen Finanzierungsquellen aufzeigen lassen, bleiben die Investitionen in weitere emissionsfreie Busse wirtschaftlich aus eigener Kraft kaum zu bewältigende Herausforderungen. Dies zeigt in Kom-

bination mit gesetzlichen Regulierungen, die die Anschaffung von neuen Bussen mit Verbrennungsmotor ab Mitte 2029 unwahrscheinlich bis unmöglich erscheinen lassen – Hersteller von Stadtbussen müssen ab 2030 zu 90 Prozent und ab 2035 zu 100 Prozent emissionsfreie Fahrzeuge auf den Markt bringen, die Finanzierungsherausforderungen, vor denen die Branche im Allgemeinen und die ASEAG im Speziellen stehen.

STAWAG:

Das Jahresergebnis (EBT) der STAWAG liegt im Geschäftsjahr 2025 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und aufgrund außerordentlicher positiver Ergebniseffekte mit rund 72,2 Mio. Euro oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Die Ergebnisentwicklung im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG ist im Geschäftsjahr 2025 insbesondere durch den defizitären Kraftwerksbetrieb TKL (Anteilsquote: 9,72 Prozent) geprägt. Infolge fallender bzw. niedriger Clean-Dark Spreads war unter Berücksichtigung der Fixkosten keine profitable Vermarktung der Kraftwerksscheibe Lünen am Strommarkt möglich. Leicht gegenläufig wirken positive periodenfremde Erträge aus dem Geschäftsjahr 2023, die sich im Wesentlichen aus sogenannten Redispatch-Einsätzen des Kraftwerks ergeben haben. In Summe war jedoch eine vollständige Inanspruchnahme der für das Geschäftsjahr 2025 gebildeten Drohverlustrückstellung erforderlich. Zudem muss infolge der turnusmäßig zum Bilanzstichtag vorzunehmenden (Neu-) Bewertung der bestehenden Drohverlustrückstellung TKL auf Basis neuer Langfristprognosen der Trianel die Drohverlustrückstellung für die angenommene Restlaufzeit des Kraftwerks für die Jahre 2026 bis 2033 zum 31. Dezember 2025 erhöht werden. Im Saldo (Inanspruchnahme und Zuführung)

reduziert sich die zum 31. Dezember 2024 bilanzierte Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2025 um ca. 0,1 Mio. Euro auf rund 77,8 Mio. Euro.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG an der TGH (Anteilsquote: 18,12 Prozent) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2025 Zinserträge von rund 0,4 Mio. Euro. Aktuell beträgt die Forderung für das gewährte Gesellschafterdarlehen 2,4 Mio. Euro. Es ist davon auszugehen, dass eine vollständige Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter kurz- bis mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG zudem an der TGE beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2025 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe einen Verlust in Höhe von –1,6 Mio. Euro. Der Ergebnisbeitrag des Segments Gasspeicher Epe beinhaltet grundsätzlich den Deckungsbeitrag aus der Vermarktung der anteiligen Speicherscheibe sowie das phasenverschobene Beteiligungsergebnis der TGE. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugesvertrags im April 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2025 auf rund 3,7 Mio. Euro belaufen. Zusätzlich wird im Jahresabschluss eine Abwertung

auf den Beteiligungsbuchwert in Höhe von 1 Mio. Euro notwendig. Grundlage hierfür ist das Vorliegen eines aktuellen Marktpreises im Zuge eines geplanten Verkaufsprozesses.

Im Geschäftsfeld „Wärme“ wird ein Ergebnis von rund 3,1 Mio. Euro erzielt. Das über Plan liegende Ergebnis resultiert insbesondere durch eine positive Energiemarktpreisentwicklung und den damit verbundenen höheren Spreads, sodass bei den beiden großen BHKW „Campus Melaten“ und „Schwarzer Weg“ ein höheres Ergebnis aus der stromoptimierten Vermarktung realisiert werden konnte. Bedingt durch die höheren Laufzeiten der beiden KWK-Anlagen wurde im Gegenzug weniger Wärme von der RWE aus dem Kraftwerk Weisweiler bezogen, wodurch entsprechende Kosten eingespart werden konnten. Zusätzlich wirken sich ungeplante Erlöse aus der Abrechnung vermiedener Netznutzungsentgelte beim BHKW Campus Melaten sowie aus der Bilanzierungsumlage aus dem Gaswirtschaftsjahr 2023/2024 positiv aus. Des Weiteren verschieben sich die für das Geschäftsjahr 2025 geplanten Baumaßnahmen, unter anderem für das Heizwerk Forst. Dadurch fällt der Abschreibungsaufwand geringer aus als planerisch unterstellt.

Im Geschäftsfeld „Vertrieb“ wird ein über Plan liegendes Ergebnis von rund 24,4 Mio. Euro erzielt.

In der Stromsparte sind die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund erhöhter Kundenverluste auf 353 Gigawattstunden gesunken. In Verbindung mit einem ungeplant hohen Anstieg der finalen Netzentgelte und Umlagen bei gegenüber dem Vorjahr konstanten Endkundenpreisen ergibt sich gegenüber der Planung ein negativer Ergebniseinfluss, der auch durch positive periodenfremde Effekte aus Mehr-/Mindermengenabrechnungen und Bilanzkorrekturen sowie einem über Plan liegenden Ergebnis im Industrie- und Geschäftskundenbereich nicht kompensiert werden konnte.

In der Gassparte ist der Absatz im Privat- und Gewerbekundensegment insbesondere aufgrund von warmer Witterung auf 655 Gigawattstunden gesunken. Die Preise konnten zum 1. Januar 2025 für alle Kunden gesenkt werden, eine weitere Senkung wurde aufgrund der Kostenentwicklungen vom 1. Oktober 2025 auf den 1. Januar 2026 verschoben. Hinzukommen, wie im Strombereich, positive periodenfremde Effekte, sodass das Segmentergebnis den Planwert insgesamt übertrifft. Auch im Geschäftskundensegment sowie in der Wohnungswirtschaft konnte der Ergebnisbeitrag gegenüber der Planung trotz milder Witterung gesteigert werden.

In der vertrieblichen Wassersparte ist die geplante Absatzmenge mit rund 30,1 Mio. m³ höher als geplant ausgefallen und trägt zusammen mit gesunkenen Netzkosten zur Ergebnisverbesserung gegenüber Plan bei.

Im Bereich der Energiedienstleistungen sorgt insbesondere die verzögerte Realisierung von Erlösen beim Verkauf von Photovoltaikanlagen für ein überplanmäßiges Segmentergebnis, während das Contracting-Geschäft in etwa auf Planniveau lag. Der Bereich Elektromobilität lag trotz steigender Ladestromabsätze aufgrund der aus dem hohen Investitionsvolumen resultierenden Abschreibungen leicht unter Plan.

Im Geschäftsfeld „Wasser“ wird für das Geschäftsjahr 2025 ein unter Plan liegendes Ergebnis von rund 2,3 Mio. Euro erzielt. In dem Geschäftsfeld werden neben der Bewirtschaftung der seitens der enwor eingebrachten Wassernetze auch die erweiterte Dienstleistung für die WAG sowie die ehemals von der enwor erbrachten Dienstleistungen für die SWÜP abgebildet. Nicht berücksichtigt sind vertriebliche Sachverhalte, die gebündelt im Bereich Vertrieb ausgewiesen werden. Die Aufwendungen aus der Bewirtschaftung der Wassernetze werden über eine interne Leistungsverrechnung

weitgehend an den Vertrieb verrechnet. Die negative Ergebnisabweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus den im Vergleich zur Planannahme höheren Personalaufwendungen sowie einem gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwand, insbesondere im Bereich der IT-Kosten.

Im Geschäftsfeld „Sonstiges“ werden bisher die Gebäudewirtschaft, der Dienstleistungsbereich mit der Regionetz sowie die Straßenbeleuchtung, als auch der Bereich Abwasser abgebildet. Durch die Geschäftsbetriebsübernahme der enwor werden hierunter auch das Netzeigentum Strom in den Kommunen Herzogenrath und Würselen, das Netzeigentum Gas in der Stadt Herzogenrath sowie die Bereiche Telekommunikation als auch allgemeine bzw. übergreifende netzspezifische Sachverhalte berücksichtigt.

Der Bereich Telekommunikation definiert sich dabei durch die Vermietung von Breitbandkabel an Telekommunikationsunternehmen wie die NetAachen. Die Bereiche Strom- und Gasnetzeigentum enthalten das regulierte Netzvermögen der STAWAG. Erlösseitig wird hierbei im Geschäftsjahr 2025 das Pachtentgelt von der Regionetz berücksichtigt. Unter den allgemeinen bzw. übergreifenden netzspezifischen Sachverhalten sind unter anderem weiterberechnete Projektkosten aus dem netzspezifischen Projekt mit der Regionetz in Zusammenhang mit der Kooperation mit der enwor verankert. Im Bereich der Straßenbeleuchtung wird neben der bisherigen Betreuung der Beleuchtungsanlagen in der Stadt Aachen zusätzlich das neue Geschäft mit der Stadt Herzogenrath aufgenommen.

In Summe ergibt sich aus dem Geschäftsfeld „Sonstiges“ ein Deckungsbeitrag in Höhe von 15,7 Mio. Euro. Wesentlicher positiver Ergebnistreiber ist das Netzeigentum Strom durch einen außerplanmäßigen Verkauf von Stromzählern der STAWAG an die Regionetz sowie positiven

Effekten im Pachtentgelt gegenüber dem Business Case NERA.

Im Stromnetz bildet das Jahr 2025 das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode. Im Jahr 2024 konnte das Erlösobergrenzenverfahren der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau sowie der Effizienzwert als wesentliche Größen der künftigen Erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden können. Im Strombereich hat die Regionetz für die Jahre 2019 bis 2026 zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres, entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht.

Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die vierte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2025 nach diesen Anpassungen mit 227,2 Mio. Euro etwa 31,8 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere durch deutlich höhere vorgelegte Netzkosten begründen.

Das Jahr 2025 bildete im Gasbereich das dritte Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösobergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösobergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode steht aktuell die Erteilung eines verbindlichen Bescheids auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin aus. Nachdem das Verfahren in den letzten Jahren weitestgehend unverändert geruht hat, ist im Laufe des Jahres 2025 zumindest das Anhörungsverfahren zur vorstehend genannten Erlösobergrenzenfestlegung durchgeführt worden. Die Kostenprüfung für die vierte Regulierungsperiode konnte im Laufe des Jahres 2025 mit Erlass des Erlösobergrenzenbescheids endgültig abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösobergrenzenfestlegung als gesichert angesehen werden kann.

Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Und in der Folge auch für die Jahre 2019 – 2026 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösobergrenzenanpassung 2025 (im Dezember 2024) noch mit 91,38 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die BNetzA mitgeteilte Effizienzwert liegt bei 94,01 Prozent.

Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösobergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2025 mit 101,7 Mio. Euro etwa 20,8 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2024 genehmigten Erlösobergrenze.

Die deutliche Erhöhung setzt sich aus mehreren Effekten zusammen und lässt sich auf eine Erhöhung des Verbraucherpreisindex, einen starken Anstieg des Kapitalkostenaufschlags und der Einführung des Transformationselements, einen Anstieg der Personalzusatzkosten und der vorgelagerten Netzkosten sowie der Netzübernahme der enwor zurückführen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse insgesamt 86,6 Mio. Euro in das Anlagevermögen der Regionetz investiert – wobei auf das Stromnetz 36,3 Mio. Euro, auf das Gasnetz 14,9 Mio. Euro, das Wassernetz 20,4 Mio. Euro, die Straßenbeleuchtung 1 Mio. Euro, das Netzleitsystem 2,6 Mio. Euro, das Telekommunikationsnetz 3,6 Mio. Euro und den weiteren allgemeinen Verwaltungsbereich 7,8 Mio. Euro entfielen.

Im Jahr 2025 lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten im Stromnetz weiterhin auf den Anforderungen der Energiewende. Ein zentrales Thema war der Anschluss von EEG-Anlagen sowie die Integration von marktgeführten Batteriespeichern. Die Digitalisierung und der Ausbau der Netze bleiben auch in den kommenden Jahren ein zentrales Ziel, um den steigenden Anforderungen aus E-Mobilität und erneuerbaren Energien gerecht zu werden.

Schwerpunkte bildeten 2025 im Wasserbereich, analog zur Sparte Gas, alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerungen, sowie Längsmaßnahmen aufgrund aufgetretener Schäden, sowie erforderliche Umlegungen aus externen Maßnahmen.

Neben den Investitionen in das eigene Anlagevermögen wurden durch die Regionetz auch Baumaßnahmen für die gepachteten Strom- und Gasnetze sowie die nicht-regulierten Bereiche im Auftrag der STAWAG und der EWV verantwortlich koordiniert und durchgeführt. Das

Gesamtvolumen dieser investiven Baumaßnahmen lag im Geschäftsjahr 2025 bei etwa 84,5 Mio. Euro.

Das Ergebnis der Regionetz vor Steuern (EBT) beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 56 Mio. Euro. Nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWW (18,4 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (3,4 Mio. Euro) werden über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag 34,2 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Dank des neu hinzugekommenen Portfolios konnte die STAWAG Energie trotz des geringen Windaufkommens im abgelaufenen Jahr die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Beteiligungsquote erneut steigern. Einschließlich der mit Biogas betriebenen Blockheizkraftwerke der STAWAG (18,7 Gigawattstunden) wurden im abgelaufenen Jahr 627 Gigawattstunden grüner Strom erzeugt, was gegenüber dem bereits starken Vorjahr mit rund 603 Gigawattstunden eine weitere Steigerung von 4 Prozent bedeutet. Den größten Anteil trägt mit 86 Prozent die Stromerzeugung aus Windenergie. In diesem Bereich ist eine Steigerung um 20,8 Gigawattstunden (+4 Prozent) verglichen mit dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Stromproduktion in den BHKWs der STAWAG sank um 0,9 Gigawattstunden (-4,4 Prozent), während die Stromproduktion aus Solarenergie um 3,1 Gigawattstunden (+4,9 Prozent) anstieg.

Im Bereich Projektentwicklung wurden die Arbeiten am Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt), mit 33 Megawatt Leistung dem zweitgrößten Windpark der Gesellschaft, planmäßig abgeschlossen. Zwischen Ende März und Anfang April 2025 wurden die acht Anlagen mit einer Leistung in Höhe von 3,6 Megawatt bzw. 5,7 Megawatt in Betrieb genommen und versorgen seitdem rechnerisch 22.000 Haushalte mit grünem Strom. Auch in

der Kooperation mit der Trave EE, einem Joint Venture zwischen der STAWAG Energie und der SW Lübeck, wurde die Umsetzung erneuerbarer Projekte vorangetrieben. So erfolgte im November 2025 die Inbetriebnahme von zwei weiteren Windenergieanlagen mit einer Leistung von insgesamt 11,4 Megawatt im Rahmen des Windparks Schülps-Jevenstedt in Schleswig-Holstein. Mit den Anlagen sollen jährlich rund 27,4 Gigawattstunden Strom aus Windenergie erzeugt werden. Des Weiteren gehen die Arbeiten am Windpark Rohlsdorf GmbH & Co. KG, Lübeck, (WP Rohlsdorf) planmäßig der Fertigstellung entgegen. Hier wird zurzeit ein Windpark mit vier Windenergieanlagen errichtet, die mit einer Jahresproduktion von 49,9 Gigawattstunden rund 14.300 Haushalte versorgen sollen. Zum Ende des Geschäftsjahres waren alle Anlagen errichtet. Nach Herstellung der Netzanbindung wird davon ausgegangen, dass die Anlagen im ersten Halbjahr 2026 in Betrieb gehen können. Auch im Bereich der Solarenergie ist die STAWAG Energie weiterhin aktiv. So konnte die Gesellschaft Anfang 2026 den größten Solarpark in der StädteRegion Aachen in Betrieb nehmen. Rund 21.800 Photovoltaik-Module mit einer Gesamtleistung von rund 15,5 Megawatt sorgen im benachbarten Herzogenrath-Merkstein für eine jährliche Stromproduktion von mehr als 16 Gigawattstunden und damit einer CO₂-Vermeidung von rund 10.700 Tonnen pro Jahr.

Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 27 Windparks, 12 Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 10,1 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit übertroffen, was hauptsächlich auf die Umsatzerlöse aus der Projektentwicklung zurückzuführen ist. Der Gewinn wird über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf rund 7,4 Mio. Euro.

Die FACTUR hat im Geschäftsjahr 2025 sowohl von konzerninternen als auch konzernexternen Umsatzerlösen profitiert. Dies resultiert unter anderem aus einem erhöhten Beratungsumfang im Zusammenhang mit dem SAP-Migrationsprojekt von SAP IS-U auf SAP S/4 HANA for Utilities sowie aus einem weiter ansteigenden Zählpunktwachstum im externen Dienstleistungsgeschäft. Bei einem Gesamtumsatz von 46,8 Mio. Euro erzielt die FACTUR ein EBT von rund 5,9 Mio. Euro, das über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt wird.

Die WAG, an der die STAWAG zu 100 Prozent beteiligt ist, hat im Jahr 2025 Umsatzerlöse von 29,9 Mio. Euro und ein Ergebnis vor Gewinnabführung von rund 3,6 Mio. Euro erzielt. Aufgrund der finanziellen Eingliederung der WAG in den steuerlichen Querverbund des E.V.A.-Konzerns setzt sich der Ergebnisbeitrag der WAG im Geschäftsjahr 2025 sowohl aus der phasenverschobenen Vereinnahmung des Ergebnisses aus dem Jahr 2024 (2,4 Mio. Euro) als auch aus der phasengleichen Vereinnahmung des Jahresergebnisses 2025 zusammen und beläuft sich insofern auf insgesamt 6 Mio. Euro.

Bei der enwor Netz GmbH, Herzogenrath, (enwor Netz; Anteilsquote: 100 Prozent) wird für das Geschäftsjahr 2025 noch das so genannte nachlaufende Geschäft aus dem zum 1. Januar 2025 erfolgten Netzbetreiberwechsel von der enwor Netz auf die Regionetz abgebildet. Der sich hieraus ergebende Ergebniseffekt ist derzeit noch nicht verlässlich prognostizierbar. Im Geschäftsjahr 2024 war die enwor Netz noch Netzbetreiber für das Strom- und Gasnetzeigentum der STAWAG in Herzogenrath und Würselen. Ab dem 1. Januar 2025 hat nunmehr die Regionetz die Rolle des Netzbetreibers von der enwor Netz übernommen.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den SW Lübeck Energie beteiligt. Die SW Lübeck Energie wiederum hält 74,9 Prozent der Anteile an der TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz). Weitere Gesellschafterin ist mit 25,1 Prozent die Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG). Die TraveNetz betreibt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebung und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiberin wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen, die Wegenutzungsrechte in Form von Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die SW Lübeck Energie ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 24,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2024 in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der SWR-E einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zudem hat die SWR-E zum 1. Januar 2017 das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2025 ein Ergebnis vor fiktiver Steuer von voraussichtlich rund –0,7 Mio. Euro erwartet. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2024 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Ener-

gieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Seit dem 1. Januar 2025 ist die enewa zusätzlich Eigentümerin des Gasnetzes in Wachtberg. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs vor fiktiver Steuer beläuft sich dabei auf rund 0,9 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2024 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der GWR beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2024 vorgenommen.

Im Zuge der Kooperation mit der enwor erhält die STAWAG mit der SWÜP eine zusätzliche Stadtwerkebeteiligung (Anteilsquote 25,1 Prozent). Die SWÜP ist hierbei ausschließlich als Wasserversorger (Vertrieb und Netzeigentum) der Stadt Übach-Palenberg tätig, wobei die vollständige kaufmännische und technische Betriebsführung durch die STAWAG-Gruppe erbracht wird. Gesellschafter ist neben der STAWAG mit 74,9 Prozent die Stadt Übach-Palenberg. Im Jahr 2025 erzielt die SWÜP voraussichtlich einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2025 hat die STAWAG ein phasenverschobenes Ergebnis in Höhe von 0,1 Mio. Euro vereinnahmt.

Aus dem im Geschäftsjahr 2024 erzielten Jahresüberschuss der Trianel in Höhe von rund 58,8 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 14,18 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 6,7 Mio. Euro vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die Trianel einen Jahresüberschuss von rund 36,8 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2025 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 5,1 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2025 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2024 in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro.

Die TWN, an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2025 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 3,2 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Thesaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden, ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 – 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2025 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga München) verkauft und hat seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Pro-

zent gehalten. Im August 2024 hat die DKV Mobility SE (DKV) ein verbindliches Angebot zum Erwerb von 100 Prozent der Geschäftsanteile an der smartlab abgegeben. Die Beurkundung der Verträge zur Veräußerung der smartlab hat im November 2024 stattgefunden, der Vollzug selbst erfolgte jedoch erst im Januar 2025. Dabei wird sowohl der Ertrag aus dem Anlagenabgang unter Berücksichtigung der Transaktionskosten in Höhe von 8 Mio. Euro als auch die Zahlung an die E.V.A. zur Ablösung der Call-Option in Höhe von 4,1 Mio. Euro im Jahr 2025 realisiert. Aufgrund der bereits erfolgten Beurkundung der Verträge Ende 2024 wurde auf Basis der im Beteiligungsvertrag zwischen STAWAG und enwor fixierten Call-Option bereits im Jahresabschluss 2024 eine entsprechende Rückstellung gebildet, sodass sich im Geschäftsjahr 2025 ein außerordentlicher Ertrag von insgesamt 8 Mio. Euro ergibt.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2025 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2025 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 72,2 Mio. Euro. Die STAWAG beabsichtigt eine Gewinnrücklage in Höhe von 12 Mio. Euro vorzunehmen. Unter Berücksichtigung einer synthetischen Steuerbelastung, indem die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag, die auf die STAWAG entfallen würden, wenn keine ertragssteuerliche Organschaft vorliegen würde, ergibt sich

eine Ausgleichszahlung an die enwor in Höhe von 11,5 Mio. Euro und eine Gewinnabführung an die E.V.A. von rund 46,6 Mio. Euro.

regio iT:

Mit 37,6 Prozent Beteiligung der E.V.A. an der regio iT gehört die regio iT zu den wesentlichen, nicht konsolidierten Beteiligungsunternehmen der E.V.A.

Die regio iT hat aus dem Jahresüberschuss 2024 in Höhe von 4,1 Mio. Euro eine Gewinnthesaurierung in Höhe von 20 Prozent bzw. 0,8 Mio. Euro vorgenommen. Damit wurde an die E.V.A. phasenverschoben im Jahr 2025 ein anteiliges Beteiligungsergebnis in Höhe von 1,2 Mio. Euro ausgeschüttet.

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2025 ihren Gesamtumsatz erneut steigern. Mit einem Wert von 176,1 Mio. Euro konnte entgegen der wirtschaftlichen Lage der Gesamtumsatz gesteigert werden.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 125,9 Mio. Euro Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 9,4 Mio. Euro bzw. 8 Prozent. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Auch die Mitglieder der Beteiligungs-genossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT Früchte, Kunden zu Gesellschaftern zu machen.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 12,1 Mio. Euro weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 11,5 Mio. Euro wurde in diesem Umsatzsegment leicht übertroffen.

Die geplanten Umsatzerlöse aus Handels- und Leasinggeschäft (21,4 Mio. Euro) konnten mit 22,6 Mio. Euro übertroffen werden.

Die sonstigen Erträge liegen mit 1,7 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (1 Mio. Euro). Ursächlich sind Auflösungen von Rückstellungen, die im Zuge des Jahresabschlusses 2024 gebildet wurden.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand höhere Kosten auf. Mit 77,7 Mio. Euro liegt dieser 3,4 Mio. Euro über dem Wert des Vorjahres. Die Fremdlieferungen entwickeln sich analog den Umsätzen aus Handels- und Leasinggeschäft, da dieses Kostensegment in unmittelbarer Korrelation zu diesem Umsatzsegment steht. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Wartungskosten. Aufgrund der gestiegenen Produkterlöse werden im Zuge der Leistungserbringung vermehrt Wartung und Subscription eingekauft. Zudem sind teilweise hohe Kostensteigerungen seitens der Lieferanten Grund für den Anstieg der Wartungskosten.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 91,4 Mio. Euro auf 100,1 Mio. Euro gesteigert werden. Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) beläuft sich auf 56,8 Prozent.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 65,5 Mio. Euro (Vorjahr: 61,5 Mio. Euro) inklusive weiterberechneter Personalaufwendungen für Beamte der Stadt Aachen und der Stadt Gütersloh. Zum 31. Dezember 2025 waren bei der regio iT 741 Mitarbeitende (Vorjahr: 729), davon 43 Auszubildende (Vorjahr: 48) beschäftigt. Ausschlaggebend sind die teilweise hohen Tarifsteigerungen von bis zu sechs Prozent-Punkten. Die Personalkostenintensität

(Personalkosten in Prozent vom Umsatz) liegt bei 37,2 Prozent.

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 11,1 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (10,7 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 14,7 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau (13,8 Mio. Euro).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 8,9 Mio. Euro und der Jahresüberschuss in Höhe von 6 Mio. Euro liegen deutlich über Vorjahresniveau. Ausschlaggebend ist insbesondere die positive Entwicklung der Umsatzerlöse.

E.V.A.

Die E.V.A. erzielte für das Geschäftsjahr 2025 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Planwert 4,1 Mio. Euro). Hintergrund des deutlich positiv geplanten Betriebsergebnisses war ein geplanter außerordentlicher Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus dem im Jahr 2025 abgebildeten Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab GmbH. Grundlage ist die Berücksichtigung einer im Beteiligungsvertrag zwischen STAWAG/E.V.A. und enwor verankerten Call-Option für die E.V.A.

Die Gesamtleistung im Jahr 2025 beträgt 26,6 Mio. Euro und übertrifft den Planansatz (25,3 Mio. Euro) um 1,3 Mio. Euro, was sowohl aus höheren Umsatzerlösen für Dienstleistungen (+0,9 Mio. Euro) als auch höheren sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert (+0,4 Mio. Euro).

Die Gesamtaufwendungen sind mit 23 Mio. Euro um 1,8 Mio. Euro höher als geplant ausgefallen; davon entfallen 0,9 Mio. Euro auf an andere Konzerngesellschaften weiterberechnete Kosten.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

ASEAG:

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutz-km eigene Leistung inkl. eigene Leistung ESBUS	in tausend	7.881	7.531	-349
Nutz-km angemietete Leistung ohne eigene Leistung ESBUS	in tausend	12.314	12.461	147
	in tausend	20.195	19.993	-203
Beförderte Personen	in tausend	75.371	70.936	-4.435
Gesamtleistung	TEuro	95.156	95.758	602
darin enthalten:				
Zuschüsse	TEuro	8.884	8.979	95
Kosten Treibstoff	TEuro	-5.256	-5.220	36
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-59.099	-57.369	1.729
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	145	118	-27
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-8.055	-6.928	1.128
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	563	563	0
Kosten Personal	TEuro	-38.252	-37.090	1.162
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-2.394	-2.080	314
Finanzergebnis		718	1.583	866
Ergebnis ASEAG	TEuro	-44.784	-41.033	3.751
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	0	0	0
Ergebnis ASEAG-Reisen	TEuro	0	-3	-3
Ergebnis ESBUS	TEuro	0	10	10

STAWAG:

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von den ausgespeisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

Kennzahl	Plan 2025	Ist 2025	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	580 662	647 650	+66 988	+11,5
EBITDA (TEuro)	32 223	27 212	-5 011	-15,6
EBIT (TEuro)	14 848	10 732	-4 116	-27,7
EBT (TEuro)	68 430	72 242	+3 812	+5,6

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2025 bei rund 647,7 Mio. Euro. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 72,2 Mio. Euro.

Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2025 wie folgt dar:

Sparte (Menge) Vertriebsgeschäft	Plan 2025	Ist 2025	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	588	609	+21	+3,6
Gas (Mio. kWh)	1.248	1.130	-118	-9,5
Wasser (Mio. m ³)*	30	30	+/- 0	+/- 0
Wärmecontracting (Mio. kWh)	14	16	+2	+14,3

* ohne Verlustmengen

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 1,5 Prozent über dem Planwert sowie aufgrund der Übernahme der Stromnetzgebiete in Herzogenrath und Würselen etwa 16,7 Prozent oberhalb des Vorjahreswertes.

Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen zum Ende des Jahres 2025 etwa 0,3 Prozent oberhalb des Planwertes. Hierbei wurden witterungsbedingte Minderabsätze durch einen Rückgang der Energieeinsparbemühungen kompensiert.

Netzausspeisung Regionetz
Sparte Netzausspeisung
Ist 2025

Strom (Mio. kWh)	2.452,4
Gas (Mio. kWh)	5.057,1

Im Berichtsjahr 2025 wurden mit 4 483 etwas weniger Erzeugungsanlagen angefragt als noch im Vorjahr (Vorjahr: 5 082). Der Schwerpunkt der Anfragen lag erneut im Bereich der Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen), die eine typische Größe für Einfamilienhäuser aufweisen (5 – 10 kWp). Der Bestand an PV-Anlagen mit Anschluss an die von der Regionetz betriebenen Stromnetze hat sich wiederholt erhöht. Zusätzlich wurden im Jahr 2025 mehr als 2 973 „Stecker-Solar-Geräte“ (Vorjahr: 2.570) bei der Regionetz angemeldet und somit im Jahr 2025 mehr als 7.450 Erzeugungsanlagen im Netzgebiet in Betrieb gesetzt.

Die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2025 auf 224,4 VZÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2025 995,6 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz (723,5), STAWAG Energie (45,2) und FACTUR (226,9) beschäftigt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Mitarbeitenden der enwor hierin enthalten sind.

Vollzeitäquivalente**Ist 2025**

STAWAG	224,4
Regionetz	723,5
STAWAG Energie	45,2
FACTUR	226,9

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2025 47 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 7,07 Jahren niederschlägt.

Mit vielfältigen Maßnahmen ist das Unternehmen dabei, die Nachfolge für ausscheidende Fach- und Führungskräfte (Stichwort: demografischer Wandel) vorzubereiten und zu begleiten. Dabei werden entstehende Vakanzen vorzugsweise mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachbesetzt. Seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet das Unternehmen damit hervorragende Möglichkeiten einer qualifizierten Weiterentwicklung und attraktive Karriereoptionen. Zur Erweiterung ihrer Kompetenzen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei durch eine Vielzahl von Personalentwicklungsmaßnahmen unterstützt. Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig über das gesamte Berufsleben zu erhalten und diese vor allen Dingen bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen, nimmt das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Durchführung von Gesundheitstagen ist mittlerweile übliche Praxis. Im Rahmen des BGM können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Reihe weiterer hilfreicher Angebote, auch in Kooperation mit dem Caritas-Unternehmensservice, wahrnehmen. Als Beispiele seien hier Vorträge zu Themen wie etwa die Patientenverfügung, die Vorsorgevollmacht und die Betreuungsverfügung genannt sowie auch die Einrichtung einer Telefonhotline, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gesundheitlichen, in persönlichen und in familiären Notlagen unter Wahrung der Anonymität Unterstützung und Rat anbietet.

regio iT:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der regio iT von Bedeutung sind, herangezogen:

Finanzielle Leistungsindikatoren

regio iT Mio. Euro	Ist 2024	Ist 2025
Umsatzerlöse aus laufender Produktnutzung	116,5	125,9
Umsatzerlöse aus Beratung	11,5	12,1
Umsatzerlöse aus Handels-/Leasinggeschäft	26,2	22,6
Erlöse Weiterberechnung Wartung und externe Fremdleistung	10,8	15,6
Umsatzerlöse gesamt	165,0	176,1
Rohertrag	91,4	100,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	8,9
Jahresüberschuss	4,1	6,0
Gesamtleistungsrendite	3,5 %	5,0 %
Quote Beratungsumsatz	7,0 %	6,9 %

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 100,1 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: 91,4 Mio. Euro). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2025 bei 56,8 Prozent (Vorjahreszeitraum: 55,4 Prozent). Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 6,9 Prozent. Dies entspricht einem relativen Rückgang von 0,1 Prozent-Punkten zum Vorjahr (7 Prozent).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 8,9 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahr (Vorjahr: 5,8 Mio. Euro).

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) beträgt 5 Prozent (Vorjahr; 3,5 Prozent).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren:

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Zum Nachweis der strukturierten und gelebten Umsetzung der Prozesse ist die regio iT gleich dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert: für ihr Qualitätsmanagement nach ISO 9001, ihr Service-Management nach ISO 20000 sowie ihr Informationssicherheitsmanagement nach ISO 27001. Die erfolgreichen Zertifizierungen sprechen für den hohen Reifegrad der Organisation. Durch regelmäßige interne und externe Audits werden Organisation und Prozesse der regio iT fortlaufend auf den Prüfstand gestellt und an neue Herausforderungen angepasst.

Für die regio iT bedeuten die positiven Ausichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis zum 10.12.2026 zu führen.

E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Leistungsindikatoren der E.V.A.
Mio. Euro

	Wirtschaftsplan 2025	Jahresabschluss 2025	Ist 2025 vs. Plan 2025
Erlöse aus Dienstleistungen	16,3	16,2	-0,1
Erlöse aus Weiterberechnungen	4,9	5,9	1,0
Umsatzerlöse	21,2	22,1	0,9
Aktiviertete Eigenleistungen			
Sonstige betriebliche Erträge	4,1	4,5	0,4
Gesamtleistung	25,3	26,6	1,3
Materialaufwand	-4,1	-5,4	-1,3
Personalaufwand	-12,1	-11,8	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,6	-4,3	-0,7
Abschreibungen	-1,4	-1,4	0,0
Gesamtaufwendungen	-21,2	-22,9	-1,7
Betriebsergebnis	4,1	3,7	-0,4
Verlustübernahme ASEAG	-44,8	-41,0	3,8
Gewinnabführung STAWAG	45,1	46,6	1,5
Gewinnbeteiligung regio iT	1,2	1,2	0,0
Gewinnbeteiligung gewoge	0,2	0,2	0,0
Beteiligungsergebnis	1,7	7,0	5,3

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*

* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden

	Plan 2025 Dezember	Ist 2025 Dezember	Ist 2025 vs. Plan 2025
MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	116,3	110,2	-6,1
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen		0,1	0,1
MAÄ Auszubildende	11,0	10,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	129,3	122,3	-7,0

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 22,1 Mio. Euro liegen um 0,9 Mio. Euro über dem Planwert von 21,2 Mio. Euro. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen an die ASEAG in Höhe von insgesamt 16,2 Mio. Euro (Plan: 16,3 Mio. Euro) sowie aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,9 Mio. Euro (Plan: 4,9 Mio. Euro). Die Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen beinhalten insbesondere EDV-Kosten, Beratungs- und Prüfungskosten, sonstige freiwillige Sozialaufwendungen (z. B. Job-Tickets) und Versicherungen. Die höheren Umsatzerlöse resultieren insbesondere aus höheren Weiterberechnungen für Beratungsaufwendungen, SAP-Lizenzen sowie zusätzlichen Jobticketkosten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten einen geplanten außerordentlichen Ertrag in Höhe von 4,1 Mio. Euro aus dem Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab. Weitere 0,4 Mio. Euro resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen. Dabei handelt es sich um Pensionsrückstellungen aufgrund eines neuen Gutachtens und Rückstellungen für Prämienzahlungen, die wegen unterjährigen Personalveränderungen zu hoch waren, sowie Rückstellungen für Jubiläumsgelder, für die ebenfalls ein neues Gutachten vorliegt.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit –22,9 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Die **Materialaufwendungen** fallen dabei mit 5,4 Mio. Euro um 1,3 Mio. Euro höher als geplant aus. Aufgrund einer vorübergehenden Ausweitung von Personalressourcen in der Finanzbuchhaltung über Arbeitnehmerüberlassungen zur Abarbeitung eines deutlich angewachsenen Belegvolumens bei der Rechnungseingangsverarbeitung liegen die im

Materialaufwand ausgewiesenen Aufwendungen für Arbeitnehmerleistungen Dritter bei rund 0,3 Mio. Euro (Planwert 0 Mio. Euro). Des Weiteren sind im Materialaufwand rund 0,5 Mio. Euro höhere Beratungskosten als geplant enthalten. Davon handelt es sich in Höhe von rund 0,3 Mio. Euro um externe IT-Beratungskosten wegen der bis Ende September vakanten IT-Centerleitung, die zum 1. Oktober 2025 neu besetzt wurde. Diese IT-Beratungskosten werden vollständig an die STAWAG weiterberechnet und erhöhen somit die Erlöse aus Weiterberechnungen um rund 0,3 Mio. Euro. Weitere Planabweichungen in Höhe von rund –0,6 Mio. Euro begründen sich durch höhere SAP S/4 Lizenzkosten und das Reporting- und Planungstool SAC (SAP Analytics Cloud), wovon rund 0,3 Mio. Euro bei der E.V.A. verbleiben und rund 0,3 Mio. Euro an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden.

Die **Personalaufwendungen** liegen mit 11,8 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro unter dem Plan (12,1 Mio. Euro). Ursächlich hierfür sind später als geplante Nachbesetzungen vakanter Planstellen im kaufmännischen und personalwirtschaftlichen Bereich sowie im Center IT. Wie oben bereits erwähnt, sind gegenläufig beim Materialaufwand Mehraufwendungen für Arbeitnehmerüberlassungen und externe Beratungskosten entstanden.

Die **Abschreibungen** des Jahres 2025 belaufen sich auf 1,4 Mio. Euro und liegen damit auf Planniveau.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** überschreiten mit 4,3 Mio. Euro den Planwert um 0,7 Mio. Euro. Davon entfallen 0,2 Mio. Euro auf höhere weiterberechnete Kosten (0,1 Mio. Euro zusätzliche Jobticketkosten sowie 0,1 Mio. Euro zusätzliche Kosten aus Versicherungen und Beratung). Die verbleibenden um 0,5 Mio. Euro höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen begründen sich hauptsächlich in

höheren Rechts- und Beratungskosten inklusive Recruitingkosten (0,4 Mio. Euro) und gestiegenen Mietnebenkosten (0,1 Mio. Euro).

Das **Gesamtergebnis 2025 der E.V.A.** in Höhe von 9,5 Mio. Euro wird wesentlich geprägt durch das positive Betriebsergebnis der E.V.A. sowie das Beteiligungsergebnis, insbesondere die höhere Gewinnabführung von der STAWAG (+1,5 Mio. Euro gegenüber Plan 2025) und die geringere Verlustübernahme von der ASEAG (+3,8 Mio. Euro gegenüber Plan 2025). Die Gewinnbeteiligungen von der regio iT und der gewoge sowie das Zinsergebnis liegen auf Plan-niveau.

Die E.V.A. beschäftigt **134 Mitarbeitende (Anzahl Beschäftigte)** zum Stichtag 31. Dezember 2025, davon 102 Vollzeit- und 32 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt der Personalbestand 122,3 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 129,3 MAÄ zum Jahresende. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*	Plan 2025 Dezember	Ist 2025 Dezember	Ist 2025 vs. Plan 2025
* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden			
MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	116,3	110,2	-6,1
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen		0,1	0,1
MAÄ Auszubildende	11,0	10,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	129,3	122,3	-7,0
Anzahl Beschäftigte ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende		121,0	
Anzahl Beschäftigte GF/Vorstand		2,0	
Anzahl Beschäftigte Aushilfen		1,0	
Anzahl Beschäftigte Azubis		10,0	
Anzahl Beschäftigte gesamt ohne Ruhende		134,0	
davon Anzahl Beschäftigte Teilzeit		32,0	
davon Anzahl Beschäftigte Vollzeit		102,0	

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 insgesamt 2.011 (Vorjahr: 1.854) Mitarbeitende ohne Auszubildende und ohne Aushilfen. Die Anzahl der im Konzern beschäftigten Auszubildenden betrug zum 31. Dezember 2025 insgesamt 72 (Vorjahr: 26).

Ertragslage

Im Berichtsjahr 2025 wurden neben der E.V.A. insgesamt 29 (Vorjahr: 28) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde im Berichtsjahr 2025 durch die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung und von den Ergebnisbeiträgen der Beteiligungsgesellschaften aus der Energieversorgung und aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich ein positiver Konzernüberschuss.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) der STAWAG nach sonstigen Steuern beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 72,2 Mio. Euro (Vorjahr: 71,9 Mio. Euro) und fließt nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter enwor (11,5 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (2,1 Mio. Euro) sowie nach Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 12 Mio. Euro (Vorjahr: 10 Mio. Euro) über den bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag in Höhe von 46,6 Mio. Euro an die EVA.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis vor Steuern (EBT) im abgelaufenen Geschäftsjahr 56,0 Mio. Euro (Vorjahr: 56,4 Mio. Euro) und fließt – nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (18,4 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (3,4 Mio. Euro) – über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von 34,2 Mio. Euro an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2025 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 41,0 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 5,3 Mio. Euro. Ursache dessen sind ein um 6,2 Mio. Euro schlechteres Betriebsergebnis und ein um 0,9 Mio. Euro ver-

bessertes Finanz- und Beteiligungsergebnis. Zwar konnten die Umsatzerlöse um 9,4 Mio. Euro gesteigert werden, das schlechtere Betriebsergebnis ergibt sich aber im Wesentlichen aus um 5,7 Mio. Euro niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen, erhöhten Materialaufwendungen von 5,1 Mio. Euro und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 3,1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Zudem stieg der Personalaufwand um 1 Mio. Euro. Im Finanz- und Beteiligungsergebnis ergeben sich gestiegene Zinserträge von 0,1 Mio. Euro und reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich im Berichtsjahr um 0,1 Mio. Euro.

Der Konzern-Umsatz verringerte sich im Geschäftsjahr um 56,8 Mio. Euro bzw. 4,6 Prozent auf 1.178,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1.235,1 Mio. Euro). Ausschlaggebend für den Umsatzrückgang ist hierbei im Wesentlichen die negative Umsatzentwicklung bei der STAWAG, dem stehen Umsatzzuwächse bei der STAWAG Energie und Regionetz gegenüber.

Bei der STAWAG sind die Umsatzerlöse um 11,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken und stehen zum Teil immer noch im Zusammenhang mit den geopolitischen Spannungen und den damit verbundenen Unsicherheiten für die Wirtschaft und auf den Energiemärkten.

Im Stromgeschäft blieben die Verkaufspreise im Vergleich zum Vorjahr in der STAWAG-Grundversorgung unverändert. Die Absatzmengen im Privat- und Gewerbekundensegment sind aufgrund erhöhter Kundenverluste auf 353 Gigawattstunden (GWh) gesunken und führten somit zu einem Umsatzrückgang. Insgesamt fällt das Stromvertriebsergebnis mit einem Rückgang von rund 36,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr schlechter aus. In den Verkaufserlösen sind auch Mengen aus der Vermarktung des Portfoliomanagements enthalten. Bei der

Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 47,4 Mio. Euro ab.

In der Gassparte ist der Absatz im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund von warmer Witterung und Kundenwechseln auf 655 Gigawattstunden gesunken. Die Preise wurden zum 1. Januar 2025 für alle Kunden gesenkt. Insgesamt verringerten sich die Umsatzerlöse im Gasvertriebsgeschäft um 7,8 Mio. Euro.

In der Sparte Fernwärme gab es eine leichte Preissenkung aufgrund der bestehenden Preisanpassungsklausel zum 1. Juli 2025. Wegen erhöhter Absatzmengen nahmen die Umsatzerlöse aber um rund 17,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr zu.

Die allgemeinen Wasserpreise blieben auch im Berichtsjahr konstant. In der vertrieblichen Wassersparte hat sich die Absatzmenge leicht erhöht. Die Umsatzerlöse stiegen um 11,3 Mio. Euro. Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich um rund 0,7 Mio. Euro auf 25,7 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.452 GWh und damit etwa 17 Prozent mehr als noch im Geschäftsjahr 2024 aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgespeist. Für insgesamt 361 Netznutzungskunden (348 Lieferanten und 13 Netzkunden mit eigenem Netznutzungsvertrag) wurde Energie durchgeleitet. Etwa 1.766 GWh und damit etwa 72 Prozent der Gesamtmenge wurden aus dem vorgelagerten Netz der Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) in das Stromnetz der Regionetz eingespeist. Die restlichen etwa 28 Prozent wurden mit Hilfe dezentraler Anlagen im Netzgebiet erzeugt und nach Maßgabe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-WärmeKopplungsgesetzes (KWKG) in das öffentliche Netz eingespeist.

Im Gasbereich betrug die von der Regionetz abgewickelte Netzdurchleitung für 253 Lieferanten und vier Netzkunden mit direktem Netznutzungsvertrag insgesamt 5.057 GWh und damit etwa 3 Prozent mehr als noch im Jahr 2024. Die Umsatzerlöse der Regionetz betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 640 Mio. Euro (Vorjahr: 539 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Mio. Euro auf 65 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist dies auf die geänderte Art der Zuschneidung des Deutschlandtickets zurückzuführen. Die Zuschüsse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mio. Euro auf 9 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, wie zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, verminderten sich um 1,6 Mio. Euro auf 6,1 Mio. Euro. Durch die Erhöhung der Umsatzerlöse um 10,4 Mio. Euro erhöhten sich die gesamten Umsatzerlöse um 9,4 Mio. Euro auf 80,1 Mio. Euro.

Bei der STAWAG Energie haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr die Umsatzerlöse, im Wesentlichen aufgrund von erhöhten Projektentwicklungsleistungen, um 14,1 Mio. Euro auf 24,8 Mio. Euro mehr als verdoppelt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern verringerten sich um 22,6 Mio. Euro auf 46,6 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem Erträge aus Zuschüssen in Höhe von 14,9 Mio. Euro, aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 9,5 Mio. Euro, aus Anlagenabgängen in Höhe von 3,5 Mio. Euro sowie aus sonstigen periodenfremden Erträgen in Höhe von 8,1 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns verringerten sich, parallel zu den Umsatzerlösen, um 64,7 Mio. Euro auf 808,3 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 416,9 Mio. Euro (Vorjahr: 529,6 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 391,4 Mio. Euro (Vorjahr: 343,4 Mio. Euro). Der Rückgang im Materialaufwand ist im Wesentlichen auf geringere Fremdleistungen zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2025 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 2.015 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.742), 70 Auszubildende und 36 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) erhöhte sich insgesamt um 273 gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden im Berichtsjahr die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 12,4 Mio. Euro auf 192 Mio. Euro.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Mio. Euro auf 98,8 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 27 Mio. Euro auf 108,8 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für EDV und Büromaterial in Höhe von 38,2 Mio. Euro (Vorjahr: 35,1 Mio. Euro), Konzessionsabgaben in Höhe von 33 Mio. Euro (Vorjahr: 37,6 Mio. Euro), Aufwendungen für Beratungs- und Prüfungskosten in Höhe von 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 11,5 Mio. Euro), Mieten in Höhe von 8,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6,6 Mio. Euro), Versicherungsprämien in Höhe von 6,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) sowie Marketingmaßnahmen in Höhe von 5 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 3 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro).

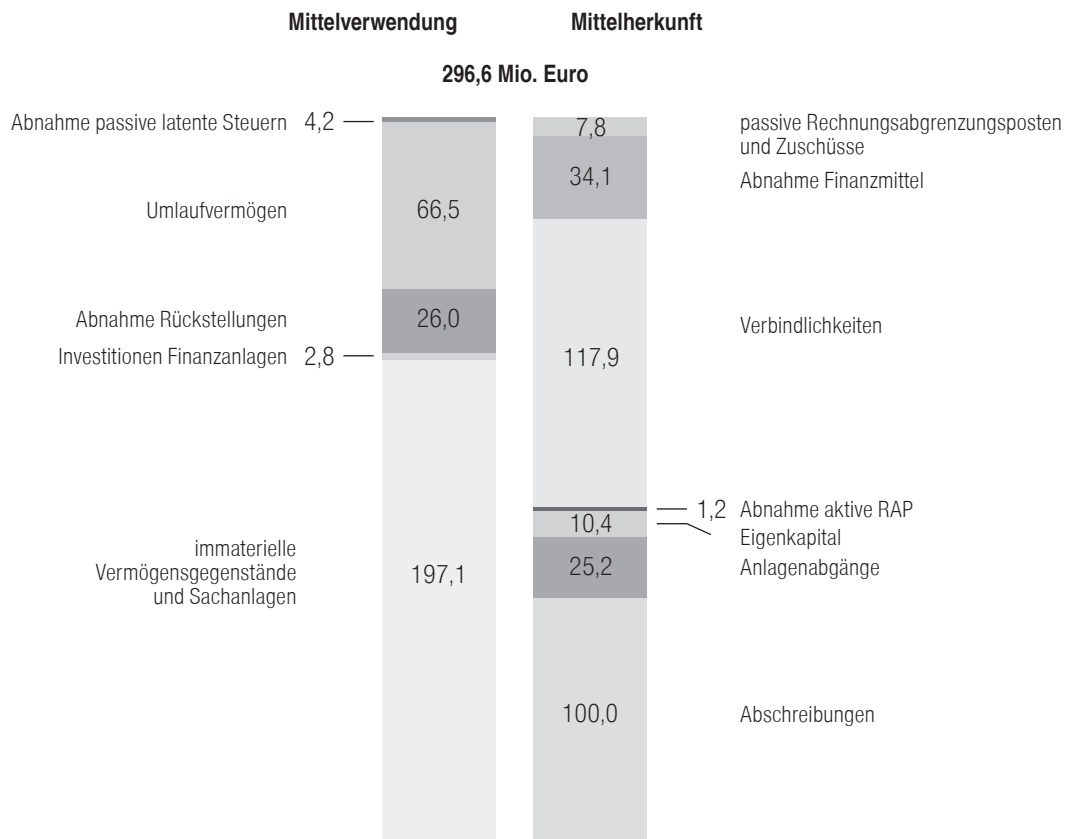
Das Betriebsergebnis verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. Euro auf nunmehr 48,6 Mio. Euro.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 2,2 Mio. Euro auf 6,9 Mio. Euro.

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 55,6 Mio. Euro und liegt damit um 1,8 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern betragen insgesamt 4,7 Mio. Euro und beinhalten Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

Finanzlage



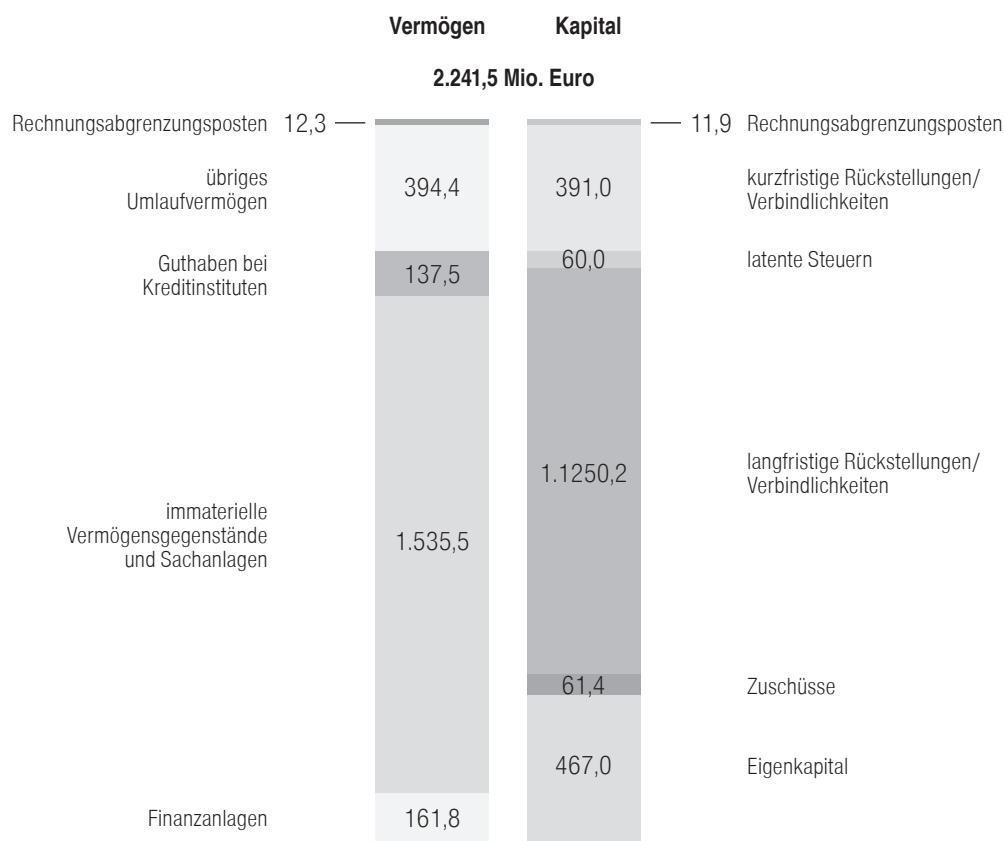
Im Jahr 2025 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 296,6 Mio. Euro. Bei der Mittelverwendung betrugen die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen insgesamt 199,9 Mio. Euro. Sie entfielen im Wesentlichen auf Erneuerungen und Ertüchtigungen des Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetzes sowie des Straßenbeleuchtungsnetzes. In den Zugängen des Geschäftsjahres sind zudem Effekte aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises um eine Windparkgesellschaft enthalten. Darüber hinaus wurden Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von 2,8 Mio. Euro getätigt. Zur Finanzierung wurden unter anderem Mittel aus dem Umlaufvermögen in Höhe von 66,5 Mio. Euro sowie

aus der Inanspruchnahme von Rückstellungen in Höhe von 26,0 Mio. Euro herangezogen. Bei den Rückstellungen gingen die Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen um 8,5 Mio. Euro, die Steuerrückstellungen um 1,4 Mio. Euro sowie die sonstigen Rückstellungen um 16,1 Mio. Euro zurück. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen aus schwebenden Geschäften der STAWAG, im Wesentlichen aufgrund der Beteiligung an der TKL aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich und aus der Beteiligung an der TGE, enthalten. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen im Wesentlichen aus ausstehenden Rechnungen sowie aus sonstigen Personalverpflichtungen.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 125,2 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen zur Verfügung. Ferner standen Finanzierungsmittel aus dem Bilanzposten Verbindlichkeiten in Höhe von 117,9 Mio. Euro und aus Eigenkapital in Höhe von 10,4 Mio. Euro zur Verfügung. Die Zunahme der Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen mit 96,7 Mio. Euro Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 27,7 Mio. Euro Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden durch mehrere Cashpoolingverfahren optimiert. Die E.V.A. betreibt einen Cashpool-Kreis mit der ASEAG und deren Tochtergesellschaften APAG, ESBUS, Akreka und ASEAG Reisen. Ein zweiter Cashpool-Kreis existiert bei der STAWAG, in den die STAWAG Energie, die FACTUR, die WAG und die enwornetz einbezogen sind. Die Regionetz ist einem unabhängigen dritten Cashpool-Kreis bei ihrer kaufmännischen Betriebsführerin EWV angeschlossen. Alle Cashpool-Kreise sorgen für ausreichende kurzfristige Betriebsmittelliquidität, verwalten vorhandenes Bankguthaben, reduzieren die Abhängigkeit von Banken und tragen zur Zinsoptimierung bei.

Vermögenslage



Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 105,9 Mio. Euro (5,0 Prozent) auf 2.241,5 Mio. Euro. Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 1.505,5 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 536,9 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 30 Mio. Euro machen diese insgesamt 68,5 Prozent des Gesamtvermögens aus. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 7,2 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 6,1 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 17,6 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und

mit 0,6 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Kapitalseite besteht zu 55,8 Prozent aus langfristigen Mitteln, die im Wesentlichen mit 544,1 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen und mit 614,3 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 20,8 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 101,2 Prozent im Wesentlichen durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 17,4 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, mit jeweils 2,7 Prozent aus Zuschüssen und latenten Steuern sowie mit 0,6 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

III. Prognosebericht

Nach der nur verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2025 wird für das Jahr 2026 mit einer moderaten konjunkturellen Belebung gerechnet. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gestiegen ist, erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2026 einen Anstieg um etwa 1 Prozent. Zugleich weisen jüngere Szenarien darauf hin, dass die jüngste Eskalation im Nahen und Mittleren Osten das Wachstum spürbar dämpfen kann. Das ifo Institut sieht für Deutschland im Jahr 2026 – abhängig vom weiteren Konfliktverlauf – nur noch ein Wachstum von 0,6 Prozent in einem Deeskalationsszenario beziehungsweise 0,4 Prozent in einem Eskalationsszenario. Damit bleibt das gesamtwirtschaftliche Umfeld mit erheblichen geopolitischen Unsicherheiten behaftet, die sich neben strukturellen Herausforderungen des Industriestandorts Deutschland weiter auf die Energiepreise, Lieferketten, Investitionsentscheidungen und Marktvolatilitäten auswirken können.

Für den Arbeitsmarkt wird im Jahr 2026 nur eine verhaltene Entwicklung erwartet. Die Bundesregierung geht von einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent aus, womit ein gegenüber dem Jahr 2025 weitgehend unverändertes Niveau erwartet wird. Der Beschäftigungsstand bleibt damit insgesamt hoch, auch wenn die Nachwirkungen der konjunkturellen Schwäche und der strukturellen Transformation weiterhin sichtbar bleiben.

Die Inflationsentwicklung stellt sich für 2026 bislang moderat dar, allerdings mit steigender und risikobehafteter Tendenz. Während die Inflationsrate in Deutschland im Januar 2026 bei 2,1 Prozent und im Februar 2026 bei 1,9 Prozent lag, ist diese nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im März auf 2,7 Prozent angestiegen. Für das Gesamtjahr 2026 erwartet die Bundesregierung eine durchschnittliche

Inflationsrate von 2,1 Prozent. Gleichzeitig hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Inflationsprojektion für den Euroraum für das Jahr 2026 im März auf 2,6 Prozent angehoben. Wesentlicher Grund sind höhere Energiepreise infolge des Krieges im Nahen und Mittleren Osten. Für Deutschland besteht bei grundsätzlich moderater Teuerung weiterhin das Risiko erneuter energiepreisbedingter Inflationsimpulse, welche sich sowohl auf die allgemeine Preisentwicklung als auch auf Beschaffungskosten und Endkundenpreise in der Energiewirtschaft auswirken.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen haben sich gegenüber den Vorjahren deutlich entspannt. Die EZB hatte ihre Leitzinsen im Verlauf des Jahres 2025 mehrfach gesenkt und im Jahr 2026 bislang unverändert belassen. Das niedrigere Zinsniveau wirkt grundsätzlich unterstützend auf Investitionen und Konsum und verbessert die Finanzierungsbedingungen im Vergleich zu den Jahren 2023 und 2024. Gleichwohl bleibt die weitere geldpolitische Entwicklung mit Unsicherheiten behaftet, da die anhaltenden Spannungen im Nahen und Mittleren Osten über steigende Öl- und Gaspreise erneut inflationssteigernd wirken und damit den Spielraum für weitere geldpolitische Lockerungen begrenzen dürften.

Für die Energiewirtschaft und insbesondere für die Beschaffungsmärkte ist festzuhalten, dass die physische Gasversorgung in Deutschland nach Einschätzung der Bundesnetzagentur derzeit gesichert ist. Gleichwohl führen die aktuellen Entwicklungen zu erheblichen Preiseffekten und Volatilitäten auf den Weltmärkten und in Deutschland. Für die energiewirtschaftlichen Beschaffungsstrategien bedeutet dies, dass Termin- und Spotmärkte für das Jahr 2026 und Folgejahre erheblichen Schwankungen unterliegen und eine weiterhin diversifizierte, strukturierte und risikobegrenzende Beschaffung erforderlich ist. Hinzu kommt, dass die

Speicherfüllstände in Deutschland zum Ende des Winters deutlich niedriger sind als in den Vorjahren und davon auszugehen ist, dass niedrigere Ausgangsfüllstände zu Beginn der Einspeicherphase die Sensitivität gegenüber Preisbewegungen im Sommerhalbjahr 2026 erhöhen werden.

Vor diesem Hintergrund ist für das Geschäftsjahr 2026 insbesondere für die STAWAG von einem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld auszugehen, was eine vorausschauende Portfoliosteuerung und ein enges Risikomanagement erfordern.

Für die ASEAG waren im Geschäftsjahr 2025 das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage sowie die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dabei konnte zumindest bei der Finanzierung der Zuschüsse zum Deutschlandticket Klarheit für die Jahre 2026 bis 2030 erreicht werden. Offen bleibt dabei jedoch die Entwicklung des eigentlichen Nutzerpreises. Zukünftig soll der Preis indexiert werden. Wie jedoch dieser Index aussieht, ob er den Herausforderungen der Finanzierung des Deutschlandtickets angemessen Rechnung tragen wird und wie letztendlich die Kunden auf diese Preise reagieren, bleibt abzuwarten.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation insbesondere bei der ASEAG im Fahrdienstbereich weiterhin angespannt. Die ASEAG hält ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer auf hohem Niveau aufrecht, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (bestellte Mehrleistungen, aber auch Produktivitätseinbußen aufgrund von Krankheit oder Arbeitszeitreduzierungen) abzudecken. Es ist davon auszugehen, dass auch vor dem Hintergrund zu erwartende Verrentungen von Fahrpersonal, die Personalbeschaffung weiterhin eine wesentliche Herausforderung darstellen wird.

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2026 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus (0 Mio. Euro). Für das Geschäftsjahr 2026 plant die E.V.A. eine Gesamtleistung in Höhe von 22,6 Mio. Euro mit Erlösen aus Dienstleistungen und Weiterberechnungen. In Höhe von 22,6 Mio. Euro werden sich auch die geplanten Gesamtaufwendungen der E.V.A. bewegen.

Leistungsindikatoren der E.V.A.

Mio. Euro

**Jahresabschluss
2025****Wirtschaftsplan
2026****Plan 2025
vs. Ist 2025**

Erlöse aus Dienstleistungen	16,2	17,2	1,0
Erlöse aus Weiterberechnungen	5,9	5,4	-0,5
Umsatzerlöse	22,1	22,6	0,5
Aktiviert Eigenleistungen			
Sonstige betriebliche Erträge	4,5		-4,5
Gesamtleistung	26,6	22,6	-4,0
Materialaufwand	-5,4	-4,5	0,9
Personalaufwand	-11,8	-12,7	-0,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4,3	-3,8	0,5
Abschreibungen	-1,4	-1,6	-0,2
Gesamtaufwendungen	-22,9	-22,6	0,3
Betriebsergebnis	3,7	0,0	-3,7
Verlustübernahme ASEAG	-41,0	-46,4	-5,4
Gewinnabführung STAWAG	46,6	40,1	-6,5
Gewinnbeteiligung regio iT	1,2	1,7	0,5
Gewinnbeteiligung gewoge	0,2	0,2	0,0
Beteiligungsergebnis	7,0	-4,4	-11,4

Mitarbeiteräquivalente (MAÄ)*

* 1 MAÄ entspricht einem Vollzeitmitarbeitenden

**Ist 2025
Dezember****Plan 2026
Dezember****Plan 2025
vs. Ist 2025**

MAÄ ohne GF/Aushilfen/Azubis/Ruhende	110,2	117,8	7,6
MAÄ Geschäftsführung	2,0	2,0	
MAÄ Aushilfen	0,1		-0,1
MAÄ Auszubildende	10,0	9,0	-1,0
MAÄ gesamt ohne Ruhende	122,3	128,8	6,5

Die **Gesamtleistung der E.V.A.** in Höhe von 22,6 Mio. Euro setzt sich wie folgt zusammen:

- Umsatzerlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 17,2 Mio. Euro
- Umsatzerlöse aus weiterberechneten Kosten in Höhe von 5,4 Mio. Euro, davon 4 Mio. Euro aus weiterberechneten IT-Kosten und 1,4 Mio. Euro aus sonstigen weiterberechneten Kosten wie z. B. Beratungs- und Prüfungskosten, sonstige freiwillige Sozialaufwendungen (z. B. Job-Tickets) oder Versicherungskosten
- Sonstige betriebliche Erträge sind für das Planjahr 2026 nicht geplant.

Die für das Jahr 2026 geplanten Umsatzerlöse aus Dienstleistungen (17,2 Mio. Euro) werden um rund 1,0 Mio. Euro über dem Niveau des Jahres 2025 liegen. Der Anstieg resultiert, neben den Effekten aus höheren Stundensätzen aufgrund geplanter Entgeltsteigerungen (2,5 Prozent) und allgemeinen Sachkostensteigerungen (2,5 Prozent), maßgeblich aus Mehrleistungen in den Centern Personal, Finanzen/Rechnungswesen und IT. Im personalwirtschaftlichen Center erhöht sich der Leistungsumfang insbesondere in den Abteilungen Recruiting und Personalcontrolling, im Center Finanzen/Rechnungswesen in den Abteilungen Finanzbuchhaltung und Jahresabschluss/Steuern und im Center IT sind Mehrleistungen für IT-Projekte im E.V.A. Konzern geplant; für die im Planjahr 2026 Neueinstellungen in der Abteilung IT-Applikationen und Projektmanagement vorgesehen sind.

Die für 2026 geplanten Umsatzerlöse aus Weiterberechnungen liegen mit insgesamt 5,4 Mio. Euro unterhalb des Vorjahreswertes 2025 (5,9 Mio. Euro). Ursächlich für diese Reduzierung der Weiterberechnungen ist insbesondere der Wegfall externer IT-Beratungskosten aufgrund der bis zum 30. September 2025 noch vakanten IT-Centerleitung, die im Jahr 2025 an

die STAWAG weiterberechnet wurde (0,3 Mio. Euro). Des Weiteren reduzieren sich im Jahr 2026 personalwirtschaftliche Weiterberechnungen in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. Euro.

Wesentliche Positionen im **Materialaufwand** sind Fremdleistungen, die von der E.V.A. bezogen und zu einem großen Anteil an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden. Des Weiteren werden Arbeitnehmerleistungen Dritte im Materialaufwand ausgewiesen.

Der für 2026 geplante Materialaufwand wird mit 4,5 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert von 5,4 Mio. Euro liegen. Ursächlich für den Rückgang sind insbesondere geringere IT-Beratungskosten (0,5 Mio. Euro), da ab Oktober 2025 die vakante IT-Centerleitung wieder besetzt ist. Darüber hinaus entfallen in der Wirtschaftsplanung 2026 Fremdleistungen durch Arbeitnehmerüberlassungen, die im Jahr 2025 aufgrund vakanter Planstellen noch erforderlich waren (0,3 Mio. Euro). Bei den SAP-Lizenz- und Wartungskosten wird ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von rund 0,1 Mio. Euro erwartet.

Der für das Jahr 2026 geplante **Personalaufwand** liegt mit 12,7 Mio. Euro um rund 0,9 Mio. Euro oberhalb des Niveaus aus dem Jahr 2025. Die für 2026 geplanten Personalkosten beinhalten eine Entgeltsteigerung ab Januar 2026 in Höhe von 2,5 Prozent sowie einen Anstieg der Mitarbeiteräquivalente durch die Besetzung vakanter Planstellen, wodurch im Materialaufwand ausgewiesene Kosten für Arbeitnehmerüberlassungen im Planjahr 2026 nicht mehr vorgesehen sind. Die bisher vakante IT-Centerleitung ist seit Oktober 2025 neu besetzt. Des Weiteren sind im Center IT zwei weitere Planstellen für zusätzliche IT-Projekte im E.V.A.-Konzern geplant.

Durch personelle Austritte aufgrund auslaufender befristeter Arbeitsverträge, Renteneintritte bei gleichzeitigen Neueinstellungen mit geringeren Gehaltsniveaus sowie durch den Wegfall von kaufmännischen Auszubildenden, deren Personalkosten an die FACTUR weiterberechnet wurden, werden die gestiegenen Personalkosten teilweise kompensiert.

Die geplante Zuführung zu den Pensionsrückstellungen für das Jahr 2026 liegt mit 0,4 Mio. Euro um 0,2 Mio. Euro unterhalb des Vorjahresniveaus.

Die **Abschreibungen** liegen in der Planung 2026 bei 1,6 Mio. Euro und erhöhen sich damit um 0,2 Mio. Euro gegenüber dem Geschäftsjahr 2025. Ursächlich für die erhöhten Abschreibungen ist die Aktivierung von geplanten Neuinvestitionen wie insbesondere ein geplantes Update des personalwirtschaftlichen SAP HCM Systems oder die vorgezogene Investition der digitalen Personalakte. Zudem erfolgt die Aktivierung der IT-Hardwareausstattungen teilweise erst zum Jahresende 2025; auch daraus folgt ein höherer Abschreibungsbetrag im Jahr 2026 gegenüber dem Jahr 2025.

Sonstige betriebliche Aufwendungen sind in Höhe von 3,8 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt, die gegenüber dem Vorjahreswert (4,3 Mio. Euro) um 0,5 Mio. Euro niedriger ausfallen. Ursächlich sind insbesondere um rund 0,4 Mio. Euro geringere Beratungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

Gesamtergebnis E.V.A.:

Das geplante Ergebnis vor Steuern wird mit –4,3 Mio. Euro rund 15,1 Mio. Euro niedriger ausfallen als das Ergebnis des Geschäftsjahres 2025. Die Ergebnisverschlechterung ist zum einen auf den im Ergebnis des Jahres 2025 enthaltenen außerordentlichen Ertrag aus dem Anteilsverkauf der STAWAG an der smartlab in Höhe von 4,1 Mio. Euro und zum anderen auf das geplante Beteiligungsergebnis der E.V.A. zurückzuführen, das mit –4,4 Mio. Euro um 11,4 Mio. Euro geringer geplant ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2025. Im Beteiligungsergebnis wirken sich gegenüber dem Jahr 2025 der mit –46,4 Mio. Euro um 5,4 Mio. Euro höhere Jahresfehlbetrag der ASEAG sowie die mit 40,1 Mio. Euro um 6,5 Mio. Euro geringere Gewinnausschüttung der STAWAG entsprechend negativ aus. Dagegen erhöht sich die geplante Ausschüttung der regio IT von 1,2 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2025 auf rund 1,7 Mio. Euro im Planjahr 2026. Das geplante Zinsergebnis liegt mit 0,1 Mio. Euro auf dem Zinsergebnisniveau aus dem Geschäftsjahr 2025. Insgesamt rechnet die E.V.A. im Planjahr 2026 mit einem **Jahresergebnis nach Steuern von –5,2 Mio. Euro.**

ASEAG:

Auch im Geschäftsjahr 2025 waren das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage sowie die unsichere Finanzierung des ÖPNV insgesamt die beherrschenden Themen. Dabei konnte zumindest bei der Finanzierung der Zuschüsse zum Deutschlandticket Klarheit für die Jahre 2026 bis 2030 erreicht werden. Offen bleibt dabei jedoch die Entwicklung des eigentlichen Nutzerpreises. Nachdem die letzte Bundesregierung noch einen ersten Anstieg des Preises von 49 Euro pro Monat auf 58 Euro pro Monat beschlossen hatte, kam es im Jahr 2025 trotz anderslautender Bekundungen im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung zu einer erneuten Preiserhöhung auf 63 Euro pro Monat ab dem Jahr 2026. Zukünftig soll der Preis indexiert werden. Wie jedoch dieser Index aussieht, ob er den Herausforderungen der Finanzierung des Deutschlandtickets angemessen Rechnung tragen wird und wie letztendlich die Kunden auf diese Preise reagieren, bleibt abzuwarten. Nach Einschätzung der ASEAG wird dem ÖPNV bei der Gestaltung der Verkehrswende zwar weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben, doch die Tendenz, dass technische, personelle und finanzielle Ressourcen nicht in dem Umfang vorhanden sind, wie sie für einen zügigen Ausbau von Angebot und Infrastruktur benötigt würden, wird immer offensichtlicher. Insbesondere die Situation, dass ein weiterhin schwaches Wirtschaftswachstum in Deutschland auf tendenziell angespannte Haushaltslagen der Aufgabenträger trifft, lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass sich an dieser Tendenz kurzfristig etwas ändert. Sollte sich also durch die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft für die ASEAG Entspannung am Arbeitsmarkt einstellen, so bleibt schlussendlich die Frage der Finanzierbarkeit von Technologiewandel und Verkehrswende. Aus Sicht der ASEAG ist damit ein nachhaltiger Einstieg in die Verkehrswende

insgesamt weiterhin fraglich, auch wenn die Absenkung des Tarifes mit dem Deutschlandticket tendenziell eine fördernde Komponente für die Verkehrswende ist, so wird das fehlende Angebot – gerade in den suburbanen Räumen – bremsend auf die Verkehrswende wirken. Dies gilt nach Einschätzung der ASEAG auch vor dem Hintergrund, dass die Aufgabenträger in Stadt und StädteRegion Aachen in ihren im Geschäftsjahr 2025 verabschiedeten Nahverkehrsplänen weiterhin von einem Ausbau des Fahrplanangebots ausgehen. Aus Sicht der ASEAG bleibt es wichtig, dass der begonnene Weg zum Ausbau der Infrastruktur für den ÖPNV fortgesetzt wird. Sollte bei der Finanzierung des ÖPNV eine Priorisierung zwischen Infrastrukturausbau und Angebotserweiterungen notwendig werden, so ist aus Sicht der ASEAG der Infrastrukturausbau klar zu bevorzugen, da von diesem auch bereits vorhandene Fahrplanangebote nachhaltig profitieren. Der in Aachen anstehende Fernwärmeausbau ist dabei sicherlich Risiko und Chance in einem. Baustellen werden den ÖPNV ausbremsen und dessen Attraktivität mindern, bilden aber gleichzeitig die Chance mit geringem zusätzlichem finanziellem Aufwand eine attraktive ÖPNV-Infrastruktur für die Zukunft zu schaffen.

Mit einem Leistungsvolumen von etwa 20 Mio. Nutz-km pro Jahr bleibt die ASEAG das größte Verkehrsunternehmen im AVV. Dieses Leistungsvolumen darf über den Vergabezeitraum bis 2027 als gesichert angenommen werden und aus den Gesprächen mit der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen kommt die ASEAG zu dem Ergebnis, dass der politische Wille besteht, diese Vergabe fortzusetzen. Im Jahr 2026 rechnet die ASEAG daher mit einer entsprechenden Vorabbekanntmachung.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation insbesondere für den Fahrdienst weiterhin angespannt. Die Trends zu Arbeitszeitreduzierung oder zur Eigenkündigung haben sich gegenüber den Vorjahren nochmals verstärkt. Mitarbeiter stellen für sich fest, dass die Arbeitsbedingungen im Schichtbetrieb nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Vorstellungen passen. Für die kommenden Jahre geht die ASEAG davon aus, dass dieser Trend vorerst bestehen bleiben wird. Aus diesem Grund hält die ASEAG ihre Bemühungen am Arbeitsmarkt für Busfahrer auf hohem Niveau aufrecht, um bereits heute vorhandene Stellen wiederzubesetzen und gleichzeitig den stetig steigenden Bedarf (bestellte Mehrleistungen aber auch Produktivitätseinbußen aufgrund von Krankheit oder Arbeitszeitreduzierungen) abzudecken. Dennoch ist es auch im Geschäftsjahr 2025 nicht gelungen, die Kapazitätsreduzierungen durch Abgänge oder Arbeitszeitreduzierungen durch Neueinstellungen vollumfänglich zu kompensieren. Da jedoch mit Beendigung der Brückensperrung der A544 Personale frei wurden, die zuvor zur Stabilisierung des Betriebsablaufes eingesetzt wurden, konnte zum Jahresende 2025 eine Betriebsstabilität erreicht werden, die den Qualitätsvorgaben des öffentlichen Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Aachen entsprechen. Dennoch ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund zu erwartende Verrentungen von Fahrpersonal, die Erhaltung dieses Zustandes auch für das Geschäftsjahr 2026 weiterhin eine wesentliche Herausforderung darstellen wird.

Nachdem das Geschäftsjahr 2025 insbesondere aufgrund einer erfreulichen Ertragsentwicklung und unerwarteter Vertriebsprovisionen zum Deutschlandtickets besser als das Planniveau ist, wird für das Geschäftsjahr 2026 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 46,4 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan erwartet. Das Niveau aus der letzten Mittelfristplanung für das Geschäftsjahr 2026 wird dabei um etwa 2 Mio. Euro überschritten. Einer der wesentlichsten Gründe für diesen erneuten Anstieg liegt darin, dass es nicht gelingt, die im Rahmen der Brückensperrung der A544 zusätzlich zur Stabilisierung des Fahrplans eingesetzten Mitarbeiter nun nach Beendigung der Brückenarbeiten in die Umsetzung der bereits seitens der Stadt Aachen beschlossenen Verkehrswendemaßnahmen zu überführen. Vielmehr binden andere Baustellen und Produktivitätsprobleme die Kapazitäten im bestehenden Fahrplanangebot. Infolgedessen entfallen geplante Erträge, ohne dass im gleichem Umfang Aufwände reduziert werden können. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Verkehrswende wird auf das Geschäftsjahr 2028 verschoben, da trotz Stabilisierung im Betrieb weiterhin von einer angespannten Personalsituation auszugehen ist.

STAWAG:

Für die STAWAG ist insgesamt nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich der noch schwer absehbaren weiteren energie- und wirtschaftspolitischen Entwicklung davon auszugehen, dass sie im Geschäftsjahr 2026 ein Ergebnisniveau (EBT) von etwa 63,6 Mio. Euro erzielen wird.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2025	Plan 2026	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	647 650	553 058	-94 592	-14,6
EBITDA (TEuro)	27 212	28 640	+1 428	+5,2
EBIT (TEuro)	10 732	9 853	-879	-8,2
EBT (TEuro)	72 242	63 589	-8 653	-12,0

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2026 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes weiter fortgesetzt. Ein Schwerpunkt wird zudem auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen.

Nachhaltiges und ressourcenschonendes Handeln ist seit langem Bestandteil der Unternehmensverfassung und somit Zielsetzung für alle Mitarbeitenden im Konzern. Organisatorisch verankert ist das Thema im kaufmännischen Bereich der STAWAG innerhalb der Abteilung Unternehmensentwicklung und Nachhaltigkeit, die konzernübergreifende Projekte begleitet und die Erstellung der Nachhaltigkeitsberichterstattung verantwortet.

Die STAWAG hat sich die folgenden Ziele im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit gesetzt:

Wir treiben den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien regional und bundesweit weiter voran. Bereits heute erzeugen wir mehr Strom in eigenen Anlagen als alle Aachener Haushalte verbrauchen. Bis 2030 wollen wir die Erzeugung aus erneuerbaren Energien auf eine Terrawattstunden jährlich (entspricht der derzeitigen Stromabgabe im gesamten Netzgebiet der Stadt Aachen) und bis 2040 auf zwei Terrawattstunden jährlich (entspricht der Stromabgabe in Stadt und Städte-Region Aachen) erhöhen.

Wir schaffen Alternativen zu konventionellen beispielsweise erdgasbasierten Heizungsanlagen durch konsequenten Ausbau des Fernwärmenetzes und innovative Produkte auf Basis von Wärmepumpen. Wir streben einen jährlichen Ausbau von rund 4 Kilometern Wärmetrasse und den entsprechenden Hausanschlüssen an.

Wir bereiten die Umstellung unseres Erzeugungsportfolios vor: weg von der Auskopplung aus dem Braunkohlekraftwerk Weisweiler hin zu der Nutzung von Abwärme aus der Müllverbrennung, Kraftwärmekopplung, Geothermie und erneuerbarem Wasserstoff.

Wir fördern Elektromobilität durch den Ausbau von Ladeinfrastruktur und Angebote für das Laden zu Hause. Wir setzen uns das Ziel, dauerhaft mindestens 25 Prozent des Bedarfs an öffentlicher Ladeinfrastruktur in der Städte-Region zu decken.

Wir versorgen die Region zuverlässig mit Trinkwasser. Wir legen den Fokus auf sorgsamem Umgang und betreiben Vorsorge für langfristige Versorgungssicherheit auch im Falle außergewöhnlicher klimatischer Ereignisse. Bereits in den Einzugsgebieten engagieren wir uns für eine reduzierte Belastung des Rohwassers und streben an, die sehr niedrigen Nitratwerte im Rohwasser dauerhaft zu halten (≤ 10 mg/Liter).

Wir achten kontinuierlich auf den Ressourcenbedarf in unserem eigenen Geschäftsbetrieb und die Auswirkungen unserer Tätigkeiten. Wir wollen unseren PKW-Fuhrpark bis 2030 auf Hybrid- oder Elektrofahrzeuge umstellen und bis 2035 alle Fahrzeuge im Fuhrpark auf vollelektrischen Antrieb umstellen.

regio iT:

Für die regio iT zeigt sich in Zeiten anhaltender Konjunkturschwäche, hoher Kosten und geopolitischer Spannungen die Digitalwirtschaft widerstandsfähig. Der ITK-Markt wächst 2026 voraussichtlich um 4,4 Prozent auf 245,1 Milliarden Euro. Das aktuelle Wachstum ließe sich sogar verdoppeln, wenn es gelänge Überregulierung und Bürokratie abzubauen. Ziel sollte sein, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, praxistaugliche rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und eine leistungsfähige digitale Verwaltung bereitzustellen, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen spürbar entlastet.

Eine erfolgreiche Digitalisierung setzt voraus, dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden – sowohl im Bereich der Netzinfrastruktur und Rechenzentren als auch hinsichtlich digitaler Plattformen, Künstlicher Intelligenz und einer modernen Datenwirtschaft.

Durch Investitionen in ein neues Rechenzentrum sowie das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden gut vorbereitet.

Die Zahl der Erwerbstätigen im ITK-Sektor soll im Jahr 2026 um rund 11.000 auf 1,36 Millionen steigen. Die Digitalbranche baut damit ihre Rolle als größter industrieller Arbeitgeber weiter aus.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, sind nachstehend dargestellt:

regio iT Mio. Euro	Ist 2024	Ist 2025	Plan 2026
Umsatzerlöse aus laufender Produktnutzung	116,5	125,9	133,1
Umsatzerlöse aus Beratung	11,5	12,1	12,4
Umsatzerlöse aus Handels-/Leasinggeschäft	26,2	22,6	20,1
Erlöse Weiterberechnung Wartung und externe Fremdleistung	10,8	15,6	11,7
Umsatzerlöse gesamt	165,0	176,1	177,4
Rohhertrag	91,4	100,1	105,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,8	8,9	7,7
Jahresüberschuss	4,1	6,0	5,3
Gesamtleistungsrendite	3,5 %	5,0 %	4,3 %
Quote Beratungsumsatz	7,0 %	6,9 %	7,0 %
Thesauierung %	20 %	20 %	20 %
Thesauierung Mio. Euro	0,8	1,2	1,1
Jahresüberschuss nach Thesauierung	3,3	4,8	4,2
Anteil E.V.A. %	37,6 %	37,6 %	37,6 %

Phasenverschobene Gewinnausschüttung an die E.V.A.	Ist 2025	Ausblick 2026
Gewinnbeteiligung E.V.A.	1,2	1,8

gewoge:

Für das Beteiligungsergebnis gewoge wurden in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende auf Planniveau im Sommer 2026 erfolgt.

IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren.

Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG sowie deren Tochterunternehmen.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie, FACTUR und WAG gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2025 ein gegenüber dem Vorjahr leicht pessimistischeres Gesamtbild. Das Marktumfeld an den Beschaffungsmärkten hat sich nach der Energiekrise im Jahr 2022 zwar im Wesentlichen wieder normalisiert, sodass die Beschaffung wieder uneinge-

schränkt auf Basis der etablierten Methoden und Prozesse erfolgen kann. Gleichwohl führen die anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten weiterhin zu einem grundsätzlich erhöhten Risikoumfeld. Auch die Planungsparameter für die Kraftwerksscheibe TKL bleiben schwierig. Unsicherheiten bei Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland und Europa und deren Einfluss auf die Stromgroßhandelspreise überwiegen. Erfolge aus der Spotvermarktung und Erfolge aus sog. Dunkelflauten fielen im Jahr 2025 geringer aus als im Vorjahr. Die bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum Jahr 2033 angenommenen defizitären Kraftwerksbetrieb wird nach einer teilweisen Inanspruchnahme für 2025 für die künftigen Jahre auf Vorjahresniveau von 77,8 Mio. Euro gehalten. Etwaige marktentwicklungsbedingte Rückstellungszuführungen sind auch in den nächsten Jahren nicht gänzlich auszuschließen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Leitzins bis Mitte 2025 mehrfach um 0,25 Prozent. Seitdem verharrt der Einlagenzins bei 2 Prozent. Die Zinsstrukturkurve hat wieder einen normalen ansteigenden Verlauf. Zinsbedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, die sich aus vielen Jahren Zinssenkung bilanziell ergaben, spielen für die Gesellschaften der STAWAG-Gruppe keine Rolle mehr. Die Energietransformation steht in Deutschland, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, im Mittelpunkt politischer Diskussionen. Mehr nationale Unabhängigkeit, die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen erfordern einen weitreichenden Umbau von Energieinfrastrukturen. Auch die Investitionspläne der STAWAG-Gruppengesellschaften liegen auf einem hohen Niveau und erfordern adäquate Finanzierungsquellen. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und der

Regionetz. Marktbedingt rechnet die STAWAG künftig mit rückläufigen Absatzmengen bei leicht verbesserten Endkundenpreisen. Chancenreich sieht die STAWAG die Projektentwicklungen in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen der STAWAG und der EWW bestehenden Netzkooperation in der Regionetz wird es künftig darauf ankommen, dass getätigte Investitionen stabile Ergebnisbeiträge generieren. Die STAWAG sieht dann gute Chancen, auch in den nächsten Jahren ein solides Ergebnisniveau erwirtschaften zu können. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2025 wird weiterhin das Risiko einer Pandemie mitgeführt. Das Risiko wurde während der Corona-Pandemie aufgenommen. Wenngleich die Corona-Pandemie überwunden und die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren als gering eingestuft wird, zeigten die Jahre der Corona-Pandemie exemplarisch, wie stark und auch noch nachwirkend die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Pandemie sein können, auch wenn sie im Falle der Corona-Pandemie im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen wurden. Mit der Einführung des Deutschlandtickets wurden im Geschäftsjahr 2023 die Zuschüsse, die die Folgen der Pandemie auffangen sollten, durch Zuschüsse ersetzt, die die wirtschaftlichen Auswirkungen des neuen Ticketangebots kompensieren. Die bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets konnten mit der gegen Ende des Jahres 2025 realisierten Anpassung des Regionalisierungsgesetzes zwar deutlich gemindert, aber

nicht endgültig beseitigt werden. Die Deckelung der Ausgleichsbeträge und die Befristung der Regelung stellen für die ASEAG ein Restrisiko dar, abgesehen davon, dass auch eine wirklich langfristige Finanzierungslösung des Deutschlandtickets vorerst weiter offenbleibt. Sollte die Finanzierung des Deutschlandtickets durch Bund und Land nicht nachhaltig gesichert werden können, wird der Weg zurück zu einer höheren Nutzerfinanzierung nach Einschätzung der ASEAG extrem schwierig. Statt politisch gewünschter Leistungsausweitungen (Stichwort: Verkehrswende) könnten dann Leistungsminierungen wegen fehlender Finanzierbarkeit die Folge sein.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Auch wenn das Zinsniveau im Geschäftsjahr 2025 weiter rückläufig war, liegt das Zinsniveau weiterhin deutlich über den für die Bilanzierung angesetzten langfristigen Durchschnittszinsen. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Neben den Zinseffekten bei Pensionsrückstellungen ist zu beachten, dass fällige Rentenzahlungen die Liquidität der ASEAG in Zukunft stärker belasten werden, da ihr hierfür nicht im gleichen Umfang Liquidität über den Ergebnisabführungsvertrag mit der E.V.A. zufließt. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Zusätzlich haben die Aufgabenträger

bereits mit den Vorbereitungen für eine mögliche Anschlussbetrachtung begonnen. Im Rahmen dessen werden die damaligen Aussagen zur Inhouse-Fähigkeit der ASEAG nochmals geprüft. Auch wenn es im Geschäftsjahr 2023 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes an der APAG gekommen ist und das Jahresergebnis 2025 sowie die Wirtschaftsplanung 2026–2030 darauf hindeuten, dass sich das Risiko einer erneuten Korrektur des Beteiligungswertes vorerst verringert hat, so gilt es, dieses Risiko weiterhin intensiv zu beobachten. Geplante Sanierungen von Parkhäusern und die Umsatzabhängigkeit von der grundsätzlichen Entwicklung der Aachener Innenstadt bringen weiterhin Risiken mit sich, die für die weitere Entwicklung der APAG relevant sind. Um diesen Risiken Rechnung zu tragen wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2026 ff. Steigerungen der Parktarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals der APAG berücksichtigt.

Bei den Subunternehmern besteht tendenziell das Risiko, dass durch überdurchschnittliche Vergütungsabschlüsse ein Produktionsvorteil der Partnerunternehmen schwindet. Der Tarifabschluss für das Jahr 2025 war zwar wieder deutlich moderater. Allerdings sind die Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst erneut relativ hoch, sodass die Chance besteht, dass sich die Schere zwischen den Vergütungstarifen vorerst nicht weiter schließt. Im Hinblick auf die tarifpolitischen Entwicklungen bei der Tochtergesellschaft ESBUS ist weiterhin nichts Neues aus den Gesprächen mit der Nahverkehrsgesellschaft zu berichten. Auch die fortbestehenden Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung lassen das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen weiterhin als hoch erscheinen. In der Wirtschaftsplanung wurde dieser Sachverhalt durch einen überdurchschnittlichen Kostenanstieg beim Einkauf der Subunternehmerleistungen berücksichtigt.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich für die ASEAG aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Auch wenn durch die Förderprogramme des Landes NRW und Zuflüsse durch die Gesellschafter/Aufgabenträger die nächsten 90 Elektrobusse als finanziert angesehen werden können, hat die ASEAG im Jahr 2025 ergänzend mit der Drittfinanzierung der Busflotte durch Geschäftsbanken begonnen. Auch wenn die neue Bundesregierung den Entfall der Förderprogramme für emissionsfreie Busse aus dem Jahr 2024 grundsätzlich rückgängig gemacht hat, stellt die Finanzierung weiterer Busse langfristig ein erhebliches Risiko dar. Der erste Förderaufruf des Bundes im Jahr 2025 zielte aufgrund seiner Zuschlagskriterien primär auf Verkehrsunternehmen, die bisher geringere Anteile an Elektrobussen haben als die ASEAG, weshalb die ASEAG mit ihrem Antrag auf weitere Fahrzeuge in der Förderung nicht zum Zuge kam. Technologisch und wirtschaftlich kommt hinzu, dass bei Elektrobussen die technische Nutzungsdauer von Batterie und Fahrzeug-

chassis erheblich voneinander abweichen. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, inwieweit die Geschäftsbanken bereit sind, die weiteren Entwicklungen zu begleiten.

Die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln bleibt auch künftig ein wesentliches Risiko der ASEAG. Zuschüsse unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine nachhaltige gesetzliche Verankerung für Ausgleichszahlungen fehlt und die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen im Bund und Land erheblich zugenommen hat. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer und schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Ergebnisentwicklung der STAWAG und insbesondere von den Verlusten der ASEAG bestimmt. Gemäß der aktuellen Wirtschafts- und Mittelfristplanung 2026 bis 2030 geht die E.V.A. vorübergehend davon aus, dass in den Jahren 2026–2028 die Gewinnabführungen der STAWAG und regio IT nicht mehr ausreichen werden, um die ansteigenden Verlustübernahmen bei der ASEAG zu decken, womit ein Rückgang des bilanziellen Eigenkapitals verbunden sein wird. Zur Stabilisierung der Liquiditätslage wurden bereits im Jahr 2025 die bestehenden Gesellschafter- und Stiftungsdarlehen der Stadt Aachen mit neuen Laufzeiten zwischen zwei und zehn Jahren verlängert. Der Schutz vor einer möglichen Liquiditätsunterdeckung ist damit zumindest bis zur endgültigen Fälligkeit der Darlehen sichergestellt. Im Bereich der kurzfristigen Finanzierung kann die E.V.A., auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist, weiterhin Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass die E.V.A. insbesondere Dank der in den letzten Jahren außerordentlich hohen Ergebnisbeiträgen der STAWAG in eine ausbalancierte Ergebnis- und Finanzsituation zurückgeführt werden konnte. Um unter den gegebenen politischen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen den langfristigen Fortbestand der E.V.A. bei Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben und unter Einbezug des steuerlichen Querverbands weiterhin sicherstellen zu können, sind jedoch nachhaltige Ergebnisanstrengungen im energiewirtschaftlichen Umfeld und ein begrenzter ÖPNV-Verlust, erforderlich. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2025 voll gerecht wurde

Aachen, den 10. Juni 2026

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Michael Carmincke



Wilfried Ullrich

Konzern

Konzernabschluss >>

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

Aktiva

Anhang

31.12.2025
Euro

31.12.2024
TEuro

A. Anlagevermögen

– 1

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
2. Geschäfts- oder Firmenwert
3. Geleistete Anzahlungen

25.686.752,07	23.913
2.571.396,00	2.948
1.706.376,45	1.106
<u>29.964.524,52</u>	<u>27.967</u>

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
2. Fahrzeuge für Personenverkehr
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

80.915.989,84	79.275
26.172.464,00	20.637
1.225.172.528,74	1.191.268
48.550.941,85	47.414
124.664.786,66	74.051
<u>1.505.476.711,09</u>	<u>1.412.645</u>

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen
3. Beteiligungen
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
5. Sonstige Ausleihungen

3.945.943,45	9.002
72.851.169,76	70.532
73.953.673,81	83.971
10.423.546,01	17.687
673.255,00	691
<u>161.847.588,03</u>	<u>181.883</u>
1.697.288.823,64	1.622.495

B. Umlaufvermögen

– 2

I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. Unfertige Leistungen
3. Waren

11.484.050,60	12.033
27.922.714,21	25.036
34.880.620,75	32.030
<u>74.287.385,56</u>	<u>69.099</u>

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
4. Forderungen gegen Gesellschafter
5. Sonstige Vermögensgegenstände

212.111.232,20	176.289
3.420.823,66	5.646
30.582.888,79	31.365
7.974.676,06	5.380
45.957.925,10	31.595
<u>300.047.545,81</u>	<u>250.275</u>

III. Wertpapiere

– 3

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. Sonstige Wertpapiere

20.016.924,54	8.480
25.234.605,50	12.856
45.251.530,04	21.336

IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

112.241.803,42	158.791
531.828.264,83	499.501

C. Rechnungsabgrenzungsposten

12.337.796,36	13.563
----------------------	---------------

2.241.454.884,83	2.135.559
-------------------------	------------------

Passiva

	Anhang	31.12.2025 Euro	31.12.2024 TEuro
A. Eigenkapital	– 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		116.640.278,98	106.321
IV. Nicht beherrschende Anteile		256.434.311,93	257.711
V. Konzernbilanzverlust		-30.357.118,34	-35.874
		400.520.352,57	385.961
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile		25.000,00	25
C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	– 5	66.536.634,50	70.682
D. Zuschüsse	– 6		
1. Baukostenzuschüsse		53.401.681,23	52.889
2. Sonstige Zuschüsse		7.983.753,06	4.212
		61.385.434,29	57.101
E. Rückstellungen	– 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		544.051.147,00	552.557
2. Steuerrückstellungen		1.153.183,23	2.538
3. Sonstige Rückstellungen		160.142.831,61	176.229
		705.347.161,84	731.324
F. Verbindlichkeiten	– 8		
1. Genussscheinkapital		139.110,00	139
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		752.856,30	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		670.004.598,11	573.272
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		99.928.012,07	72.244
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		6.331.192,96	6.227
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		17.205.255,01	25.155
7. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		39.213.162,49	39.498
8. Sonstige Verbindlichkeiten		102.201.388,14	101.346
		935.775.575,08	817.881
G. Rechnungsabgrenzungsposten	– 9	11.865.961,08	8.393
H. Passive latente Steuern	– 10	59.998.765,47	64.192
		2.241.454.884,83	2.135.559

Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	Anhang	2025 Euro	2024 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		1.194.998.548,42	1.253.967
b) Strom- und Energiesteuer		<u>-16.675.449,31</u>	<u>-18.873</u>
		1.178.323.099,11	1.235.094
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen		5.671.598,13	8.126
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		25.858.868,53	18.573
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	46.636.444,75	69.213
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-416.919.457,96	-529.582
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		<u>-391.373.576,60</u>	<u>-343.445</u>
		-808.293.034,56	-873.027
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-147.135.793,19	-139.715
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-44.881.064,31</u>	<u>-39.946</u>
		-192.016.857,50	-179.661
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-98.787.005,10	-93.565
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-108.749.796,47	-135.730
Betriebsergebnis		48.643.316,89	49.023
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	9.922.035,04	8.656
10. Erträge aus Beteiligungen		9.451.622,91	10.685
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 17	9.564,03	95
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 18	1.815.280,87	2.291
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		6.267.971,12	4.156
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	_ 19	-1.205.277,85	-1.228
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-3.431,92	-16
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 20	-19.323.774,38	-19.921
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 21	-4.651.437,28	-6.035
18. Ergebnis nach Steuern		50.925.869,43	47.706
19. Sonstige Steuern	_ 22	-1.567.201,11	-2.304
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-31.035.165,91	-31.630
21. Konzernjahresüberschuss		18.323.502,41	13.772
22. Verlustvortrag		-35.873.720,10	-39.897
23. Gewinnausschüttung		-2.000.000,00	0
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-4.334.691,37	-2.171
25. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		4.126.519,54	4.127
26. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		<u>-10.598.728,82</u>	<u>-11.703</u>
27. Konzernbilanzverlust		-30.357.118,34	-35.874

Konzernanhang

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen (E.V.A.), die im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956 eingetragen ist, neunundzwanzig Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 einbezogen.

Erstmalig als vollkonsolidierte Unternehmen wurde der:

- Windpark Nieder-Schleiden GmbH & Co. KG (WP Nieder-Schleiden)

einbezogen.

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB im Zusammenhang mit einer möglichen Nichtkonsolidierung wurde in Bezug auf die regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) nicht ausgeübt.

Aufgrund von § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB werden folgende Tochterunternehmen nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt)
- Windpark Pattern GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Pattern)
- Windpark Damscheid GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Damscheid)
- Solarpark Herzogenrath GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Herzogenrath)

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung

für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH, Aachen, (Akreka)
- ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ARG)
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS)
- enwor Netz GmbH, Aachen (enwor Netz)
- STAWAG Energie Komplementär GmbH, Aachen, (STAWAG Energie Komplementär)
- STAWAG Energie Komplementär II GmbH, Aachen, (STAWAG Energie Komplementär II)
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH, Aachen, (SA Giebelstadt Verwaltung)
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath, (Simmerath Verwaltung)
- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau, (Monschau Verwaltung)
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG, Aachen, (Infrastruktur Turnow)
- Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH, Aachen, (Hochdruckring Kreis Heinsberg)

Die Beteiligungen an den Stadtwerken Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck), der STAWAG Solar GmbH, Aachen, (STAWAG Solar), der regio iT GmbH, Aachen, (regio iT) und der Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lübeck (Trave EE) werden Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde bei der SW Lübeck mit einer Laufzeit von fünf Jahren und wird bei der Trave EE mit einer Laufzeit von 10 Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden deshalb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 – 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 – 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 – 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 – 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagengütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifikunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt. Auszahlungen, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen, werden als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 2,06 Prozent p. a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p. a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 2 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 bis 2 Prozent p. a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt –13.077 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem Verpflichtungswert zum 31. Dezember 2025 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,992 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der Regio-Temp GmbH (vormals regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergeben.

Im Rahmen einer Übertragung der enwor auf die STAWAG mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2024 erfolgte im Konzernabschluss beider E.V.A. eine Aufdeckung der stillen Reserven in Höhe von insgesamt 110,6 Mio. Euro für die zum 1. Januar 2024 von der enwor übernommenen Stromnetze, das Gasnetz und die Wassernetze inkl. Anlagen und Zähler. Auf Basis der zugrunde gelegten kalkulatorischen Restwerte ergab sich im regulatorischen Bereich eine stille Reserve von insgesamt 16,9 Mio. Euro. Im Wasserbereich sind für die Ermittlung der stillen Reserven in Höhe von 93,7 Mio. Euro die Wiederbeschaffungszeitwerte aus den Anschaffungs- und Herstellungswerten des jeweiligen Anschaffungsjahres anhand der Indexreihen und Umwertungsfaktoren zur Umrechnung von Anschaffungs- auf Tagesneuwerte der WIBERA Wirtschaftsberatung AG herangezogen worden. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 56,0 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 35,9 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergeben.

Konzern

Konzern-Anlagevermögen >>

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Stand 1.1.2025 Euro	Zugang aus Erstkonsoli- dierung Euro	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Abgang aus Erstkonsoli- dierung Euro	Umbuchungen Euro	Stand 31.12.2025 Euro
			Zugänge	Abgänge			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.080.194,72
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	76.026.177,01	0,00	7.242.430,69	435.550,00	0,00	1.112.877,28	83.945.934,98
3. Geschäfts- oder Firmenwert	3.759.148,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.759.148,45
4. Geleistete Anzahlungen	1.105.460,74	0,00	1.163.124,47	0,00	0,00	-562.208,76	1.706.376,45
	<u>91.970.980,92</u>	<u>0,00</u>	<u>8.405.555,16</u>	<u>435.550,00</u>	<u>0,00</u>	<u>550.668,52</u>	<u>100.491.654,60</u>
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	189.705.405,09	0,00	396.480,60	61.482,06	0,00	4.314.591,15	194.354.994,78
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	54.777.789,61	0,00	8.459.897,71	300.728,72	0,00	587.332,64	63.524.291,24
3. Technische Anlagen und Maschinen	2.428.986.342,48	0,00	81.313.786,25	9.899.300,11	0,00	32.834.053,21	2.533.234.881,83
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	106.236.205,48	0,00	5.553.649,53	6.899.641,02	0,00	4.043.160,57	108.933.374,56
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>74.051.552,00</u>	<u>3.188.925,00</u>	<u>89.754.115,75</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-42.329.806,09</u>	<u>124.664.786,66</u>
	<u>2.853.757.294,66</u>	<u>3.188.925,00</u>	<u>185.477.929,84¹⁾</u>	<u>17.161.151,91</u>	<u>0,00</u>	<u>-550.668,52</u>	<u>3.024.712.329,07</u>
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.344.232,77	0,00	25.000,00	0,00	5.076.500,00	-4.950,00	4.287.782,77
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	84.700.832,46	0,00	2.574.354,52	140.824,98	0,00	0,00	87.134.362,00
3. Beteiligungen	105.110.112,36	0,00	114.396,00	299.000,00	0,00	-9.894.368,41 ²⁾	95.031.139,95
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.687.388,09	0,00	0,00	7.263.842,08	0,00	0,00	10.423.546,01
5. Sonstige Ausleihungen	5.882.900,65	0,00	71.453,38	81.648,67	0,00	-5.950,00 ²⁾	5.866.755,36
	<u>222.725.466,33</u>	<u>0,00</u>	<u>2.785.203,90</u>	<u>7.785.315,73</u>	<u>5.076.500,00</u>	<u>-9.905.268,41</u>	<u>202.743.586,09</u>
	<u>3.168.453.741,91</u>	<u>3.188.925,00</u>	<u>196.668.688,90</u>	<u>25.382.017,64</u>	<u>5.076.500,00</u>	<u>-9.905.268,41²⁾</u>	<u>3.327.947.569,76</u>

1) nach Abzug von 13.831.484,37 Euro Investitionszuschüssen

2) Umgliederung in das Umlaufvermögen

Abschreibungen					Buchwerte		
Stand 1.1.2025	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibung	Stand 1.1.2025	Stand 31.12.2025	
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	0,00	11.080.194,72	0,00	0,00
52.112.704,39	6.556.979,74	410.501,22	0,00	0,00	58.259.182,91	23.913.472,62	25.686.752,07
811.429,45	376.323,00	0,00	0,00	0,00	1.187.752,45	2.947.719,00	2.571.396,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.105.460,74	1.706.376,45
64.004.328,56	6.933.302,74	410.501,22	0,00	0,00	70.527.130,08	27.966.652,36	29.964.524,52
110.429.992,64	3.031.430,58	22.418,28	0,00	0,00	113.439.004,94	79.275.412,45	80.915.989,84
34.140.825,61	3.511.730,35	300.728,72	0,00	0,00	37.351.827,24	20.636.964,00	26.172.464,00
1.237.718.232,10	77.400.039,33	7.055.918,34	0,00	0,00	1.308.062.353,09	1.191.268.110,38	1.225.172.528,74
58.822.506,79	7.910.502,10	6.350.576,18	0,00	0,00	60.382.432,71	47.413.698,69	48.550.941,85
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	74.051.552,00	124.664.786,66
1.441.111.557,14	91.853.702,36	13.729.641,52	0,00	0,00	1.519.235.617,98	1.412.645.737,52	1.505.476.711,09
341.839,32	0,00	0,00	0,00	0,00	341.839,32	9.002.393,45	3.945.943,45
14.169.151,92	114.040,32	0,00	0,00	0,00	14.283.192,24	70.531.680,54	72.851.169,76
21.139.204,86	1.074.037,28	0,00	1.000.000,00	135.776,00	21.077.466,14	83.970.907,50	73.953.673,81
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.687.388,09	10.423.546,01
5.192.368,02	1.132,34	0,00	0,00	0,00	5.193.500,36	690.532,63	673.255,00
40.842.564,12	1.189.209,94	0,00	1.000.000,00	135.776,00	40.895.998,06	181.882.902,21	161.847.588,03
1.545.958.449,82	99.976.215,04	14.140.142,74	1.000.000,00 ²⁾	135.776,00	1.630.658.746,12	1.622.495.292,09	1.697.288.823,64

Erläuterungen zur Konzernbilanz

_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2025 TEuro	31.12.2024 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenen Verbrauch	359.306	222.832
Erhaltene Abschlagszahlungen	-263.674	-143.174
	95.632	79.658
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	116.479	96.631
Summe	212.111	176.289

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 2.773 TEuro aus Lieferungen und Leistungen.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungunternehmen handelt es sich um 20.033 TEuro (Vorjahr: 22.455 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 6.944 TEuro (Vorjahr: 6.689 TEuro) Zinsforderungen, Gewinnansprüche in Höhe von 3.097 TEuro (Vorjahr: 1.807 TEuro) und Darlehensforderungen von 509 TEuro (Vorjahr: 414 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich mit 7.590 TEuro (Vorjahr: 5.194 TEuro) gegen die Stadt Aachen und mit 385 TEuro (Vorjahr: 185 TEuro) gegen die Städteregion Aachen und gliedern sich wie folgt:

	31.12.2025 TEuro	31.12.2024 TEuro
Lieferungen und Leistungen	7.796	5.201
Ertragsteuern	179	178
Summe	7.975	5.379

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (10.062 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind und Steuererstattungsansprüchen (22.859 TEuro).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 7.803 TEuro (Vorjahr: 6.741 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

_3 Wertpapiere

Die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten die Beteiligung an der WP Damscheid, WP Erftstadt, WP Pattern und dem SP Herzogenrath, welche veräußert werden sollen.

Die Position Sonstige Wertpapiere beinhaltet ein Wertpapier bestehend aus 129.700 Anteilen aus dem Hause Hauck Aufhäuser Lampe (HAL) sowie ein Wertpapier aus dem Hause Union Investment Institutional GmbH bestehend aus 120.612 Anteilen. Beide Anlagen können kurzfristig veräußert werden.

_4 Eigenkapital

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (501 TEuro) und passive (46.295 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018 für einen Betrag von 90.684 TEuro und beginnend mit dem 1. Januar 2024 für einen Betrag von 55.986 TEuro, über 20 Jahre aufgelöst.

_6 Zuschüsse

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betrugen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 5.483 TEuro (Vorjahr: 7.261 TEuro).

_7 Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	TEuro
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	81.532
Ausstehende Rechnungen	36.122
Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	21.247
Rückbauverpflichtungen	4.647
Pachten und Fahrzeuganmietungen	2.185
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	2.072
Aufbewahrung und Archivierung	599
Unterlassene Instandhaltung	438

8 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 3.134 TEuro (Vorjahr: 2.756 TEuro) aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 17.181 TEuro (Vorjahr: 25.136 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 24 TEuro (Vorjahr: 19 TEuro) anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 36.667 TEuro (Vorjahr: 36.913 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.546 TEuro (Vorjahr: 2.585 TEuro) die StädteRegion Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 38.946 TEuro (Vorjahr: 38.946 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 23.547 TEuro (Vorjahr: 23.701 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus der Abgabe von Emissionszertifikaten, Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2025 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2024 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	139	0	139	139	139	0	139	139
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	670.005 ¹⁾	99.215	570.790	370.297	573.272 ²⁾	117.313	455.959	263.694
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	753	753	0	0	0	0	0	0
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99.928	99.896	32	0	72.244	72.166	78	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.331	6.331	0	0	6.227	6.227	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.205	17.205	0	0	25.155	25.155	0	0
7. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	39.213	24.266	14.946	14.946	39.498	23.502	15.996	2.546
8. Sonstige Verbindlichkeiten	102.201	73.772	28.429	8.231	101.346	98.465	2.881	381
davon aus Steuern	11.328	11.328	0	0	7.294	7.294	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	108	108	0	0	0	0	0	0
	935.775	321.438	614.336	393.613	817.881	342.828	475.053	266.760

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 150.786 TEuro

2) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 160.425 TEuro

_9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2025 für das Jahr 2026 vereinnahmten Umsätzen.

_10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 1.502 TEuro entstammen aus unterschiedlichen steuerlichen und handelsrechtlichen Vermögensbewertungen bei Tochtergesellschaften.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
Aktiva						
Sachanlagen	953.795	953.001	-794	32,82 %	1.022	- 1.283
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	169.788	168.240	-1.548	32,82 %	798	-1.306
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	131.120	172.261	41.141	16,99%	7.034	-44
Forderungen	180.432	183.031	2.599	32,82 %	853	0
Vorräte	3.334	3.834	500	32,82 %	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	20.017	27.248	7.231	16,99%	1.236	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.862	1.928	66	32,82 %	22	0
Summe Aktiva	<u>1.460.348</u>	<u>1.509.543</u>	<u>49.195</u>		<u>11.129</u>	<u>-2.640</u>
Passiva						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	688	-688	32,82 %	0	-226
Rückstellungen	715.001	374.155	340.846	32,82 %	111.873	-8
Verbindlichkeiten	423.580	423.580	0	32,82 %	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	34.434	34.346	88	32,82 %	29	0
Summe Passiva	<u>1.173.015</u>	<u>832.769</u>	<u>340.246</u>		<u>111.902</u>	<u>-234</u>
Aktivüberhang aus Differenz			389.441		120.157	

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2025 TEuro	2024 TEuro
Stromversorgung	448.135	513.411
Gasversorgung	252.846	264.467
Wasserversorgung	111.520	96.758
Energieerzeugung	95.156	140.756
Sonstige Dienstleistung, Parkraumbewirtschaftung und Grundbesitzwirtschaft	80.728	57.882
Verkehr	79.339	69.860
Fernwärmeversorgung	75.594	57.472
Stadtentwässerung	35.005	34.488
	1.178.323	1.235.094

_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen

	2025 TEuro	2024 TEuro
Erträge aus sonstigen Zuschüssen	14.903	19.653
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	9.502	24.107
Sonstige periodenfremde und neutrale Erträge	8.170	6.317
Erträge aus der Anlagenabgängen	3.490	8.938
Erträge aus der Auflösung des Unterschiedsbetrags aus der Kapitalkonsolidierung	3.524	4.145
Erträge aus Schadenersatz	2.635	3.818

_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 16.577 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 14.758 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2025	2024
Mitarbeiter in Vollzeit	1.698	1.462
Mitarbeiter in Teilzeit	317	280
Aushilfen	70	69
	2.085	1.811
Auszubildende	36	24
Gesamt	2.121	1.835

_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen:

	2025 TEuro	2024 TEuro
Informationstechnologie und Büromaterial	38.233	35.136
Konzessionsabgaben	32.949	37.563
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	10.491	11.537
Mieten	8.823	6.605
Versicherungen	6.132	5.666
Marketingaufwendungen	5.014	5.724
Periodenfremde Aufwendungen	2.962	2.122
Drohende Verluste aus schwelenden Absatzgeschäften	0	4.136

_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT, der STAWAG Solar und der Trave EE.

_17 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

_18 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge stammen im Wesentlichen aus Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

_19 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen resultieren aus der Wertberichtigung des Beteiligungsbuchwertes an der TGE in Höhe von 1.000 TEuro. Ferner wurden Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 114 TEuro (Vorjahr: 114 TEuro) vorgenommen. Darüber hinaus werden hier Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 16 TEuro (Vorjahr: 144 TEuro) ausgewiesen.

_20 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 80 TEuro (Vorjahr: 3.290 TEuro) enthalten.

_21 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A. TEuro	STAWAG/ WAG TEuro	Regionetz/ Aldorf Netz TEuro	Projektgesell- schaften TEuro	latente Steuern TEuro	Gesamt TEuro	Vorjahr TEuro
Laufendes Jahr							
Körperschaftsteuer / SolZ	475	1.988	3.637	0	-1.792	4.308	4.987
Gewerbesteuer	808	0	110	1.451	-2.178	191	868
	<u>1.283</u>	<u>1.988</u>	<u>3.747</u>	<u>1.451</u>	<u>-3.971</u>	4.499	5.855
für Vorjahre							
Körperschaftsteuer / SolZ	0	153	0	0	0	153	30
Gewerbesteuer	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	0	150
	<u>0</u>	<u>153</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	153	180
	1.283	2.141	3.747	1.451	-3.971	4.651	6.035

Die E.V.A. Gruppe unterliegt grundsätzlich den Regelungen der globalen Mindestbesteuerung, da die Umsatzgrenze von 750 Mio. Euro auf Konzernebene überschritten wird. Dies betrifft eine Primärergänzungssteuerpflicht (E.V.A. GmbH) sowie eine nationale Ergänzungssteuerpflicht in Deutschland (E.V.A. GmbH) und in den Niederlanden (STAWAG Energie B.V.). Auf Grundlage einer vorgenommenen Betroffenheitsanalyse wurde festgestellt, dass keine Auswirkungen, d.h. keine Ergänzungssteuerbeträge zu erwarten sind, da entsprechende Erleichterungsvorschriften (untergeordnete internationale Tätigkeit und CbCR-Safe-Harbour) genutzt werden können.

22 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen mit 3.187 TEuro (Vorjahr: 3.425 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 1.620 TEuro (Vorjahr: 1.121 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2025

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2025 TEuro
Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)			
STAWAG – Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG, Aachen	260.116	74,9	0 ³⁾
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	136.390	100 ²⁾	0 ³⁾
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	271.951	50,8 ²⁾	0 ^{3) 14)}
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 ¹⁵⁾	0 ³⁾
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100 ²⁾	0 ³⁾
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 ³⁾
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	12.200	100 ¹⁾	1.611 ⁹⁾
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.638 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	229 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.416 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	114 ⁵⁾
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100 ¹⁵⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	170	100 ⁴⁾	-619
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	6.266	100 ⁴⁾	1.529
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 ⁴⁾	587
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 ⁴⁾	526
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	524	100 ⁴⁾	24
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	5.060	59,9 ⁴⁾	407
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.207	100 ⁴⁾	218
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	2.376	100 ⁴⁾	112
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	6.132	59 ⁴⁾	432
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	13.578	100 ⁴⁾	1.144
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	5.840	100 ⁴⁾	357
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	5.663	100 ⁴⁾	719
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	4.915	100 ⁴⁾	273
Windpark Nieder-Schleiden GmbH & Co. KG, Aachen	5.070	100 ⁴⁾	6
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.373	100 ⁴⁾	48
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.247	59 ⁴⁾	191
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.204	59 ⁴⁾	217
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	56 ⁴⁾	1.000
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	23.566	100 ²⁾	0 ³⁾
Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)			
Windpark Damscheid GmbH & Co. KG, (WP Damscheid), Aachen	- ²⁰⁾	100 ⁴⁾	- ²⁰⁾
Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG (WP Erftstadt), Aachen	8.258	100 ⁴⁾	-2.295
Windpark Pattern GmbH & Co. KG, (WP Pattern), Aachen	1.472 ⁵⁾	100 ⁴⁾	-81 ⁵⁾
Solarpark Herzogenrath GmbH & Co. KG (SP Herzogenrath), Aachen	1.727	100 ⁴⁾	-25
enwor Netz GmbH (enwor Netz), Herzogenrath	40 ⁵⁾	100,0 ²⁾	19 ⁵⁾
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 ¹⁰⁾	100 ⁶⁾	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	36 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	1 ⁵⁾
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	36 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	1 ⁵⁾
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	2.941 ⁷⁾	100 ¹⁾	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100 ¹⁾	0 ³⁾
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100 ¹⁾	0 ³⁾
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	142	100 ⁴⁾	28
STAWAG Energie Komplementär II GmbH (STAWAG Energie Komplementär II), Aachen	25	100 ⁴⁾	-4
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	54	100 ¹⁷⁾	3
Hochdruckring Kreis Heinsberg GmbH (Hochdruckring Heinsberg), Aachen	4.020 ⁵⁾	100 ¹⁵⁾	-7 ⁵⁾

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2025 TEuro
Wesentliche Beteiligungen			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	21.584	37,6	6.025
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	294	49,5 ¹⁾	-74
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	133.342 ⁵⁾	14,2 ²⁾	58.807 ⁵⁾
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	48.746	18,1 ²⁾	27.909
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	60.896	13,7 ²⁾	11.434
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 ⁵⁾¹³⁾	9,8 ²⁾	8.153 ⁵⁾
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE), Aachen	142.754 ⁵⁾	4,4 ²⁾	7.076 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	220.265 ⁵⁾	6,3 ⁴⁾	-51.194 ⁵⁾
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II), Aachen	-63.648 ⁵⁾	4,8 ⁴⁾	-50.495 ⁵⁾¹⁸⁾
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (Trianel Onshore), Aachen	48.965 ⁵⁾	5,5 ⁴⁾	3.051 ⁵⁾
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	131.064 ⁵⁾	25,1 ²⁾	0 ⁵⁾¹¹⁾
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	32.152	50 ⁴⁾	3.712
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	11.203 ⁵⁾	50 ²⁾	1.181 ⁵⁾
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	5.355 ⁵⁾	49 ²⁾	54 ⁵⁾
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	12.135 ⁵⁾	49 ²⁾	-212 ⁵⁾
Gemeindewerke Ruppichteröth GmbH (GW Ruppichteröth), Ruppichteröth	6.396 ⁵⁾	49 ²⁾	427 ⁵⁾
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	100 ⁵⁾	48,0 ²⁾	-5 ⁵⁾
RegioBoden GmbH (RegioBoden), Aachen	14 ⁵⁾	50 ¹⁵⁾	-4 ⁵⁾
Übach-Palenberg Netz GmbH, Übach-Palenberg	19.184 ⁵⁾¹⁵⁾	48,3	-7 ⁵⁾
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	4.292	50 ⁴⁾	318
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	3.111 ⁵⁾	49 ⁴⁾	694 ⁵⁾
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	855	100 ¹⁶⁾	21
WEA Dorsten Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Dorsten	1.382	100 ¹⁶⁾	88
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	30.640	50 ⁴⁾	3.743
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.862	100 ¹²⁾	304
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803	100 ¹²⁾	412
Windpark Wesenstedt GmbH & Co. KG (WP Wesenstedt), Lübeck	1.201	100 ¹²⁾	-4
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	50	100 ¹²⁾	2
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	57	100 ¹²⁾	4
Trave Photovoltaik GmbH & Co. KG (Trave Photovoltaik), Lübeck	1	100	0
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	23 ⁵⁾	50 ¹²⁾	2 ⁵⁾
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	13.062 ⁵⁾	16 ²⁾	4.604 ⁵⁾
Windpark Strassen GmbH & Co. KG (Strassen), Hamburg	0 ⁵⁾¹⁹⁾	50 ¹²⁾	-828 ⁵⁾
Windpark Heilshoop GmbH & Co. KG (Heilshoop), Lübeck	3.016	100 ¹²⁾	-7
Windpark Rohlsdorf GmbH & Co. KG (Rohlsdorf), Lübeck	5.549	100 ¹²⁾	-48
Windpark Schülz-Jevenstedt GmbH & Co. KG (Schülz-Jevenstedt), Lübeck	3.829	100 ¹²⁾	-45
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH (SWÜP), Übach-Palenberg	405	25,1 ²⁾	194
PSW Verwaltungsgesellschaft mbH (PSW Verwaltung), Hagen	32 ⁵⁾	50 ²⁾	1 ⁵⁾
ASEW Energie und Umwelt Service GmbH & Co KG (ASEW), Köln	1.182 ⁵⁾	6,7 ²⁾	56 ⁵⁾

1) Anteile werden gehalten über ASEAG

2) Anteile werden gehalten über STAWAG

3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn

4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH

5) Wertansätze zum 31.12.2024

6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG

und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten

7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage

8) Anteile werden gehalten über regio iT

9) Thesaurierung des Gewinns

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 482 TEuro ausgewiesen

11) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 27.099 TEuro

12) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

13) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 265.277 TEuro ausgewiesen.

14) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 52.576 TEuro

15) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten

16) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten

17) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten

18) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 63.648 TEuro ausgewiesen

19) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 711 TEuro ausgewiesen

20) Jahresabschlusszahlen liegen noch nicht vor

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2025 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 102 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 759 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betrugen im Berichtsjahr 676 TEuro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.117 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 1.371 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 849 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 487 TEuro sonstige Leistungen, 13 TEuro andere Bestätigungsleistungen und 22 TEuro Steuerberatung.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (20,6 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 257,1 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 168,3 Mio. Euro, aus mehreren langfristigen Konzessionsverträgen sowie aus Parkhauspachtverträgen (5,9 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (57,7 Mio. Euro) p. a. Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 18,6 Mio. Euro (Vorjahr: 23,1 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat zum 06.03.2026 für ihre Tochtergesellschaft StadtWerke Rösrath – Energie GmbH eine harte Patronatserklärung gegenüber der Deutsche Kreditbank AG abgegeben. Aus dieser Erklärung können sich Zahlungsverpflichtungen ergeben. Die Patronatserklärung bezieht sich auf zwei bestehende Darlehensverträge mit einer Gesamtrestschuld von 5,0 Mio. Euro. Aus der Patronatserklärung ergibt sich eine rechtlich verbindliche Verpflichtung sicherzustellen, dass die StadtWerke Rösrath – Energie GmbH jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen aus dem genannten Darlehen zu erfüllen. Die Haftung der STAWAG ist entsprechend der Beteiligungsquote auf 49 % der jeweiligen Gesamtschuld zuzüglich anteiliger Zinsen begrenzt. Zum Bilanzstichtag entspricht dies einem Haftungshöchstbetrag von 2,4 Mio. Euro. Die Verpflichtung gilt bis zur vollständigen Rückführung der Darlehen, spätestens jedoch bis zum 30.12.2041. Basierend auf der Wirtschaftsplanung der StadtWerke Rösrath – Energie GmbH geht die STAWAG nicht von einer Inanspruchnahme aus.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH geschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG, der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die TGH geht in ihrer Planung davon aus, dass die noch nicht abgerufenen Mittel nicht benötigt werden und das volle Darlehen im Jahr 2026 getilgt wird.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TWB, die Turnow West I und die Turnow West II haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Derivative Finanzinstrumente

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit bis
1	SWAP	Zinsswap	2.083	-88	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	3.500	36	Juni 2029
3	SWAP	Zinsswap	309	-7	Juni 2027
4	SWAP	Zinsswap	1.488	8	März 2029
5	SWAP	Zinsswap	1.823	-3	Dezember 2030
6	SWAP	Zinsswap	831	-45	Dezember 2030
7	SWAP	Dieselölswap	2.924	0	Dezember 2025

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 6 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Von denen im August 2022 und im Oktober 2022 abgeschlossenen Swap-Geschäften liefen zwei Swaps bis zum 31. Dezember 2025. Der Nominalbetrag der laufenden Swap-Geschäfte wird mit 2.924.004 Euro zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und als entsprechende Bewertungseinheit gebildet. Über einen Zeitraum von drei Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Am 31. Dezember 2025 waren zwei der in den Vorjahren abgeschlossenen Swap-Geschäfte fällig. Insgesamt erhielt die ASEAG im Berichtsjahr Zahlungen in Höhe von 75.483 Euro aus der Dieselpreisabsicherung. Darüber hinaus erfolgte eine nachträgliche Buchung in Höhe von 37 TEuro aus 2024, die im Vorjahr nicht durchgeführt werden konnte.

Der beizulegende negative Zeitwert der verbliebenen Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag 0 Euro nach bankeneigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Commerzbank AG, Frankfurt. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften zum Bilanzstichtag zu bilden. Selbst bei einer negativen Marktwertentwicklung ist keine Drohverlustrückstellung nach § 249 (1) Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte zu bilanzieren, da nach IDW RS HFA 4.25 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieabsatzverträge (Strom und Gas) werden in Anwendung des § 254 HGB abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaftliches Steuerungssystem, aus dem die gebildeten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse sowie deren Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Abschluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (Back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement strukturiert die Beschaffung und den Absatz der Energiemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Bücher (u. a. Vertriebsbuch, Beschaffungsbuch). Das implementierte Risiko-

managementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikolimiten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulation und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitragsrechnung erfasst jedes gebildete Vertragsportfolio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zurechenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume bestehen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenzten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2026 betroffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirklichen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Aufgrund der negativen Korrelation von Grund- und Sicherungsgeschäften wird es künftig zu gegenläufigen, sich nahezu vollständig ausgleichenden Marktwertentwicklungen kommen. Sollte der Saldo aller beizulegenden Zeitwerte einer Bewertungseinheit zum Stichtag negativ sein, so wird imparitatisch eine Rückstellung für drohende Verluste aus Bewertungseinheiten gebildet. Darüberhinausgehende Verlustüberhänge können nicht entstehen.

Nachtragsbericht

Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflusst haben, sind nicht eingetreten.

Verwendung des Jahresüberschusses des Mutterunternehmens E.V.A.

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 9.513.524,46 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Ein Betrag in Höhe von 3.000.000 Euro soll an die Stadt Aachen, abzüglich der Einbehaltung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags, ausgeschüttet werden.

Aachen, den 10. Juni 2026

Energieversorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Michael Carmincke



Wilfried Ullrich

Konzern

Konzern-Kapitalflussrechnung >>

Konzern-Kapitalflussrechnung

		2025 TEuro	2024 TEuro
1.	+/- Konzernjahresüberschuss	18.324	13.772
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	99.840	94.649
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-25.977	58.161
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	11.562	-100.120
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-68.747	-12.930
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	21.037	130.617
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-433	-8.594
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	11.241	13.474
9.	- Sonstige Beteiligungserträge	-19.383	-19.436
10.	+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	4.651	6.035
11.	-/+ Ertragssteuerzahlungen	-7.564	-14.283
12.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	44.551	161.345
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-8.406	-3.169
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	3.936	12.273
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-185.478	-126.183
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	7.739	4.517
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.785	-15.471
18.	+ Erhaltene Zinsen	8.083	6.447
19.	+ Erhaltene Dividenden	19.383	19.436
20.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-157.528	-102.150
21.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	142.732	69.798
22.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-45.999	-41.397
23.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	21.365	6.069
24.	- Gezahlte Zinsen	-16.520	-16.305
25.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an Gesellschafter	-2.000	0
26.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-34.433	-33.585
27.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	65.145	-15.420
28.	= Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds	-47.832	43.775
29.	+/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	1.283	7.582
30.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	158.791	107.434
31.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	112.242	158.791

Konzern-Eigenkapitalspiegel

	Eigenkapital des Mutterunternehmens					
			Rücklagen			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen andere Gewinn- rücklagen	Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Stand am 31.12.2023	14.049.880,00	43.753.000,00	99.821.164,64	143.574.164,64	-39.897.408,14	117.726.636,50
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	11.703.079,70	11.703.079,70	-11.703.079,70	0,00
Ausschüttung an außen- stehende Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	-5.203.092,32	-5.203.092,32	0,00	-5.203.092,32
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	15.726.767,74	15.726.767,74
Stand am 31.12.2024	14.049.880,00	43.753.000,00	106.321.152,02	150.074.152,02	-35.873.720,10	128.250.311,92
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	10.598.728,82	10.598.728,82	-10.598.728,82	0,00
Ausschüttung	0,00	0,00	0,00	0,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	-279.601,86	-279.601,86	0,00	-279.601,86
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	18.115.330,58	18.115.330,58
Stand am 31.12.2025	14.049.880,00	43.753.000,00	116.640.278,98	160.393.278,98	-30.357.118,34	144.086.040,64

Nicht beherrschende Anteile			Konzern-eigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigen- kapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
192.689.435,24	-18.095.693,81	174.593.741,43	292.320.377,93
0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	-1.220.092,52	-1.220.092,52	-1.220.092,52
86.291.909,00	0,00	86.291.909,00	81.088.816,68
0,00	-1.955.077,43	-1.955.077,43	13.771.690,31
278.981.344,24	-21.270.863,76	257.710.480,48	385.960.792,40
0,00	-1.484.340,38	-1.484.340,38	-1.484.340,38
0,00	0,00	0,00	-2.000.000,00
0,00	0,00	0,00	-279.601,86
0,00	208.171,83	208.171,83	18.323.502,41
278.981.344,24	-22.547.032,31	256.434.311,93	400.520.352,57

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzern-eigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deut-

schen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)

festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

– planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

– beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 10. Juni 2026

PKF Fasselt

Partnerschaft mbB

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Rechtsanwälte

Hüniger

Wirtschaftsprüfer

Pentschev

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 27. Juni 2025 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 26. Juni 2026

Der Aufsichtsrat



Dr. Michael Ziemons
Vorsitzender

Impressum

E.V.A.

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen

Gestaltung rachiq-design, Aachen

Foto Cover Adobe Stock/methaphum

Druck frank druck+medien GmbH & Co. KG, Aachen

